

3. WIEDERVEREINT: VOLLES BOOT ODER WELTOFFENE METROPOLE, GESCHEITERTE INTEGRATION ODER >EINWANDERUNGSSTADT *UNDER CONSTRUCTION*

Im Verlauf der 90er Jahre lassen sich an der Berliner Stadtentwicklung alle Merkmale ablesen, die Edward Soja (1989, 1993, 1995) am Beispiel von Los Angeles als postmoderne Urbanisierung bezeichnete. Soja identifizierte sechs miteinander verflochtene Dimensionen urbaner Restrukturierung, die sich auf städtische Ökonomie, Internationalität, Gesellschaft, Raum, Politik und Kultur beziehen und die moderne Stadt mit neuen Strukturelementen vollständig durchdringen. Die folgenden Kapitel untersuchen, wie Stadtentwicklung und Immigration seit der Vereinigung Berlins aufeinander einwirkten und orientieren sich an diesen Analysen von Edward Soja. Das Augenmerk liegt auf der Frage, wie sich politische Grenzziehungen gegenüber Einwanderern mit der nun folgenden Krise der städtischen Ökonomie, mit neuen Formen von Migration und Internationalität, mit der sich fragmentierenden und polarisierenden städtischen Gesellschaft, mit dem Wandel des städtischen Raumes, mit der städtischen und – sofern es hier bedeutsam ist – der nationalen Politik sowie mit der neuen imaginären Bedeutung von Berlin als deutsche Hauptstadt, >Global City< oder internationale Kulturmetropole veränderten.

3.1 Berlin im Metropolenrausch: Eine »Gründerzeit mit Markanz und Brutalität«

Der Metropolenrausch, dem das frisch vereinte Berlin Anfang der 90er Jahre verfiel, ist bereits vielfach beschrieben (vgl. Rada 1997; Krätke/Borst 2000; Scharenberg 2000; Lenhart 2003). Ich werde mich im Folgenden daher auf einwanderungsspezifische Fragen konzentrieren. Aus heutiger Perspektive erscheinen damalige Prognosen, die die Region Berlin innerhalb von 20 Jahren um bis zu 1,4 Millionen Menschen, also um ein Drittel ihrer Einwohnerzahl anwachsen sahen, als geradezu großenwahnsinnig. Neben einer »nachzuholenden Landflucht« aus ostdeutschen Regionen sah das »Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik« bis 2010 allein aus dem Ausland 900.000 Personen – also fast das Dreifache der damals erfassten Einwanderer – immigrieren. Während Mittelmeerlandern und »politischen Krisengebieten der Dritten Welt« dafür eine eher geringe Bedeutung zukamen, wurde eine aus Osteuropa »auf Berlin zurollende Zuwanderungswelle« erwartet (von Einem 1991: 61f.). Eine »hohe Dunkelziffer« sowie mögliche Krisen, die »den Strom anschwellen lassen« (ebd.) könnten, waren nicht einmal einberechnet. Zudem wurden ein mittelfristiges Wirtschaftswachstum von jährlich über sieben Prozent sowie ein erforderlicher Neubau von 800.000 Wohnungen und 20 Millionen Quadratmeter Gewerbegebäuden prognostiziert. Das Zusammenwachsen beider Stadthälften galt als Gestaltungsaufgabe, die »keiner der großen Urbanisten« in Rom, Paris oder New York historisch je zu bewältigen hatte (Mönninger 1991: 13). Unisono übernahmen Politik, Behörden und Experten solche Prognosen und erwarteten, vor einer »unvergleichlichen Aufgabe« zu stehen: »Ein höherer Anspruch an Klugheit, Kraft, Schnelligkeit, Realitätssinn und originäre Vorschau als der, dem sich die Stadtentwicklungsplanung hier heute zu stellen hat, ist kaum denkbar« (Hassemer 1991: 1). Mit diesen pathetischen Worten eröffnete der damalige Senator für Stadtentwicklung Volker Hassemer (CDU) die Dokumentation eines Symposiums, das der Senat im November 1990 unter dem Titel »Metropole Berlin: Mehr als Markt« mit 300 Fachleuten veranstaltet hatte, um die Fundamente für ein »grundlegend neues, umfassendes Entwicklungskonzept« (ebd.: 29) für Berlin zu entwerfen.

Angesichts der gigantischen Zuwanderungsprognosen überrascht es nicht, dass in der Debatte dieses Symposiums um die Zukunft von Berlin dem Themenfeld »Berlin, die multikulturelle Metropole« zunächst eine zentrale Bedeutung zukam. Die Arbeitsgruppe »multikulturelle Metropole« bezeichnete Berlin als Einwanderungsstadt, verstand Kultur

als flexibles Set von Lebensweisen und mentalen Verfassungen und grenzte sich von statischen und auf Einwandererthemen reduzierten multikulturalistischen Konzepten sowie von Diskursen eines ›Ausländerproblems‹ ab (Withake-Scholz/Knödler-Bunte 1991). Auch das Szenario für die Entwicklung Berlins, das die Stadtsoziologen Hartmut Häußermann und Walter Siebel entwarfen, basierte auf den Thesen, dass die Migration aus Osteuropa und der Dritten Welt stark ansteige, dass diese Wanderungsströme letztlich weder steuer- noch kontrollierbar seien und dass jede Großstadt prinzipiell multikulturell sei. Es behandelte intensiv die Frage, wie solche Prozesse sozialräumlich zu organisieren seien. Im Mittelpunkt stand die »grundsätzliche Alternative von sozialräumlicher Mischung oder Segregation«, die »in der Wohnungspolitik der Bundesrepublik stets zugunsten der sozialen Mischung entschieden worden« sei (Häußermann/Siebel 1991: 29). Während die Arbeitsgruppe ›multikulturelle Metropole‹ davon ausging, dass ein »zu hohes Maß von räumlicher Konzentration ethnischer Minoritäten [...] die Ausbildung ghettoisierender Teilkulturen« fördere (Withake-Scholz/Knödler-Bunte 1991: 148), führten Häußermann und Siebel hier ihre später verfeinerte Argumentation ein, dass die Frage »Segregation ja oder nein?« falsch gestellt sei. Vielmehr sei eine freiwillige von einer erzwungenen Segregation zu trennen. Sie forderten die Stadtpolitik auf, einerseits Zwängen entgegenzuwirken, die Mechanismen des Wohnungsmarktes oder diskriminierende Belegungspolitiken und Vermietungspraxen für Migranten produzierten, und andererseits das freiwillige Zusammenleben von Menschen mit ähnlich denkenden Nachbarn zu akzeptieren. Bisher, so kritisierten sie, diskutiere die Politik die »Frage ›Segregation oder Mischung?‹ fast ausschließlich aus der Perspektive der Verträglichkeit für Deutsche« (ebd.: 33) und definiere »Zulassungsbeschränkungen und Verteilungsstrategien« aus deren Interesse heraus. Die Bedürfnisse benachteiligter Minderheiten würden hingegen nicht berücksichtigt. Gera-de sie seien aber auf soziale Netze angewiesen, die nur in freiwillig segregierten Arealen eine ausreichende Dichte erreichten.

Das Symposium über die Zukunft Berlins lieferte mit diesen Analysen, deren Reflexionsniveau die übliche Politikberatung deutlich überschritt, eine fundierte Grundlage für eine angemessene Debatte über den Immigrationskomplex im Rahmen der Stadtentwicklung. Trotzdem tauchte schon in den 29 politischen Empfehlungen, die zahlreiche Experten als Ergebnis des Symposiums unterzeichneten, die ›multikulturelle Metropole Berlin‹ nur noch unter ferner liefen auf. Während städtebauliche oder verkehrspolitische Vorschläge dort ins Detail gingen, beschränkten sich auf Migration und Integration bezogene Aussagen auf zwiespältige Allgemeinplätze: Da Berlin nun wieder an seine traditionel-

le Rolle anknüpfte, für viele Osteuropäer die Hoffnung auf ein besseres Leben zu verkörpern, solle sich die Stadtpolitik nach Osteuropa öffnen. Diesen Vorschlag, der Zuwanderung positiv interpretierte, kontrastierte die »realistische Befürchtung«, dass an der städtischen Peripherie elende Barackenstädte entstehen könnten, da »sich Menschen aus Osteuropa angesichts des enormen Wachstumsgefälles [wohl nicht] davon abschrecken lassen, ihr Glück [...] in Berlin zu suchen« (Arras/von Einem 1991: 585ff.). Biologistische Kollektivsymbole deuteten osteuropäische Zuwanderung als anschwellende Flut und konstruierten sie als für die Innenwelt Berlin bedrohliches Außen. Als »multikulturelle Herausforderung« galt hingegen die Tatsache, dass zwei deutsche Gesellschaften miteinander zu leben lernen müssten.

In den folgenden Jahren fiel der Immigrationskomplex aus politischen Debatten über die Entwicklung Berlins nahezu vollständig heraus: Obwohl die Politik einen bedingungslosen Wachstumspfad verfolgte, dem sie die beschriebenen Bevölkerungsprognosen zugrundelegte, blenkte sie die darin vermuteten Einwanderungsprozesse aus. Diese tauchten nur noch auf, wenn die vermeintlich bedrohliche »Zuwanderungswelle aus Osteuropa« beschworen und die Frage verhandelt wurde, wie diese möglichst effektiv zu begrenzen sei. Mit dem radikalen Wachstumskurs verschwanden auch sozialpolitische Fragen über das Zusammenleben zwischen Mehr- und Minderheiten oder über die Lebenssituation bereits anwesender Einwanderer von der Bildfläche. Der Immigrationskomplex bildet somit den blinden Fleck des Metropolenrausches im Nachwende-Berlin. In Folge des Hauptstadtbeschlusses und der Bewerbung um die Olympischen Spiele im Jahr 2000 begann die Berliner Stadtpolitik kritische Positionen zum Boomszenario oder politische Alternativen, die auf behutsamen Stadtentwicklungsstrategien der 80er Jahre aufbauten (etwa Häußermann/Siebel 1991) zu ignorieren. Sie suchte, »den Tiger zu reiten« anstatt ihn zu »zähmen« (Volker Hassemer), eine »neue Gründerzeit« (Bausenator Nagel) »mit Markanz und Brutalität« (Hanno Klein, Investorenbeauftragter des Senats) auszurufen und Stadtplanung »als gut organisierte Vertreibung« (ders.) auszuführen (zit. in: Hain 2000).

3.2 Import/Export: Berlin als Phönix in der Asche

Die ökonomische Basis der Stadt de-industrialisierte sich zunächst schockartig, um sich dann zu tertiärisieren und partiell neu zu industrialisieren. Im Metropolenrausch geriet das vorhandene ökonomische Po-

tential von Berlin, das nach zunächst schwachem Bevölkerungswachstum bereits ab Mitte der 90er Jahre wieder zu schrumpfen begann, völlig außer Blick. Die Weltstadt-Phantasien realisierten sich zu Beginn der 90er Jahre vor allem auf dem Immobilienmarkt. Sie schleusten die Stadt, die bis zum Mauerfall kaum internationale Investoren gekannt hatte, auf den Bodenmarkt weltweit operierender Developer, Banken und Versicherungen, deren Rationalität sich die lokalen Entscheider zunehmend zu eigen machten. Das Leitbild Dienstleistungsmetropole vor Augen, verantwortete die Stadtentwicklungspolitik gemeinsam mit der Treuhand-Anstalt das Schließen aller Ost-Berliner Industriekombinate, deren innenstadtnahe Liegenschaften filetiert wurden, um teure Dienstleistungszentren und Wohngebiete zu entwickeln. Bereits 1993 begann die spekulativ überhitzte Immobilienkonjunktur zusammenzubrechen und Ende der 1990er Jahre standen fast 1,7 Millionen Quadratmeter Gewerbefläche leer. Innerhalb weniger Jahre reduzierten sich die Industriearbeitsplätze im städtischen Osten um zwei Drittel und – mit dem Wegfall der staatlichen Subventionen – auch im Westen um über die Hälfte. Während die Politik und sie beratende Gutachten diese Entwicklung als notwendigen Prozess der Strukturanpassung verharmlosten, die Berlin auf dem Weg von der Industrie- zur Dienstleistungsstadt zu durchlaufen habe (vgl. IfS/S.T.E.R.N. 1998; Prognos 1997), betonten anspruchsvollere Studien einen ökonomischen Strukturbruch mit offenem Ende (Krätke 1999; Krätke/Borst 2000). Ab Mitte der 90er Jahre prägte eine jahrelange Stagnation die Berliner Ökonomie. Sie verzeichnete stetig steigende Arbeitslosenraten, die zwischen 15 und 20 Prozent lagen, verlor in allen Branchen Arbeitsplätze und qualifizierte sich bei unternehmensnahen Dienstleistungen lediglich zur »Hauptstadt der Putzkolonnen und Privatsheriffs« (Krätke/Borst 2000: 286). Berlin übte nicht die für *Global Cities* charakteristischen Direktionsfunktionen aus sondern wies einen beträchtlichen »Abhängigkeits-Überschuss« (ebd.: 287) auf. Häufig ausgeübt durch neue Zuwanderer zeigten hingegen alle möglichen Formen von Leih- und Schwarzarbeit sowie andere Überlebensökonomien wie informeller Handel, Straßenmusik, sexuelle Dienste und Bettelei ein rapides Wachstum und schlügen sich zunehmend im Straßenbild nieder (vgl. Huning 1999).

Gleichwohl siedelten sich einige internationale Direktionszentren zweiter Ordnung – etwa die Europa-Zentrale von »Sony« – in Berlin an. Mit dem zweiten Jahrzehnt nach Mauerfall entwickelten sich neue Wachstumsinseln in wissensintensiven Software- und *Life Sciences*-Branchen sowie vor allem in der Kultur- und Medienindustrie. Eingebettet in das kulturelle Kapital Berlins, zu dem zahllose Ausbildungsstätten für Kultur und Medien ebenso beitragen wie eine für Deutschland ein-

zigartige Vielfalt sozialer und kultureller Milieus und Szenen, umfasst die Berliner Kulturökonomie heute über 7.000 Firmen und diverse innerstädtische Unternehmenscluster (Krätke 2002, 2004). Zumindest im Bereich der Medien- und Kulturökonomie, so zeigt eine Studie von Stefan Krätke, stellt Berlin eine *Global City* erster Ordnung dar, also einen zentralen »Knotenpunkt von Standortnetzen globaler Unternehmen« (Krätke 2002: 233). Seit dem Umzug der deutschen *Headquarter* von ›Universal Music‹ und ›MTV‹ gilt Berlin als deutsche Musik-Hauptstadt. Eine weitere Wachstumsbranche ist der Tourismus, der seit Ende der 90er Jahre boomt und mittlerweile den fünft stärksten Wirtschaftszweig der Stadt darstellt. So stieg Berlin im Jahr 2002 mit über elf Millionen Übernachtungen zur nach Paris und London meistbesuchten europäischen Stadt auf (vgl. Hurtado 2005).

Diese Restrukturierung der Berliner Ökonomie verläuft für Mehrheiten und Minderheiten nicht gleichförmig sondern besitzt eine ethnische Komponente. Die in der fordistischen Stadt als industrielle ›Gastarbeit‹ vollzogene Inklusion von Migranten in die Arbeitsmärkte verändert sich fundamental. Der Prozess, innerhalb dessen sich die Weltgesellschaft im urbanen Raum lokalisiert und sich die Arbeitsmärkte internationalisieren und ethnisieren, bildet für Edward Soja ein zentrales Merkmal postmoderner Urbanisierung (vgl. auch Sassen 1996a). In Berlin nahm die Anzahl der registrierten nichtdeutschen Einwohner in der ersten Hälfte der 90er Jahre um circa 100.000 Personen auf 13 Prozent der Bevölkerung zu (gegenüber 9,7 Prozent in 1990): »Diese neue Zuwanderung war allerdings in ihrer Mehrzahl temporär, da die meisten Asylbewerber nicht anerkannt wurden und Bürgerkriegsflüchtlinge« – vor allem aus Ex-Jugoslawien – »nach dem Ende von Konflikten in ihre Heimatländer zurückgesandt wurden« (Ohliger/Raiser 2005: 19). Seit Mitte der 90er Jahre stagnierte entsprechend die Zahl der Nichtdeutschen bei mehr oder weniger 444.000 Personen oder 13,3 Prozent (2003). Der Anteil türkischer Staatsangehöriger schrumpfte weiter auf knapp über ein Viertel aller Ausländer (120.000 Personen), es folgten Ex-Jugoslawen (53.000), Polen (32.000) und Russen (28.000), während die im Fokus der politischen Aufmerksamkeit stehenden Asylsuchenden nur 1,2 Prozent ausmachen (ebd.). Die Ausländerstatistik umfasst aber weder die neuen Migranten – zu denen mit 30.000 ›Spätaussiedlern‹ aus der ehemaligen Sowjetunion (Kapphan 2001) und bis zu 100.000 aus Polen (Cyrus 1999) sehr viele deutsche Staatsangehörige zählen – noch die ansässigen Einwanderer (Stichwort Einbürgerung) korrekt und ist für die existierende Einwanderungssituation immer weniger aussagefähig. Zudem erfasst sie weder Phänomene wie eine hohe Fluktuation, die sich hinter

den konstanten Zahlen polnischer Zuwanderer versteckt, noch jene Ausiedler aus Polen, die zwar in Berlin registriert und eventuell beschäftigt sind, aber in Polen leben (ebd.).

Auch neue Formen der Pendelwanderung bilden solche Zahlen kaum ab: Auf der einen Seite der sich polarisierenden Arbeitsmärkte finden sich mit Visa einreisende internationale Funktionseliten, deren Zahl für Berlin in den späten 90er Jahren auf über 50.000 Personen geschätzt wurde (vgl. Hillmann 2000). Damit korrespondieren schlecht bezahlte und häufig illegal ausgeübte Jobs im Reinigungsgewerbe, der Gastronomie, in privaten Haushalten oder in der Bauindustrie, die hochgradig ethnisierte Arbeitsmärkte aufweisen. Allein die Anzahl irregulärer Immigranten wird für Berlin auf 100.000 Personen geschätzt, wobei völlig offen ist, wie viele nur periodisch anwesend sind (vgl. Ohliger/Raiser 2005). Da Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt vom rechtlichen Aufenthaltsstatus abhängen, sind die Chancen Illegalisierter meist äußerst prekär (vgl. Seifert 1995). Gerade »der informelle Arbeitsmarkt in Berlin [knüpft] an die aufenthaltsrechtliche und arbeitserlaubnisrechtliche Hierarchisierung der Zuwanderung aus Polen« an (Cyrus 1999: 65). Am Beispiel polnischer Staatsangehöriger verdeutlicht Norbert Cyrus (1995) den pejorativen Charakter des Markierens von Einwanderern als ›Illegalen‹. Diese formal-juristische Dimension setzt Personen ohne Aufenthaltsstatus mit Kriminellen gleich, ohne sich um deren Funktion innerhalb der städtischen Ökonomie – die ihre Prekarität längst einkalkuliert – oder um deren Situation zu scheren. Häufig geraten legale Einwanderer versehentlich oder nur kurzfristig in einen illegalen Status oder sind in der formellen Ökonomie oder in privaten Haushalten lediglich illegal beschäftigt (ders.: 1997).

Gerade die Baubranche zeigt, wie entgrenzte Arbeitsmärkte entlang des Kriteriums Ethnizität strukturiert sind. Sie internationalisierte sich auf legale wie illegale Weise im Rahmen eines komplexen Prozesses, dem bundespolitische Entscheidungen – etwa über Werkvertragskontingente für osteuropäische Arbeiter – ebenso zugrunde lagen wie das Freizügigkeitsrecht der EU. Zu seinen Akteuren zählten sowohl migrierende Arbeiter als auch deutsche und ausländische Bauunternehmen, Leiharbeitsfirmen oder Agenturen, die nicht selten illegal agierten. Die Profite schöpften neben privaten Unternehmen auch öffentliche Auftraggeber ab, die auf diese Weise während des Baubooms erhebliche Kosten einsparten. Häufig griffen formelle und illegale Elemente wie Scheinselbständigkeit und das illegale Überlassen oder Entsenden von Arbeitnehmern ineinander (vgl. Huning 1999). Legal werkten auf Berliner Baustellen Arbeiter aus EU-Ländern wie Portugal, England und Irland oder – mit befristeten Kontingentverträgen – aus Polen, Tschechien oder

Bulgarien zu den Bedingungen der Herkunftsänder: Britische Arbeiter konnten formal als Selbständige agieren, portugiesische erhielten im Vergleich mit deutschen nur ein Viertel des Lohnes. Zudem schätzte das Landesarbeitsamt Mitte der 90er Jahre jeden vierten Bauarbeiter als illegal beschäftigt ein. Die meisten dieser ungefähr 30.000 Personen stammten aus Osteuropa (bspw. Berliner Zeitung, 18.10.95). Abgesehen von der steten Gefahr eines Lohnraubs oder einer Abschiebung in Folge einer Razzia mussten Illegalisierte meist zu absoluten Minimallöhnen schuften. Es wurden Fälle nachgewiesen, wo russische Arbeiter einen Stundenlohn von einer D-Mark erhielten. Auch zahlreiche Werkvertragsarbeiter wurden mit Hilfe von Einschüchterungen extrem ausgebeutet (vgl. Berliner Morgenpost, 03.04.97; Berliner Zeitung, 18.01.95, 20.3.97; Tagesspiegel 23.03.97). Die sich nur temporär in Berlin aufhaltenden ausländischen Wanderarbeiter waren meist von Arbeitgebern oder Vermittlern abhängig, die teilweise auch als Vermieter auftraten und bis hin zum Lohnraub illegal agierten (Cyrus 1997).

Das zweite Gastarbeiterregime, das 1991 neue gesetzliche Anwerbemöglichkeiten begründete, führte Sicherungen ein, um eine Niederlassung zu verhindern. So verfällt der Aufenthaltstitel mit ablaufender Arbeitserlaubnis und der Werkvertragscharakter der Jobs verhindert eine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt (Rudolph 1996; Hunger/Thränhardt 2001). Das periodische Pendeln entwickelte sich für Migranten aus östlichen Nachbarstaaten aber auch für EU-Angehörige zu einem Hauptmuster der Migration nach Berlin. Anstatt im klassischen Bild einer dauerhaften Einwanderung zu verbleiben, machen daher Begriffe wie transnationale Lebensräume, »Transitmigration, Zirkulation, Pendel- oder Rotationsmigration, Leben in der Diaspora« (Miera 1997: 234; vgl. Pries 1997) mehr Sinn, um aktuelle Migrationsprozesse zu beschreiben.

Durch die Deindustrialisierung Berlins reduzierten sich während dessen auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen bei Migranten der ersten und zweiten Generation sprunghaft, weil diese fast doppelt so häufig in der Industrie arbeiteten wie Einheimische, über niedrige Ausbildungsquoten verfügten und von der Mehrheitsgesellschaft diskriminiert wurden (Ohliger/Raiser 2005: 24). Häufig wurden frühere »Gastarbeiter« durch die anfangs billigeren und gewerkschaftlich kaum organisierten Arbeitskräfte aus Ostdeutschland ersetzt (vgl. Abgeordnetenhaus Dr. 12/3946, Dr. 13/3123; Seifert 1995). Durch eine über Ethnizität und Geschlecht verlaufende Mehrfachdiskriminierung entwickelten sich Benachteiligungen, die viele Frauen zu absoluten Verliererinnen des ökonomischen Wandels machten (Baringhorst 1994; Läpple 1996). Geschlechtsspezifische kulturelle Zuschreibungen definieren etwa tür-

kischstämmige Mädchen als Außenseiterinnen und beschränken deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt erheblich (Faist 1995; Boos-Nünning 1995). Im Kontext derartiger Ethnisierungsformen des Arbeitsmarktes stieg die Arbeitslosigkeit der Nichtdeutschen von 20,4 Prozent im Jahr 1992 über 31,9 in 1997 auf 38,8 Prozent in 2003 an und verfestigte sich meist langfristig, während die Vergleichszahlen für deutsche Staatsangehörige 11,3, 15,8 und 18,4 Prozent betragen (Ohliger/Raiser 2005: 27).

An Bedeutung gewinnt in diesem Rahmen die wirtschaftliche Selbstständigkeit von Einwanderern. Die Politik begann im Verlauf der 90er Jahre solche Ökonomien zu fördern und auf ihr stetiges Wachstum hinzuweisen (vgl. Hillmann 2001). Dies erklärt sich nicht nur aus dem Ziel, Berlin als ökonomischen Standort stärker zu profilieren sondern ist auch im Kontext einer neoliberalen Ideologie zu verstehen, die das unternehmerische Subjekt propagiert (vgl. Kap. 3.6). Viele Studien der Stadt- und Migrationsforschung interpretieren wie die offizielle Politik eine solche Ökonomie pauschal als »ethnisch«, ohne diesen Begriff zu reflektieren. Dabei herrscht ein essentialistisches Verständnis ethnischer Gemeinschaften vor (vgl. Schmidt 2000): Da Kultur als Residualkategorie herhält, so Elisabeth Timm, beinhaltet »ethnische Ökonomie« die Imagination einer Gegenwelt zur kapitalistischen Produktionsweise. Sie gilt als prä-kapitalistisches Relikt, das grundsätzlich anders funktioniere als die Aufnahmegerellschaft. Da der Mehrheitsgesellschaft keine Ethnizität zugeordnet wird, sind ethnisch »immer die anderen« (Timm 2000: 364). Aussagen wie »die türkische Ökonomie spreche verstärkt deutsche Kunden an« (Kapphan 1997: 122) oder in manchen russischen »Geschäften fühlt man sich sofort wohl, in anderen sehr fremd« (ebd.: 127) reduzieren nicht nur migrantische Ökonomien eindimensional auf ihre ethnische Zugehörigkeit sondern reproduzieren den herkömmlichen Gegensatz zwischen einem »deutschen« Wir – hier gar abstrahiert zu »man« – sowie einem »ausländischen« Nicht-Wir und rassifizieren letztere exotisch als »Andere«. Häufig scheint durch ein statisches und holistisches Kulturverständnis, das bei Einwanderergruppen kulturelle Dispositionen für bestimmte Gewerbe vermutet, die »Kulturreis-Theorie« durch (vgl. Pecoud 2000). Einwandererbetriebe, so Antoine Pecoud, verflechten sich jedoch ebenso netzwerkartig innerhalb ihrer *Communities* wie sie sich an deutschstämmigen Kunden und hiesigen Gepflogenheiten orientieren. Man könne sie daher als »hybrid business« bezeichnen, deren Betreiber kosmopolitische Identitäten besäßen. Neben einer mentalen Haltung bestehe diese Kosmopolizität aus alltäglichen geschäftlichen Praxen. Indem sie sich auf ihre soziale und kulturelle Flexibilität beziehen, parieren eingewanderte *Entrepreneurs*, deren Unternehmen häufig

aus ihrer Benachteiligung am Arbeitsmarkt resultieren, ihre Diskriminierung. »Kosmopolitität ist damit eine im Kontext sozio-ökonomischer Schwierigkeiten erarbeitete Strategie« (ebd.: 15).

Von Einwanderern ausgeübtes Gewerbe erreicht bezeichnenderweise in Ost-Berlin eine besonders hohe Quote. Dort war es für die verbleibenden Vertragsarbeiter zum einen kaum möglich, in den formellen Arbeitsmarkt zu gelangen, zum anderen wurde ihr Aufenthaltsrecht an ein eigenes Einkommen gekoppelt (Hoang Lan 2005). Gerade vietnamesische Staatsangehörige – die erst 1997 mit westdeutschen Arbeitsmigranten gleichgestellt wurden – mussten in Handels- und Service-Nischen ökonomische Existenzen entwickeln, die teilweise zwischen statistisch erfassbarer Ökonomie und Schattenwirtschaft changierten: Häufig stellten Geschäftsinhaber »vietnamesische Asylantragsteller oder illegal eingereiste Vietnamesen, manchmal auch ehemalige Vertragsarbeiter als Schwarzarbeiter ein. In dieser Gruppe gibt es fließende Übergänge zum Straßenverkauf nichtversteuerter Zigaretten oder von Kaffee« (Liepe 1997: 127). Da Mitte der 90er Jahre jene Ost-Berliner Wohnheime, in denen solche ökonomischen Aktivitäten primär stattgefunden hatten, geschlossen wurden, gründeten sich nach und nach vier »Großhandelszentren von und für Vietnamesen« (Hoang Lan 2005). Im Jahr 2004 waren dort 400 Unternehmer mit circa 3.000 Beschäftigten ansässig. Bei Gruppen, die als »Gastarbeiter« einwanderten, lässt sich wiederum das Entstehen von Business-Eliten feststellen. So existierten in Berlin Ende der 90er Jahre über 6.000 Gewerbetreibende türkischer Herkunft. Zahlreiche größere Unternehmen agieren in allen ökonomischen Feldern, belegen keine Nischen mehr und beschäftigen selbstverständlich Deutschstämmige. Sie stellen keine *immigrant entrepreneurship* mehr dar sondern sind Bestandteil der Mainstream-Ökonomie (Pecoud 2000).

In Berlin stehen den im Bundesvergleich sehr schlechten Arbeitsmarktdaten die höchsten Existenzgründungsquoten gegenüber. Bei Zuwanderern ist deren Wachstum besonders auffällig. Obwohl »Ausländer« immer noch behördlichen Sonderhürden oder Problemen beim Beschaffen von Kredit unterliegen, liegt ihre Selbständigenquote höher als bei deutschen Staatsangehörigen (13,7 versus 11,5 Prozent in 2003; vgl. Ohliger/Raiser 2005). Um den Jahrtausendwechsel wuchsen aber nur noch marginale Bereiche der Selbständigkeit wie das Betreiben von Kiosken. Dies legt die Interpretation nahe, dass in Folge der ökonomischen Dauerkrise und der gigantischen Arbeitslosenquoten von Einwanderern zunehmend Überlebensökonomien entstehen, welche die Politik aus Eigeninteresse als dynamische Existenzgründungen vermarktet (Hillmann 2001: 200).

3.3 »Fremdheit zwischen Ost und West abbauen«: Die vergessenen Einwanderer in der zusammenwachsenden Stadt

Mit den Worten »Berlin kann gerade jetzt in einer Situation des Umbruchs und großer finanzieller Probleme keine Einwanderungsstadt werden«, gab der wiedergewählte Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in seiner Regierungserklärung vom 7. Februar 1991 das politische Fundament für die Ausländerpolitik der Großen Koalition vor (zit. in: Abgeordnetenhaus Dr. 12/3946: 50). Zwar würdigte Diepgen die historischen Verdienste von »Zuwanderern und Gästen« für die Berliner Stadtentwicklung. Auf der Basis der Prognose, dass »künftig weit mehr Flüchtlinge und Aussiedler als bisher aus Osteuropa und der Sowjetunion [...] im Raum Berlin ihr Glück versuchen« würden, betonte er aber primär die »vielfältigen Schwierigkeiten, [...] sozialen Spannungen und [...] Fremdenfeindlichkeit«, die »das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern aus verschiedenen Kulturen« (ebd.) mit sich bringe, wenn die Zuwanderung nicht begrenzt würde. Während die kulturalistische Perspektive auf den Immigrationskomplex eine Kontinuität zu den Debatten der 80er Jahre aufwies, kündigte sich hinsichtlich der Objekte des Immigrationsdiskurses ein Wandel an: Im Visier des Diskurses um das ›Ausländerproblem‹ standen nicht mehr türkische Einwanderer oder Asylsuchende aus Afrika und Asien sondern – in den Worten der FDP-Abgeordneten von Braun – »eine sich unaufhaltsam und zügig [nähernde] riesige Wanderdüne« aus Osteuropa (Abgeordnetenhaus, Pl. 12/14, 26.09.91: 1090), die es einzudämmen gelte.

Durchaus symbolisch dafür schlossen die Debatten im Berliner Abgeordnetenhaus über die künftige Ausländerpolitik an die ›antipolnische Psychose‹ an, die im Jahr der Maueröffnung in beiden Stadthälften zu Tage getreten war. In der ersten ausländerpolitischen Diskussion zitierte der Fraktionsvorsitzender der nun oppositionellen Parteienfusion Bündnis 90/Grüne Wolfgang Wieland einen Bericht der französischen ›Le Monde‹, der die Berliner Reaktion auf die Aufhebung der Visumspflicht für polnische Reisende in Westeuropa wie folgt kommentiert hatte: Die »polenfeindliche Hysterie [...] der Berliner, die ihre Polizei und Hygienedienste vorbereiten, als wenn die Beulenpest im Anmarsch wäre, darf dieses Grundprinzip nicht vergessen machen: Die Reisefreiheit gehört zur Demokratie« (ebd., Pl. 12/6, 11.04.91: 396). Diese Aussage verwies auf eine Pressemitteilung des rechtskonservativen Innensenator Heckelmann, der Bundesgrenzschutz und Brandenburger Polizei aufgefordert hatte, polnische Reisende durch Verkehrskontrollen bereits außerhalb Berlins abzufangen. Für Wieland handelte die Erklärung davon, »wie

man diesen Personenkreis hier kontrollieren könne, wie man ihn ein-dämmen kann; es ging um Seuchenhygiene und [...] darum, einen Polenmarkt notfalls mit massiver Polizeigewalt, so wurde gesagt, bereits im Ansatz zu ersticken« (ebd.). Auch Eberhard Diepgen hatte in einem Zeitungsinterview betont, dass »rechtsfreie Räume in der Stadt« nicht geduldet würden und wollte »negative Auswirkungen eines Massenansturms in Grenzen halten«: »Wir haben leider schlechte Erfahrungen. Gastfreundschaft entbindet unsere Gäste nicht von geltendem Recht. Der Senat versucht vorzubeugen. Schwarzmarkt, Schwarzarbeit, unhaltbare hygienische Zustände [...] sollen vermieden werden« (zit. in: *Tagespiegel*, 07.04.91). Wieland kritisierte, die Regierungspolitik schüre »antipolnische Ressentiments« und verglich solche Aussagen mit Bildern von »slawischen Untermenschen der NS-Propaganda« (ebd.). In seiner Antwort verwies Heckelmann »auf einen erheblichen Anstieg der Kriminalität und eine erhebliche Verschmutzung« am Beispiel eines Wochenende Ende 1989, »an dem 107.000 polnische Bürger mit 260 Bussen und über 31.000 Pkws – und dabei 15.000 Händler nach Berlin kamen« (ebd.: 399). Seine Vorsorge diene dazu, »dass gerade der Ausländerhaß und die Ausländerfeindlichkeit unterbunden werden, indem solchen Mißständen entgegengewirkt wird« (ebd.). Zudem müsse »auch hier Gleichbehandlung herrschen« (ebd.). Tatsächlich kam es im Zuge des Polenmarktes zu unzähligen Festnahmen und schätzungsweise 40.000 Ausweisungen (Cyrus 1997: 46).

Die Debatte reagierte auf eine Große Anfrage von Bündnis 90/Grüne nach Inhalten und Strategien der Ausländerpolitik des Senats, die das »95-Punkte-Programm« der Großen Koalition mit dem Titel »Jetzt geht's los« nicht einmal erwähnte. Zudem enthielt sie die Frage, warum der Senat auf den Begriff der multikulturellen Gesellschaft verzichte, obwohl einige CDU-Politiker diesen propagierten. Die Grundzüge von Heckelmanns Antwort, die er zu anderen Gelegenheiten immer wieder variierte, stammten fast wörtlich aus Diepgens Regierungserklärung von 1991. Ihre zentrale Diskursfigur ist über die gesamten 90er Jahre hinweg für die öffentlich vertretenen Positionen der Berliner CDU beispielhaft: Einerseits wird die Fortsetzung einer »weltoffenen« Tradition proklamiert, wonach »Berlin in seiner Geschichte innere Kraft, neue Ideen und Weltläufigkeit [...] durch den Zuzug von Ausländern« erfahren habe. Andererseits wird darauf beharrt, dass »die Grenze des Zuzugs freilich erreicht ist, wenn die Zahl der Ausländer ein Maß erreicht, das eine Integration in die Gesellschaft nicht nur erschwert, sondern soziale Konflikte heraufbeschwört, die den Frieden in der Stadt gefährden« (Abgeordnetenhaus, Pl. 12/6, 11.04.91: 398). Eine solche Situation wird in allen Reden unterstellt: »Berlin hat mit seinen rund 340.000 Ausländern

– ein Zehntel der Bevölkerung – diese Grenze der Aufnahmefähigkeit erreicht« (ders., ebd., Pl. 12/23, 30.01.92: 1901): Als »größte Sorge« formulierte Heckelmann, »daß alle Bemühungen zum Scheitern verurteilt werden könnten, [...] indem sich Millionen von Arbeitsflüchtlingen aus Osteuropa – über Berlin als Eintrittstor – auf den Weg nach Westeuropa begeben sollten« (ebd.: 1903). Derartige Passagen enthalten stets den Hinweis, die hohe Kriminalitätsrate der Ausländer beweise, dass die Integration der »ausländischen Mitbürger« bislang nicht hinreichend gelungen sei (ebd., Pl. 12/6, 11.04.91: 398).

Gleichzeitig, so ein weiterer Diskursstrang, lehne die Politik der CDU eine »deutsche Monokultur« ab, begrüße die vorhandene Vielfalt und strebe das »friedliche nicht nur Neben-, sondern das Miteinander von Deutschen und Ausländern« (ebd.) unter anderem durch höhere Einbürgerungszahlen an. Um keine Ausländerfeindlichkeit aufkommen zu lassen, seien dafür aber ein weiterer Zuzug zu stoppen, Asylverfahren zu straffen, Asylmissbrauch zu verhindern und abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. Immer wieder wurde betont, dass auch Ausländer gelgendem Recht unterlagen und Privilegierungen von Zuwanderern abzulehnen seien, weil sie »die Gefahr von Abweisungsverhalten« (ebd.: 400) bürigen. Die Frage der Gleichberechtigung reduziert sich hier auf die einseitige Pflicht der ›Ausländer‹, Gesetze zu befolgen, während eine unterstellte Privilegierung – etwa ein Verzicht auf Abschiebungen – als Ursache von »Ausländerhass« gilt. Systematisch koppelten Debattenbeiträge der CDU eine mangelhafte ›Integration‹ oder eine anhaltende Zuwanderung – insbesondere durch Asylsuchende – diskursiv an Kriminalität. Im Folgenden ausgesprochen durch den Fraktionsvorsitzenden Landowsky lautete eine Standardformel: »Straftäter haben [...] ihr Gtrecht verwirkt, und sie müssen in ihre Heimat zurückgehen. Das hat mit dem Asylrecht nichts zu tun, zu dem wir uns ausdrücklich bekennen. Aber Berlin darf nicht zu einem Einfallstor für alle Asylbewerber in Deutschland werden« (ebd., Pl. 12/4, 21.02.91: 183). Als sich informelle Märkte ab 1992 an die Staatsgrenze verlagerten, gerieten Polen aus dem Blickfeld. Neben »ausländischen Jugendbanden« (ebd.) richtete sich der Fokus zunehmend auf ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter: Deren »gettoähnliche Wohngebäude« bezeichnete Innensenator Heckelmann als »erhebliche kriminogene Zonen« für Schmuggel und Waffenhandel (ebd., Pl. 12/30, 21.05.92: 2439). Insofern die Perspektive dieser Vietnamesen »nur im Bereich von Sozialhilfe liegt oder sich auf [...] Aktivitäten bezieht, zu denen der Bereich von Kriminellen« gehört (ebd.), lehnte Eberhard Diepgen ein von der Opposition gefordertes Bleiberecht ab. Schließlich enthielt der sogenannte Asylkompromiss im Bundestag auf Bestreben Berlins eine Bleiberechtsregelung, wonach

entsprechend Diepgens Vorgabe nur jene ehemaligen Vertragsarbeiter eine Aufenthaltsbefugnis erhielten, die eine sie ernährende Erwerbstätigkeit nachweisen konnten. Damit wurden sie gegenüber Arbeitsmigranten in der alten Bundesrepublik klar benachteiligt.

Die ausländerpolitischen Plenardebatten vom April 1991 und vom Januar 1992 drehten sich, insofern sie politisch konkret argumentierten, um die Asylfrage, die illegale Einwanderung oder den »Zuwanderungsstrom« aus Osteuropa und waren ideologisch deutlich polarisiert: Beiträge der CDU folgten einer das »Das Boot ist voll«-Logik und enthielten rassistische antipolnische Ressentiments: So wurde die Anwesenheit von Polen direkt und ausschließlich an »illegalen Handel, Schwarzarbeit, Prostitution, Warenhausdiebstähle, Verschmutzungen« gekoppelt (Manuel Heide, Mündliche Anfrage, ebd.: 450). Von solchen Positionen setzten sich Vertreter aller anderen Parteien ab und bekannten sich zu einer multikulturellen Gesellschaft oder zu einer »Nation, die nicht mehr ethnisch und völkisch definiert wird«, so der SPD-Politiker Barthel (Abgeordnetenhaus, Pl. 12/23, 30.01.92: 1907). Die Opposition aus FDP, PDS und Bündnis 90/Grüne beklagte das völlige Ausbleiben eines ausländer- und integrationspolitischen Konzepts des Senats und forderte, die ehemaligen Vertragsarbeiter der DDR zu integrieren. Vor allem die PDS plädierte für deren dauerhaftes Bleiberecht und kritisierte, dass eine unverschuldete »soziale Notlage [...] massiv für rassistische Argumentationslinien missbraucht wird« (ebd., Pl. 12/27, 26.03.92: 2310). Generell waren ausländerpolitische Debatten jener Zeit weder an Diskussionen über Stadtentwicklungspolitik gekoppelt, noch enthielten sie konkrete Aussagen über Integrationspolitik oder den Umgang mit der Situation vorhandener Einwanderer, wenn man von abstrakten Bekenntnissen absieht, die Einbürgerungsmöglichkeiten zu verbessern oder »Fremdenfeindlichkeit« und wachsenden Rechtsextremismus zu bekämpfen.

Gerade die SPD vertrat neben liberalen Allgemeinplätzen für Weltoffenheit, Toleranz und für die Gleichberechtigung »nichtdeutscher Berliner« keine explizite integrationspolitische Position. Dies zeigt auch der sozialdemokratische Landesparteitag von 1991, auf dem das Feld Ausländer- und Integrationspolitik eine nahezu vollständige Leerstelle bildete. So wollte die Sozialsenatorin Ingrid Stahmer Nachbarschaftszentren lediglich finanziert wissen, um mit ihrer Hilfe die »Fremdheit zwischen Ost und West abzubauen« (zit. in: SPD Berlin 1991: 111). Dagegen begriff es der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Ditmar Staffelt – der kulturelle Vielfalt schon früher an die wirtschaftliche Attraktivität Berlins gekoppelt hatte (vgl. Abgeordnetenhaus, Pl. 12/4, 21.02.91: 188) – im Widerspruch zum Koalitionspartner als Chance, dass Zehntausende von Osteuropäern nach Berlin zuwandern würden und verwies in diesem

Kontext auf eine »riesige Integrationsaufgabe« (zit. in: SPD Berlin 1991: 96). Jenseits einiger Toleranzappelle zog er daraus aber keine politischen Schlüsse. Seine Rede wandte sich dagegen, Berlin »auf dem Altar eines ökonomischen und städtebaulichen Größenwahns« zu opfern und skizzierte das Bild einer »menschlichen Metropole«, deren sozial-politische Maßnahmen den Menschen existenzielle Sicherheiten gewährten. Damit griff er die Stadtentwicklungspolitik der CDU-Verantwortlichen an, blendete aber den Beitrag der eigenen Partei – die immerhin den Bausenator stellte – zum Metropolenrausch aus. Obwohl der Senat sparen müsse, so Staffelt, sei der Ausbau von Sozialwohnungen und Mietpreisbindungen, von sozialer Arbeitsmarktpolitik und Sozial-, Jugend- und Kulturarbeit notwendig:

»Die existentielle Sicherung ist auch deshalb von herausragender Bedeutung, weil in ihrer Existenz gefährdete oder sich bedrängt fühlende Menschen häufig dazu neigen, sich einen Sündenbock zu suchen. Häufig genug trifft es unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ein Klima der Toleranz, der Aufgeschlossenheit und Internationalität, das Berlin so sehr braucht, setzt existentielle Geborgenheit und Sicherheit der Menschen voraus« (ebd.: 96).

Während maßgebliche CDU-Politiker also die Anzahl, das Verhalten und eine vorgebliche Privilegierung der ›Ausländer‹ für den ›Ausländerhass‹ verantwortlich machten, galten in der sozialdemokratischen Variante soziale Ängste, die der ›tiefgreifende Strukturwandel‹ Berlins freisetzte, als deren Ursache. Beide Deutungen ignorierten die Existenz diskriminierender institutioneller Strukturen und verorteten die Ursachen rassistischen Handelns – das sie lediglich bei unteren sozialen Schichten identifizierten und so von der Mehrheitsgesellschaft fernhielten – in äußeren Umständen. Sie formulierten eine paternalistische Politik, die solche ›deutschen‹ Milieus letztlich vor sich selbst schützen sollte, und spalteten einheimische ›Bürger‹ diskursiv von ›ausländischen Mitbürgern‹ ab, die sie – bei allem Reden über kulturelle Vielfalt – als ›Anderer‹ konstruierten.

Das Abgeordnetenhaus reagierte mit mehreren ›Aktuellen Stunden‹ auf die erbitterte Asyldebatte im Bundestag – diese endete 1992 mit dem sogenannten ›Asylkompromiss‹ zwischen CDU und SPD, der das Asylrecht nahezu vollständig entwertete – und auf die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock, in deren Folge auch in Berlin rassistische Übergriffe rapide zunahmen. Auch diese Debatten waren zwischen der CDU und den anderen Parteien ideologisch polarisiert. Zwar distanzierten sich alle Redner formelhaft von ›Fremdenfeindlichkeit‹, Rassismus und Gewalt. Allerdings widersprachen Vertreter aller anderen Parteien durchgängig

christdemokratischen Redeweisen vom »betrügerischen Asylantentourismus« – so eine parlamentarische Anfrage der CDU – oder von »bettelnden, betrügenden und messerschwingenden Ausländern«, die durch die Straßen zögen und »Asyl« riefen, wie es der Fraktionsvorsitzende Landowsky in einem Interview ausdrückte. So bezichtigte der Grünen-Politiker Wieland die CDU, der »Ausländerhetze Vorschub [zu] leisten« und gewaltsame rassistische Übergriffe zu provozieren (Abgeordnetenhaus, Pl. 12/14, 26.09.91: 1085). Ungeachtet dessen vereinbarten CDU und SPD 1993 politische »Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und für ein friedliches Miteinander«. Dieser Beschluss widersprach dem Diskurs der CDU sowie der Politik des Innensenators, dem selbst der Koalitionspartner vorwarf, »Immigranten und Flüchtlinge mit Worten wie ›Asylantenflut‹ oder ›Scheinasylanten‹ zu diskriminieren und zu kriminalisieren« (Barthel, ebd., Pl. 12/50, 17.06.93: 4246), diametral. Das Paket sah positive integrationsfördernde Maßnahmen vor und galt der Unterstützung »nichtdeutscher Minderheiten«, ohne dies wie so oft an anderer Stelle wieder einzuschränken. Explizit forderte die Koalition darin, »nichtdeutsche Minderheiten als Teil der Berliner Bevölkerung« anzuerkennen, sie gleichzustellen und ihre »kulturelle Identität« zu akzeptieren. Die Maßnahmen sollten den Zugang »nichtdeutscher Berliner« zum öffentlichen Dienst verbessern und ausländische Jugendliche, nichtdeutsche Gewerbetreibende und die kulturelle Vielfalt fördern (ebd., Dr. 12/3401).

Jenseits der üblichen Projektpolitik unter Obhut der Ausländerbeauftragten hatte dieser Beschluss aber keinerlei politische Folgen. So erhielten Bürgerkriegsflüchtlinge im Gegensatz zu liberaleren Regelungen anderer Bundesländer weiterhin nur eine Duldung mit Arbeitsverbot (Mihok 2001) oder blieben aus Kontrollgründen in Heimen untergebracht, obwohl Privatwohnungen billiger gewesen wären. Die integrationsverhindernde Funktion dieser Heime, deren Standards früheren Lagern und Heimen ähnelten, zeigte schon ihre Lage am Strandrand oder in Gewerbegebieten jenseits des öffentlichen Verkehrsnetzes (Timmel 1994). Immerhin benannten der Parlamentsbeschluss und der »Bericht zur Integrations- und Ausländerpolitik« der Ausländerbeauftragten von 1994 erstmals konkrete »Ziele der Integrationspolitik des Senats«. Letzterer bezeichnete Einwanderer nun als ethnische oder nichtdeutsche Minderheiten und argumentierte, dass »Integration« »Chancengleichheit bzw. Gleichbehandlung in allen wichtigen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft« sowie die »wechselseitige Akzeptanz und Toleranz zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen – Mehrheit und Minderheiten – und ihren Kulturen« voraussetze (Abgeordnetenhaus, Dr. 12/3946: 9). Gleichwohl dokumentiert der Bericht eine bruchlose

Fortsetzung der bisherigen Politik, die Selbsthilfe von Einwanderern als »wesentliches Mittel der Integration« (ebd.: 28) zu deuten und zu fördern. Als zentrale Ursachen für die zunehmende ›Fremdenfeindlichkeit‹ gelten darin ähnlich wie bei der SPD Verunsicherungen, die aus den ›krassen sozialen Umbrüchen im Ostteil der Stadt‹ resultierten, sich tendenziell in den Westen ausbreiteten und auf eine ansteigende Zuwendung als weitere ›Quelle der Beunruhigung‹ (ebd.: 9) trafen. Auch hier werden also lediglich äußere Umstände sowie das Fehlverhalten einzelner Subjekte oder sozialer Gruppen als ursächlich für den Anstieg von ›Fremdenfeindlichkeit‹ angesehen. Dies wird zudem primär den Einwohnern Ost-Berlins angelastet, die auf diese Weise zu ›Anderen‹ konstruiert werden.

Die Ausländerbeauftragte konstatierte in diesem Bericht zahlreiche ethnische Diskriminierungsformen im Alltag, wollte diese mit Hilfe einer Arbeitsgruppe zurückdrängen und forderte eine Bundesratsinitiative für ein Antidiskriminierungsgesetz. Innerhalb der gesellschaftlichen Institutionen der Stadt – Schulen, Behörden, Betriebe – konnte sie aber keine strukturelle Diskriminierung erkennen. Die Existenz eines institutionellen Rassismus wird im Bericht nicht einmal erwogen, insofern der Begriff Rassismus überhaupt vorkommt, bezieht er sich auf gewalttätige Übergriffe. Allerdings hebt sich das Dokument deutlich vom kulturalistischen Diskurs des politischen Mainstream ab. Zwar tauchen auch hier Begrifflichkeiten wie »Verständigung zwischen den Kulturen« auf, die Kulturen an Ethnien koppeln und als statische Identitäten assoziieren. Pauschale Zuschreibungen oder kulturalistische Interpretationen von Problemen oder Konflikten fehlen jedoch. Vielmehr wird die dauerhafte Anwesenheit ethnischer Minderheiten nicht als Bruch mit der nationalen Tradition gedeutet sondern als nur graduell gesteigerte soziale Differenzierung, die eine städtische Gesellschaft sowieso charakterisiere. Deren Internationalisierung sei nichts wesentlich Neues, verlange aber von der Mehrheitsbevölkerung, die Migranten als zugehörig zu akzeptieren (ebd.: 11, 23).

Die ideologische Basis und die Arbeit der ehemals West-Berliner Ausländerbeauftragten setzten sich im vereinten Berlin also bruchlos fort, dehnten sich auf die neuen Ost-Berliner Bezirke aus und legten einen zusätzlichen Schwerpunkt auf Antidiskriminierungsmaßnahmen. Am Ende der ersten Gesamtberliner Legislaturperiode kam selbst der ausländerpolitische Experte der SPD-Fraktion Barthel zum Ergebnis, dass »die Integrationspolitik für die hier lebenden ethnischen Minderheiten sträflich vernachlässigt« worden sei (ebd., Pl. 12/88, 07.09.95: 7647). Neben Allgemeinplätzen über historische und aktuelle Beiträge von Einwanderern zur Wirtschaft und Kultur Berlins auf der einen Seite

und Warnungen vor unkontrollierbaren Zuwanderungsströmen aus Ost-europa, die an die Zwangsläufigkeit einer scheiternden Integration und einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit gekoppelt wurden, auf der anderen Seite, waren Zuwanderungs- und Stadtentwicklungspolitik in diesen Jahren diskursiv voneinander abgekoppelt. Die Einwanderer der ersten, zweiten und dritten Generation gerieten im Metropolenrausch des wieder vereinigten Berlin zur »vergessenen Bevölkerungsgruppe«, wie die PDS-Abgeordnete Dörre zu Recht feststellte (ebd.: 7643). Auch ›klassische‹ Aussagen früherer, meist auf türkische Staatsangehörige gerichteter Integrationsdebatten, wie der Satz »jedes Integrationsangebot muß regelrecht verpuffen, wenn keine Integrationsbereitschaft vorhanden ist« (CDU-Abgeordneter Zippel, ebd.: 7644), hatten keinen konkreten Fokus mehr sondern erschienen als Sinn entleerte, aus früheren Jahren übrig gebliebene Diskurshülsen. Plenardebatten oder parlamentarische Anfragen, die sich mit Zuwanderung und Integration befassten, bezogen sich jenseits von Flucht- und Asylfragen auf Einwanderer aus Osteuropa oder ehemalige Vertragsarbeiter aus Vietnam. Die inhaltlichen Schwerpunkte lagen entweder auf Fragen der Kriminalität – wobei es meist um illegale Einwanderung oder Schmuggel ging – oder auf dem Thema Schwarzarbeit und ›Lohndumping‹.

Letzteres debattierten Politik und Medien ab Mitte der 90er Jahre primär an Hand der Baubranche. Als die Arbeitslosenquote einheimischer Bauarbeiter trotz des fortschreitenden Baubooms anstieg, schwoll eine Debatte über diesen internationalisierten und ethnisch segmentierten Arbeitsmarkt an, dessen Lohn- und Sozialstandards sich nach Herkunft und Status der Firmen oder Arbeiter polarisierten. Zunehmend skandalisierten Medien die ›Invasion der Billigarbeiter‹ und bezeichneten Berlin als ›Dorado der Schwarzarbeiter‹. Die politische Debatte wies einen ambivalenten Charakter auf: Maßgebliche Politiker der Großen Koalition befürworteten prinzipiell die Anwesenheit ›nichtdeutscher Arbeitnehmer‹ – so Arbeitsenatorin Bergmann (SPD) (Abgeordnetenhaus, Pl. 12/79, 19.01.95: 6795) –, bedauerten illegal ausgebute Wanderingarbeiter für ihre ausweglose Lage und beteuerten, lediglich Lohndumping und Schwarzarbeit und damit die ›Wettbewerbsverzerrungen‹ zu Ungunsten einheimischer Arbeiter bekämpfen zu wollen. Gleichwohl vermischt die Debatte häufig den »Kampf gegen Schwarzarbeit oder gegen legales Lohndumping [...] mit dem Kampf gegen Ausländer« und propagiere, so der Abgeordnete Helms von Bündnis 90/Grüne (ebd.: 6793), »deutsche Arbeitsplätze für Deutsche«. Beispielhaft demonstriert die Aussage »Fünfmal S – Sozialmissbrauch, Schlepper, Schleuser, Scheinehen, Schwarzarbeit! Der Staat muß dokumentieren, dass er etwas dagegen unternimmt« des CDU-Abgeordneten Ewald (ebd.: 6798) eine

sonst eher implizit bleibende rassistische Diskursfigur, die ›Ausländern‹ pauschal unterstellt, ihre Einreise, ihren Aufenthalt und ihre materielle Existenz mit Hilfe illegaler Praxen auf Kosten der Einheimischen zu erschleichen. Zahlreiche Aussagen assoziierten, dass ausländische Arbeiter verantwortlich für einheimische Arbeitslosigkeit seien: »Durch Billiglohn für Ausländer Arbeitslosigkeit für Deutsche«, äußerte sich etwa Eberhard Diepgen im Boulevardblatt ›Berliner Kurier‹ (zit. in: ebd.), während der SPD-Abgeordnete Wolf Berliner Baufirmen dafür kritisierte, »ausschließlich mit portugiesischen Bauarbeitern« (ebd.: 6791) zu agieren. Gleichzeitig enthielt die Debatte die offen rassistischen Stereotype gegenüber osteuropäischen Zuwanderern, die Anfang der 90er Jahre so präsent waren, nicht mehr.

Die Kritik der Oppositionsparteien am Lohndumping-Diskurs enthielt gegensätzliche Ziele: Zwar kritisierten alle eine sichtbare ›Ausländerfeindlichkeit‹. Während die FDP jedoch den Arbeitsmarkt noch weiter liberalisieren wollte, hoben PDS und Bündnis 90/Grüne darauf ab, dass die seit Jahren auf Deregulierung zielende Arbeitsmarktpolitik von Bund und Ländern Scheinselbständigkeit, Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Leiharbeit selbst befördere und forderten eine Umkehr dieser Politik. Mit dem Ziel, die Arbeitslosigkeit der Einheimischen zu reduzieren, das immer wieder mit der Sorge vor einer steigenden ›Ausländerfeindlichkeit‹ begründet wurde, versuchten Bund und Land den Bauarbeitsmarkt in den folgenden Jahren durch ›Entsendegesetz‹ und reduzierte Kontingente, durch diverse Verordnungen und polizeiliche Maßnahmen schärfster zu regulieren und zu kontrollieren. Diese Politik richtete sich im Kern gegen osteuropäische Arbeiter, deren Werkvertragskontingente für Berlin gestrichen wurden, und gegen polnische Unternehmen, die durch bürokratische Maßnahmen wie Anmeldegebühren, Baustellenbindung oder Personalquoten aus dem Markt gedrängt werden sollten und prompt gegen diese »Diskriminierung« protestierten (Berliner Zeitung, 19.01.95). Mit »Schotten dicht [...] die Ausländer bleiben draußen« kommentierte die ›Berliner Zeitung‹ (01.12.95) diese Ordnungspolitik, die einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen nicht verhindern konnte.

Diese Debatten über Lohndumping und Schwarzarbeit, in deren Zentrum eine für das Nachkriegsberlin neuartige temporäre Zuwanderung aus Osteuropa stand, zeigen paradigmatisch, auf welche Weise sich die Diskurse zu Stadtentwicklung und Immigration bis Mitte der 90er Jahre ineinander verschränkten. Die Integrationsdebatten der vergangenen Jahrzehnte und deren Objekte wurden dabei von einem ideologisch polarisierten Diskurs abgelöst, der sich um die Abschottung gegen jegliche Form von Zuwanderung drehte: Sowohl in den Debatten um den

›Polenmarkt‹ als auch in jenen über das illegale Arbeiten osteuropäischer Migranten auf Berliner Baustellen verknüpfte sich das Dispositiv des antislawischen Rassismus, das sich in langen historischen Linien verfestigt hatte und durch die Öffnung der Grenzen wieder mobilisiert worden war, mit den aktuellen Ängsten vor einer sich unkontrolliert globalisierenden Metropole. Nicht zufällig brach der Abschottungsdiskurs nach einer dreijährigen Latenzphase, in welcher der Optimismus des Metropolenrausches diese Ängste übertüncht hatte, Mitte der 90er Jahre wieder hervor, als sich der versprochene Boom als Illusion abzeichnete und die einsetzende Wirtschafts- und Finanzkrise die Arbeitslosigkeit verschärfte.

3.4 *Environment for Sale: Von Zitadellen und stadtbürgerlichen Enklaven*

Gerade mit Blick auf den sozialen Raum hatten kritische Analysen frühzeitig vor negativen Folgen einer politischen Wachstumskoalition gewarnt, die Berlin in Konkurrenz zu New York, London oder Paris schnellstmöglich zur ökonomischen *Global City* zu entwickeln suchte (Häußermann/Siebel 1991). Dabei bezog sich etwa Stefan Krätke (1991, 1991a) auf Ergebnisse einer internationalen Stadtforschung, die auf dem ›Regulationsansatz‹ und der *Global City*-These basierte (Friedmann/Wolff 1982; Sassen 1991). Ein inselartiges Wachstum, das den städtischen Raum in ein disparates Stadtgewebe mit unterschiedlich dimensionierten Zentren und Peripherien fragmentiert, kennzeichnet demnach die Stadt im Spätkapitalismus und gilt Edward Soja als weiteres Merkmal sich postmodernisierender Metropolen. Vor allem die *Global Cities*, die räumlichen Knotenpunkte und Steuerungszentren der globalisierten Ökonomie, gelten als sozial, ökonomisch und räumlich polarisierte sowie mehrfach gespaltene Städte. Ihre beiden sozialräumlichen Pole, so konstatieren die Begründer der *Global City*-Forschung John Friedmann und Goetz Wolff (1982), seien die den Bedürfnissen der transnationalen Eliten dienende ›Zitadelle‹ sowie das ›Ghetto‹, in das die Unterklassen verbannt sei. Dieses Raumbild beschreibt – zumal übertragen auf die deutsche Situation – weniger die Realität spezifischer Räume als die »funktionale Beziehung zwischen expressivem Reichtum und eskalierender Verarmung« (Sambale/Veith 1998a: 4).

Der Konkurrenzkampf mit globalen Metropolen um zahlungskräftige Konsumentenschichten, den die auf Wachstum fixierte unternehmerische Politik der Großen Koalition betreibe, so prophezeite Krätke schon 1991 (351), werde

»die Prozesse sozialer Polarisierung in Berlin weiter verstärken und zur Destabilisierung des sozialräumlichen Gefüges beitragen. Wie in anderen vergleichbaren Metropolen entwickeln sich auch in Berlin vielfältige sozialräumliche Spaltungen zwischen den Extremen der innerstädtischen Zonen von unternehmerischer Direktionsgewalt, Finanzmacht, exklusiven Konsum- und Kulturangeboten und solchen Zonen, die als Überlebensraum und Reservat für die Verarmten, sozial Marginalisierten und Migranten fungieren.«

Krätké entlehnte von Peter Marcuse (1989) das Konzept der *»Quartered City«*. Demnach würde sich der soziale Raum Berlins in vier bis fünf Quartierstypen spalten: die Stadt der Führungseliten, die gentrifizierte Stadt, die Stadt des Mittelstands und der Mieter und schließlich die aufgegebene Stadt, in der sich Immigranten und benachteiligte Gruppen konzentrierten. Ähnlich prognostizierten Häußermann und Siebel (1991: 28) in ihrem Szenario für Berlin die – miteinander verflochtene – »ökonomische Spaltung nach Eigentum, Einkommen und Position auf dem Arbeitsmarkt, die soziale Spaltung nach Bildung, sozialer Integration und Position auf dem Wohnungsmarkt [und] die kulturelle Spaltung nach ethnischer Zugehörigkeit, Religion und normativen Orientierungen«. Höchst bezahlten Spitzenträgern und einer überwiegend deutschen Mittelschicht, die in der polarisierten Metropolenökonomie rückläufig sei, werde ein soziales Segment marginalisierter Beschäftigter gegenüberstehen, das mit der internationalen Zuwanderung weiter wachse.

Im Verlauf der 90er Jahre realisierten sich solche Prognosen zunehmend. Allerdings sind sie insofern als problematisch einzuschätzen, als auch sie auf überzogenen Wachstumsprognosen basieren, anstatt den vermuteten Automatismus in Frage zu stellen, wonach sich Berlin zur *Global City* entwickle: Häußermann und Siebel sahen den »massenhaften Zustrom mittellosen Zuwanderer [...] zu massenhaften Notunterkünften führen« (ebd.: 49), Krätké fürchtete – im Rahmen der osteuropäischen Armutszuwanderung und der Verdrängung von Einwanderern aus gentrifizierten innerstädtischen Quartieren – das Entstehen eines »Ring[s] von sog. Spontansiedlungen oder Slums um die Stadt herum« (1991b: 341). Aus heutiger Sicht unhaltbar, reihten sich solche düsteren Prognosen sicherlich ungewollt in Bedrohungsszenarien ein, die der politische Diskurs zum Zuwanderungsproblem umlabelte und als Legitimation für eine auf Abschottung zielende Ausländerpolitik instrumentalisierte.

Davon abgesehen hat die herrschende Stadtpolitik solche Warnungen nahezu vollständig ignoriert und die sozialräumliche Spaltung Berlins aktiv mitverantwortet. Der Wandel des städtischen Raumes offenbart sich zunächst im baulichen Implantat einer neuen Mitte aus Regie-

rungsviertel und privaten Investitionsprojekten wie dem Potsdamer Platz – einem hybriden Konstrukt aus *Urban Entertainment*, Bürogebäuden und Verkehrsknoten – oder der Edelshoppingmeile Friedrichstraße. Deren Entstehungsgeschichte demonstriert die neuartige Macht privater Investoren, welche die Stadtentwicklungspolitik entdemokratisierte (vgl. Ronneberger/Lanz/Jahn 1999). Die Art und Weise, wie die unternehmerische Stadtpolitik den Verkauf oder die planerischen Vorgaben für den Potsdamer Platz und für andere Entwicklungsprojekte in der Kernstadt wie in der Peripherie »durchpeitschte«, demonstrierte die kleinteilige Berliner Planungskultur (Krätke 1991). Strategische Entscheidungen wurden der öffentlichen Kontrolle entzogen und in para-staatliche Entwicklungsträger sowie gemischtwirtschaftliche Organisationen verlagert. Am stärksten trifft dies für den ›Koordinationsauschuß für innerstädtische Investitionen (KOAI)‹ zu: Dieses informelle behördliche Gremium entschied jenseits jeder parlamentarischen oder öffentlichen Kontrolle über mehr als 50 innerstädtische Großprojekte im direkten Kontakt mit den Investoren (Lenhart 2003).

Das Schaffen harter Fakten unter Ausschluß der Öffentlichkeit flankierte eine »Simultanpolitik« (Schmals/Jahn 1997), die bereits beschlossene Strategien nachträglich legitimieren sollte. Neben zahlreichen Symposien, Wettbewerben oder Ausstellungen richtete der Senator für Stadtentwicklung dafür 1991 das Beratungsorgan ›Stadtforum‹ ein. Zwar bildete dieses Expertengremium einen Schauplatz für heftige öffentliche Debatten über Ziele und Projekte der Stadtentwicklung: Die Frage, was es an der Planung änderte, kann aber »mit einem kurzen und prägnanten ›nichts‹ beantwortet werden« (Lenhart 2003: 102). Die Politik orientierte alle Ressourcen auf Wachstum und auf den Umbau zur internationalen Dienstleistungsmetropole, betrieb eine Festivalsstrategie, um im Standortwettkampf die globale Sichtbarkeit Berlins zu erhöhen und verschleuderte öffentliche Mittel in Milliardenhöhe. Insbesondere die Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2000, die durch ein breites, von der Wachstumskoalition zum Berlin-Feind stilisiertes Bündnis bekämpft wurde (vgl. Rada 1997) und im September 1993 scheiterte, zog gigantische öffentliche Fehlinvestitionen in Großbarenen und großmaßstäbliche Entwicklungsprojekte nach sich (Wolf 2000).

Im Kern transformierte sich der städtische Raum Berlins in den 90er Jahren von einer industriellen Produktions- zu einer auf Konsum, Tourismus und Kultur orientierten Erlebnislandschaft. Die Konzentration des *Urban Managements* auf eine ›konsumfähige‹ Bürgerschaft, deren touristischer Blick beim Stadtbesuch ein anregendes Konsumerlebnis begeht und Kontakte zu potentiell störenden ›Anderen‹ zu minimieren

sucht, setzte soziale Selektionsmechanismen in Gang. Zentrale Räume gerieten als Produkte der symbolischen Ökonomie unter private Kontrolle und entwickelten sich zu Orten der Repräsentation, die das städtische Publikum auf eine Verbraucherrolle beschränkten. Quer durch die Stadt entstanden privatwirtschaftliche Konsumtionsräume wie *Shopping Malls*, »Multiplex«-Kinos oder Musical-Theater, die Konsum-, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten miteinander zu verschmelzen versuchten. Sie verwandelten ehemals »öffentliche Räume in durch Hausrecht eingehedigte private, umsatzorientierte Archipele« (Eick 1998: 96), aus denen private Sicherheitsdienste unerwünschte Nutzungen oder soziale Gruppen verdrängen. Auch bestehende Konsumzonen wie die West-Berliner City wandelten sich zu kontrollierten Arealen. Aus Polizeieinheiten und privaten Sicherheitsdiensten gebildete »Public Private Partnerships« begannen dort im Interesse des Einzelhandels ein Verhalten, das von kleinbürgerlichen Normen abweicht oder das Konsumerlebnis stört, zu sanktionieren und entsprechende Submilieus mit Hilfe von Platzverweisen oder vorbeugenden Aufenthaltskontrollen zu entfernen. Dabei konnten sie auf mehrfach verschärzte Gesetze und Verordnungen »zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« zurückgreifen, die es ermöglichen »gefährliche Orte« zu markieren, an denen Sondereingriffsrechte galten (vgl. Ronneberger/Lanz/Jahn 1999). Verschiedentlich dokumentiert ist, dass die Kontrolldichte in diesen Räumen explizit auf sichtbare Einwanderergruppen abzielte, die polizeiliche Einsatzleiter gerne als »Negroide« bezeichneten (Eckert 1998; Forschungsgesellschaft Flucht und Migration 1997). Im September 1996 richtete sich etwa eine von der »tageszeitung« als »Apartheid am Breitscheidplatz« kommentierte Kampagne »gegen Passanten, die aufgrund ihrer schwarzen und dunklen Hautfarbe automatisch als Dealer, Raubtäter oder Taschendiebe verdächtigt werden« (taz, 26.09.1996). Nicht zuletzt sollten solche Kontrollen »Illegalen« aufgreifen, die öffentliche Debatten über Schwarzarbeit und Lohndumping zunehmend zum Feindbild stilisierten (Ronneberger/Lanz/Jahn 1999).

Solche Praxen der Repression und Verdrängung beschränkten sich nicht auf Konsumzonen sondern umfassten die gesamte Innenstadt: Mit Verweis auf die »Hauptstädteiglichkeit« Berlins ließ der Innensenator besetzte Häuser oder Bauwagenplätze räumen, um sie an den städtischen Rand umzusiedeln: Berlin, so Innensenator Schönbohm, »ist nicht Hauptstadt der Wehrdienstverweigerer, nicht Hauptstadt der Wagenburgen, nicht Hauptstadt der Hausbesetzer, sondern Berlin ist Hauptstadt der Deutschen« (Abgeordnetenhaus, Pl. 13/14, 26.09.96: 995): »In diesem Sinne«, so begründete eine Pressemitteilung des Senats die Räumung des großen Wagenplatzes am erhaltenen Mauerstreifen »East Side

Gallery in Friedrichshain, »ist die Räumung der East-Side ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Normalität und zur Stärkung der Hauptstadtfähigkeit Berlins« (zit. in: Sambale/Veith 1998: 82). Soziale Gruppen, deren Nutzung des städtischen Raumes dieser dominierende politische Diskurs zum Imageschaden für die nationale Bedeutung Berlins als »Schaufenster und Repräsentant unseres Staates« (Berliner Zeitung, 18.07.96) oder für die internationale Städtekonkurrenz stilisierte, wurden aus der imaginären nationalen wie hauptstädtischen Gemeinschaft und aus einem willkürlichen Konzept von ›Normalität‹ ausgesgrenzt: Sie gehörten eben nicht zur ›Hauptstadt der Deutschen‹. Mit den Worten von Neil Smith (1996) handelt es sich dabei um eine »revanchistische Stadtpolitik«, mittels derer die sich als Stadtbürger verstehende Mittelklasse versucht, die verloren geglaubte Kontrolle und sozial-kulturelle Hegemonie über zentrale städtische Räume wiederzuerlangen: »Kennzeichnend für diesen Revanchismus ist die Transformation liberaler Sympathie mit den Marginalisierten zur Verteidigung von Privilegien und Subventionen in Zeiten scharfer Budgetkürzungen« (Sambale/Veith 1998: 90).

Parallel zu Orten des Massenkonsums, deren warenförmige Urbanität liberale Milieus und Experten heftig kritisierten, verwandelten sich historische Wohnquartiere im Ost-Berliner Zentrum in gentrifizierte Areale. In gestylten Höfen, Lofts und Passagen verdichtete sich dort eine Kultur- und Konsumlandschaft der Galerien und Modesalons, Clubs und Restaurants zu einer »Urbanität der Urbaniten« (Lanz 2002). In den frühen 90er Jahren hatten die Stadtteile Mitte und Prenzlauer Berg als Herzkammern der international gerühmten Nachwende-Subkultur fungiert und waren berühmt für ihren morbiden Charme, für besetzte Häuser, illegale Clubs und coole *»Kunst-Locations«*. Heute stellen sie »Hype Parks« (Becker 1998) dar, die neben ihrer Wohnfunktion für neue Dienstleistungsklassen als Touristenattraktion und *»Festival Market Places«* dienen. Ein Rückgriff auf die Authentizität des Lokalen vermarktet diese Restbestände der ›Europäischen Stadt‹ nun global. Späteren mit dem Boom der *»New Economy«* und der Medienindustrie gerieten diese Altbauareale zudem als Produktionsstandorte ins Visier: Die kreativen Klassen einer re-urbanisierten ökonomischen Produktion nutzen die Atmosphäre solcher *»sexy inner-city locations«* (Krätke 2004: 518), in denen sich viele Geographien und Lebensstile überschneiden und durchdringen, als *»Kreativitätsressource«* (ders. 2002: 242). Bei diesem Aufwertungsprozess handelt es sich daher nicht nur um die staatlich geförderte, durch das Immobilienkapital produzierte Aneignung einzelner Wohnorte durch gesellschaftliche Funktionseliten sondern um die räumliche Expansion und ökonomische Verwertung der metropolita-

nen Kultur. Darin artikuliert sich der Machtanspruch der Mittelklassen, sich urbane Lebensformen anzueignen und durch ihren Konsum ihren ökonomischen und symbolischen Wert zu steigern (vgl. Zukin 1991: 186).

Nach dem industriellen Niedergang und der gescheiterten Hoffnung Berlins, zur globalen Direktionszentrale aufzusteigen, muss diese metropolitane Kultur als gleichsam letzter Strohhalm für eine erfolgreiche ökonomische Zukunft herhalten: Mit der gescheiterten Olympiabewerbung, der zusammenfallenden Spekulationsblase und dem ausbleibenden Wachstum hatte sich bereits 1993 abgezeichnet, dass die Boomszenarien Illusion bleiben würden. Berlin steuerte in eine dramatische Schuldenkrise hinein. Obwohl eine Studie des Senats für Stadtentwicklung schon Ende 1994 zum Ergebnis kam, dass nicht alle begonnenen Projekte finanziert werden würden, führte die zweite Große Koalition ab 1996 diese fort (vgl. Lompscher 2000). Dies begleitete nun aber eine Austeritätspolitik, die städtisches Eigentum zu privatisieren suchte. Der Verkauf konzentrierte sich bis 1999 auf die Betriebe zur kommunalen Versorgung mit Elektrizität (Bewag), Gas (Gasag) und Wasser und griff danach auf städtische Wohnungsbaugesellschaften über, die »vor allem im Osten der Stadt aus Gründen der Liquiditätssicherung zur umfangreichen Veräußerung von Wohnungsbeständen gezwungen« wurden (Wolf 2000: 151).

Neben den neoliberalen Grundpfeilern der Berliner Stadtpolitik – unternehmerische Angebotspolitik und Privatisierung städtischer Dienste – offenbart sich der Wandel lokaler Staatlichkeit wie schon in den 80er Jahren paradigmatisch im Stadterneuerungsprogramm. Dessen entstaatlichtes, marktorientiertes und auf flexible Interventionen orientiertes Politikmodell kann für die 90er Jahre als beispielhaft für eine postfordistische Lokalpolitik gelten. Da sich der als Verwaltungshilfe begonnene West-Ost-Transfer von Know-how und Personal binnen kurzem in eine absolute Dominanz verwandelt hatte, kamen – wie in der gesamten Stadtentwicklungspolitik – nicht nur dessen Akteure fast ausnahmslos aus dem Westen sondern auch »Diskurse und Problemverständnisse, Claims, Kontakte und stillschweigende Übereinkünfte« (Bernt 2003: 126). Angesichts des fortgeschrittenen Verfalls der Bausubstanz in der Ost-Berliner Innenstadt wurden die Sanierungsmaßnahmen und ihre Grundprinzipien auf Ost-Berlin »übergeklappt«, fanden nun aber völlig veränderte Bedingungen vor (ebd.). Insofern der Lokalstaat immer weniger bereit war, Stadterneuerung als wohlfahrtsstaatliche Aufgabe zu verstehen und öffentlich zu finanzieren, koordinierte er mit Hilfe zwischengeschalteter Agenturen einen marktgesteuerten Prozess, suchte private Investitionen anzuregen und mit »weichen« Instrumenten

zu steuern. Dabei galt zwar das Kreuzberger Prinzip der Behutsamkeit. Bürgerinitiativen und andere lokale Akteure wurden aber nicht mehr in Entscheidungsprozesse integriert und die Verfahren so entdemokratisiert. Da die Bewohnerschaft in den neuen Sanierungsgebieten fast ausnahmslos deutschstämmig war, konnte die Stadterneuerung, die in den 80er Jahren an entscheidender Stelle Fragen der sozialen Integration und politischen Partizipation von Einwanderern sowie des Zusammenlebens zwischen Mehrheit und Minderheiten thematisiert und pragmatisch bearbeitet hatte, diese Rolle nicht mehr ausüben. Nicht zuletzt darin dürfte eine wesentliche Ursache dafür liegen, dass solche Fragestellungen in den 90er Jahren komplett dethematisiert werden konnten. Obwohl die Akteure der Sanierung noch einer sozialstaatlichen Agenda folgten, haben sich

»gegebene Versprechen wie ›Orientierung der Erneuerung an den Bedürfnissen der Bewohner‹, ›Erhalt der Gebietsbevölkerung‹, ›Vermeidung von Verdrängung und Segregationsprozessen‹ [...] kaum einlösen lassen. Die Sanierung ist heute wesentlich an den Bedürfnissen steuerabschreibender Investoren orientiert, auf die sich die Bewohner einstellen müssen« (ebd.: 258).

Diesem Wandel korrespondieren veränderte lokalpolitische Motivlagen: Während der politische Mainstream in den 80er Jahren aufwertungsbedingte Verdrängungsprozesse einzudämmen versucht hatte, galten zentrale städtische Räume nun als *»environment for sale«* (Heeg 1998: 11). 1997 legte der Senat ein lange gefordertes Leitbild für die Entwicklung der beiden Innenstadthälften vor. Dieses *»Planwerk Innenstadt Berlin«* sollte endlich das »leisten, was der begonnene Ausbau zur Dienstleistungsmetropole nicht geschafft hat und nicht schaffen konnte: den ›take off‹ des vereinigten Berlins [...] in Gang setzen« (Senatsverwaltung 1997: 47). Der in der Berliner Öffentlichkeit heftig umstrittene Masterplan zielte im Kern auf einen Umbau der Ost-Berliner Mitte, die »im Rahmen internationaler Städtekonkurrenz als Entwicklungshindernis« galt (Albers/Hoffmann-Axthelm 1997: 19f.). Der Plan sah vor, den Bau von mehreren Millionen Quadratmeter Wohnraum als parzelliertes Kleineigentum staatlich zu subventionieren und die aus einer metropolitanoen Verwertungsperspektive unter Wert genutzten Innenstadtareale für ›Stadt Bürger‹ attraktiv zu machen (vgl. Ronneberger/Lanz/Jahn 1999). Im Visier einer Strategie, die dem zuständigen Staatssekretär Stimmann zu Folge »wieder mehr auf Eigeninitiative setzt« (1996: 17), standen eigentumsfähige Haushalte der urbanen Dienstleistungsklasse. Ihren Wegzug wollte der neue Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) unbedingt verhindern, da er sie als »Träger der städtischen Kultur«

(1998a: 11) imaginierte. Der Architekturhistoriker Werner Sewing (1997: 47) sieht daher den bahnbrechenden Beitrag des Planwerks darin, dass »erstmals seit der Ausweisung von Bürgerrechten im 19. Jahrhundert [...] der Bürgerbegriff wieder exklusiv an Eigentum gebunden wird. »Die Würde des Stadtbürgers«, so der Planverfasser Dieter Hoffmann-Axthelm, sollte gegen die »Rechthaberei der Basis« durchgesetzt werden, »jenem berüchtigten Berliner Feuchtbiotop des Protestes aus grüner Alternativkultur, sozialdemokratischer Betroffenheitslyrik und Ostalgie«, das »sich dort nicht auf ewig festsetzen« könne (zit. in: Hain 2000: 122). Die Historikerin Simone Hain interpretierte diesen Diskurs als »Kulminationspunkt der zuvor unterschwelligen ideologischen Aufrüstungsphase« (ebd.: 126): Hier

»kreuzten sich die wichtigsten neoliberal-wertkonservativen Diskurse und kollektiven Aversionen der 90er Jahre. [...] Die gemeinsame Wahrnehmung ist eben die, in einer Grenzstadt am Rande der Zivilisation [...] zu leben und Berlin städtebaulich auf den Einfall der Barbaren vorbereiten zu müssen, es [...] zivilgesellschaftlich ›gegen den Druck der Ränder‹ zu verteidigen« (ebd.).

Auch der Diskurs um Stadtbürger versus Alternativkultur und ›Betroffenheitslyrik‹ im Kontext des Planwerks verdeutlichten den revanchistischen Charakter der herrschenden Stadtentwicklungspolitik, den Neil Smith gleichermaßen als Rache wie als Rückeroberung versteht. Die Wiederentdeckung der Bürgerstadt, so folgert auch der Soziologie Alain Touraine (1996), ist eine »neomittelalterliche, reaktionäre Stadtideologie«, welche die vorherrschende Politik der Verdrängung und Ausschließung geradezu adle.

Nach zahlreichen öffentlichen Debatten, Gegenplänen und Protesteingaben verabschiedete das Berliner Abgeordnetenhaus schließlich 1999 das Planwerk in veränderter und reduzierter Form. Seither wird es in eher bescheidenen Tranchen realisiert. Kurz vor der Berliner Wahl im Oktober 1999, die die Große Koalition unter Eberhard Diepgen mit einer im Verhältnis zur SPD nun fast doppelt so starken CDU bestätigte, demonstrierte das Abgeordnetenhaus den immer noch wirksamen Metropolenwahn: Es beschloss einen Bebauungsplan für den Alexanderplatz, der einen großflächigen Abriss der bestehenden Bausubstanz und zehn neue Hochhaustürme mit einer riesigen Bruttogeschossfläche vorsah. Dies verdeutlichte nicht nur die fehlende Bereitschaft der herrschenden Politik, die Boomillusionen aufzugeben (Lompscher 2000). Die im Verlauf dieser Planungen zu Tage getretenen Diskurse führender Urbanisten demonstrieren eine tief in der nationalen Ideologie verwurzelte Konstruktion des Ostens als der abendländischen Kultur entgegen-

stehende Steppe (vgl. Boockmann 1996). Der Alexanderplatz, der bereits in den 20er Jahren die Grenze zwischen »West und Ost, zwischen vermeintlicher ›Zivilisation‹ und [...] ›Wildnis‹« (Rada 2002: 28) markierte, galt nun wieder als »asiatische Leere« (Dieter Hoffmann-Axthelm), »mongolische Steppe« (Klaus Hartung), »Vorposten der Mongolei« (Michael Mönninger) oder »sibirische Schneise« (Bernhard Schulz). »Der skandalöse Griff ins Vokabular des ›Herrenmenschen‹, so folgerte Uwe Rada, »dem alles Östliche samt den ›slawischen Untermenschen‹ nur mehr barbarisch ist, kann mithin kaum als Missgriff abgetan werden, sondern nimmt die Vergleiche mit dem Antislawismus der Nationalsozialisten billig in Kauf« (ebd.: 167f.).

3.5 Die räumliche Konstruktion des Anderen: Das ›Ausländerquartier‹

Abgehängt: Die Wiederkehr des Ghetto-Diskurses

Die Jahre 1997 und 98 markieren einen Wendepunkt für die politischen Diskurse um den Berliner Immigrationskomplex. Ab Mitte der 90er Jahre hatten Kommunalpolitiker oder öffentliche Wohnungsbaugesellschaften nicht nur in Berlin darauf hinzuweisen begonnen, dass sich in bestimmten städtischen Räumen und Wohnungsbeständen soziale Probleme häuften. Dies hatte zur Vergabe und Publikation verschiedener Sozialstudien geführt, die in Berlin eine deutliche Zunahme von Armut und sozialen Folgeproblemen sowie deren räumliche Konzentration feststellten. Da die traditionellen Einwandererstadtteile die schlechtesten Sozialdaten aufwiesen, kehrte der Themenkomplex ›Integration‹, den der Metropolenrausch der Nachwendejahre unter sich begraben hatte, quasi durch die Hintertür in die öffentliche Debatte zurück. Schon 1995 hatte der erstmals für alle Bezirke angefertigte ›Sozialstrukturatlas‹ eine Rangfolge der Stadtteile nach ihrer »sozialen Belastung« erstellt und eine bedenkliche Konzentration von Indizes wie einer hohen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfequote, einem geringen Einkommen und einer niedrigen Lebenserwartung in innerstädtischen Quartieren konstatiert (Hermann/Meinlschmidt 1995). Die Folgestudien (dies. 1997; Hermann/Imme/Meinlschmidt 1998) bestätigten, dass mit einer anhaltend negativen Tendenz die Stadtteile Kreuzberg, Tiergarten und Wedding am schlechtesten abschnitten. Wenig besser lagen die Ost-Berliner Bezirke Friedrichshain und Prenzlauer Berg sowie das in einen armen innerstädtischen Norden und einen eher von der Mittelschicht geprägten Süden gespaltene Neukölln. Auffällig überlagerten sich diese Gebiete

zum einen mit den traditionellen Arbeitervierteln und zum anderen mit jenen West-Berliner Bezirken, für die ab 1975 mit dem Argument ihrer »sozialen Belastung« eine Zuzugssperre für Ausländer gegolten hatte. Die Muster der Segregation von Einwanderern hatten sich in West-Berlin seither kaum geändert.

Neben Nachzüglern aus den Herkunftsregionen der ›Gastarbeiter‹ – primär der Türkei – hatten auch Flüchtlinge in ihrer meist prekären sozialen Lage kaum eine andere Wahl, als sich in Einwandererquartieren niederzulassen. Als sich der Wohnungsmarkt nach 1990 entspannte und neue Vorstädte verfügbar wurden, begannen dagegen Angehörige der Mittelschicht die Sozialwohnsiedlungen massenhaft zu verlassen. Deren Eigentümer sahen sich nun gezwungen, Leerstände mit ihnen eher unerwünschten Migranten aufzufüllen. In Ost-Berlin wiederum lebten größere Migrantengruppen nur in Gebieten, in denen sich Wohnheime für ›Vertragsarbeiter‹ und Flüchtlinge konzentrierten. Darüber hinaus siedelte sich ein Drittel der neuen deutschen Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion in der Großsiedlung Marzahn an, die über leerstehende große Wohnungen verfügte (vgl. Kapphan 2001). Von Sozialtransfers abhängige Aussiedler gelangten häufig nach Nord-Marzahn, das als jüngster Siedlungsteil infrastrukturelle Mängel aufwies und über hohe Leerstände verfügte. Dieses Quartier wies daher schnell problematische Sozialindizes auf. In Kreuzberg wiederum war nun ein Viertel der Bewohner arbeitslos, 13 Prozent lebten von Sozialhilfe, 30 Prozent der Jugendlichen fiel unter die Armutsgrenze (vgl. Rada 1997). Neben solchen innerstädtischen Altbaugebieten identifizierte die maßgeblich von Hartmut Häußermann und Andreas Kapphan verfasste Studie ›Sozialorientierte Stadtentwicklung‹, die der Senat 1998 herausgab, auch Teile der West-Berliner Sozialwohnkomplexe und der Ost-Berliner Großsiedlungen als »problembehaftet« (IfS/S.T.E.R.N. 1998). Die Autoren diagnostizierten dort eine »kumulative Verschärfung sozialräumlicher Marginalisierung« und eine »Konzentration vielfältiger Problemlagen« (Häußermann/Kapphan 1999: 199). Darunter verstanden sie »hohe Bevölkerungsfluktuation, hohe Ausländeranteile, hohe Arbeitslosigkeit, hohe Sozialhilfedichte, hoher Zuzug von Zuwanderern aus dem Ausland, Wegzug von Familien mit Kindern, Wegzug von Erwerbstätigen« (IfS/S.T.E.R.N. 1998: 15). Die Ursachen verorteten sie sowohl in einem kollektiven sozialen Abstieg der Bewohner, der aus der Krise von Arbeitsmarkt und Sozialstaat resultiere, als auch in selektiven Wandlungsprozessen (ebd.: 51). Sie konzentrierten ihre Analyse auf die Selektivität der Zu- und Wegzüge und folgerten aus ihr: »Geht diese Entwicklung weiter, so bilden sich in der Stadt Orte einer sozialen Exklusion, die diejenigen, die dort wohnen (müssen), von den Lebenschancen

dieser Gesellschaft ausschließen, d.h. der Wohnort selbst wird zu einem diskriminierenden und benachteiligenden Merkmal« (ebd.: 79). Eine zunehmende Zahl der Armen, so resümiert Andreas Kapphan (2002) aus seiner Studie über Armut in Berlin, sei mittlerweile dauerhaft erwerbslos, sozial isoliert, leide unter Stigmatisierungserfahrungen und Ohnmachtsgefühlen und müsse als sozial ausgegrenzt gelten. Im Kontext der ethnisch segmentierten Arbeitsmärkte und einer Jahrzehntelangen sozialen Unterschichtung gilt dies weit überproportional für Einwanderer und ihre nachkommenden Generationen. Die internationalisierte Bevölkerung Berlins und sein auseinanderdriftendes sozialräumliches Gefüge entsprachen daher zunehmend den Strukturen einer *Global City*. Da aber deren wirtschaftlichen Potentiale fehlen, ist Berlin als *>Globalizing City<* einzuordnen (vgl. Krätke 2005).

Die genannten Studien forderten von der Politik eine »Strategie einer urbanen Integration, die den Prozeß der Marginalisierung und Exklusion stoppen könnte« (IFS/S.T.E.R.N. 1998: 79) und erzeugten eine starke öffentliche Reaktion. Die Studie »Sozialorientierte Stadtentwicklung« (ebd.), der »Berliner Sozialstrukturatlas« (Hermann/Imme/Meinlschmidt 1998) und das bundesweite Gutachten »Überforderte Nachbarschaften« (Krings-Heckemeier/Pfeiffer 1998), das der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen (GdW) beauftragt hatte, erlangten eine hohe politische Aufmerksamkeit. Auch die Medien sprangen auf die Diagnose einer sozialräumlichen Marginalisierung an. »Der Spiegel« publizierte 1997 und 1998 mehrere Artikel, die öffentliche Debatten in Berlin jahrelang beeinflussten: Zunächst veranlasste die Studie »Verlockender Fundamentalismus« (Heitmeyer/Müller/Schröder 1997), die einen Zusammenhang zwischen der mangelnden Integration und der Gewaltbereitschaft junger männlicher Migranten herstellte (vgl. Dritter Exkurs), das Magazin zur Titelstory »Ausländer und Deutsche: Gefährlich fremd. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft« (Heft 16/97). Diese warnte vor jugendlichen »Zeitbomben in den Vorstädten«, die »der Logik von Bandenkriegen in den Slums amerikanischer Großstädte zu folgen« (ebd.) scheinen. Wenig später sorgte die Reportage »Endstation Neukölln« für Furore (43/97), 1998 folgte bezeichnenderweise als Teil des Dossiers »Zu viele Ausländer?« ein mit »Abstieg zum Slum« betitelter Artikel über den Wedding (48/98). Dessen Aussagen »In manchen Vierteln deutscher Großstädte [...] verschrecken nicht nur marodierende Ausländergruppen die Nachbarschaft – das Viertel rutscht immer weiter ins Elend« oder »Der Soldiner Kiez steht für Angst und Müll auf dem Gehsteig. Ausländeranteil 51 Prozent« verdeutlichen beispielhaft eine Verknüpfung zweier Diskursstränge, die nahezu alle politischen und medialen Debatten über benachteiligte Stadtteile prägte: Ein vermuteter

sozialer Abstieg solcher Viertel wird dabei an ausländerpolitische Positionen gekoppelt, die das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft und der Integration von ›Ausländern‹ konstatieren und dies meist mit dem Verhalten und der Kultur bestimmter Einwanderergruppen begründen. Dieser dominante Diskurs verschränkte Armut, die Zahl und Kultur der anwesenden ›Ausländer‹, soziale und psychische Abnormitäten sowie Kriminalität mit bestimmten städtischen Räumen und agierte mit immer gleichen, teilweise offen rassistischen Bildern und Metaphern.

Einen besonders drastischen, strukturell jedoch paradigmatischen Fall bildet der Artikel »Endstation Neukölln«. Dort heißt es, Kinder gingen »arabisch einkaufen«, »ein Filialleiter wurde niedergestochen«, weil er »altmodisch« auf Bezahlung bestand. Es gehöre in Neukölln zum Alltag, dass »Schüsse über die belebte Straße« peitschten und Menschen ermordet würden. Kinder liefen »hungernd durch die Straßen« und lungerten herum, »das Schnappmesser immer griffbereit«. Es herrsche ein »multikultureller Krieg«: »Die türkischen Facharbeiter und Geschäftsleute [...] werden verdrängt von Bosniern, Arabern, Afrikanern«, das Viertel sei »Untertauchgebiet« für Schwarzarbeiter, abgelehnte Asylanten, Prostituierte ohne Aufenthaltserlaubnis«. »Zuwendungsempfänger in der dritten Generation« wird unterstellt, »im Sozialamt vor nichts zurückschrecken«. Öffentliche Räume wie der Park ›Hasenheide‹ seien »vermüllt« und »fest in schwarzafrikanischer Hand.« Und den Taxifahrer habe der Reporter mit »50 Mark extra« dazu überreden müssen, überhaupt zum Hermannplatz, dem »Dorado für Dealer und Diebe« zu fahren (Spiegel, 43/97: 58ff.). Allein dieser realitätsferne Topos, der Neukölln gleich nordamerikanischen Ghettos als *No-Go-Area* assoziiert, demonstriert einen diskursiven Mechanismus, der einzelne Ereignisse und Verhaltensweisen suggestiv zu einer spezifischen Kultur verallgemeinert und bestimmte Stadtteile einschließlich ihrer Bewohner symbolisch aus der städtischen Gesellschaft ausgrenzt. Neben den genannten Studien produzierten gerade diese Spiegel-Artikel, auf die zahlreiche Medienberichte direkt reagierten (vgl. Sarigöz 1999), eine »regelrechte Explosion von Diskursen über die ›Ausländerwohnviertel‹ in Kreuzberg, Wedding und Neukölln« (Gebhardt 2001: 11), mit der sich solche Redeweisen immer weiter verdichteten.

Welche Bedeutung oder Effekte, so kann man fragen, haben derartige gesellschaftliche Redeweisen über bestimmte Orte und ihre Bewohner? Spätestens mit ihrem *cultural turn* (vgl. Mitchell 2000) haben sich in den räumlichen Disziplinen Konzeptionen durchgesetzt, die das »urban meaning« (Castells 1983), die »Raumbilder« (Ipsen 1987), die »imaginäre und symbolische Realität des Räumlichen« (Prigge 1991) oder die

räumlichen »Atmosphären« (Löw 2001) als substanzelle Elemente von Raum verstehen. Rob Shields bezeichnet die fortlaufende soziale Konstruktion des Räumlichen auf den Ebenen des sozialen Imaginären (etwa kollektive Mythologien) und der materiellen Interventionen als »*social spatialisation*« (Shields 1997: 188). In Anlehnung an Foucault versteht er räumliche Ordnungen als Dispositive, die Körper im Raum anordnen. Im Prozess der »*spatialisation*« fließen Diskurse und Metaphern, institutionelle Regeln und Praktiken zusammen. Diskurse und Images laden Räume symbolisch-imaginär mit Bedeutungen auf. Hegemoniale Repräsentationen definieren bestimmte Sichtweisen, schließen darüber andere aus, positionieren Menschen für oder gegen sie und besitzen die Macht, Handlungen vorzustrukturieren (Shields 1996: 237). Da Menschen auf der Basis dieser imaginären Geographien Räumen Attribute zuordnen und dies ihre Entscheidungen prägt, transformieren sich entsprechende Diskurse in Alltagshandeln und lokale Identitäten (Shields 1991; vgl. Gebhardt 2001). Sie prägen nicht nur Wahrnehmung und Denken über einen spezifischen Raum sondern auch dessen soziokulturelle oder ökonomische Entwicklung und darauf einwirkende politische Interventionen. Gleich Gebrauchsanweisungen strukturieren sie das räumliche Verhalten der Menschen vor.

Da der breite Mediendiskurs einen großen Einfluss auf den Interdiskurs hat, dem als Alltagswissen keine Definitionen und keine Widerspruchsfreiheit mehr abgefordert werden (vgl. Jäger 1993: 155), besitzt er das Potential, »Doktrinen« (Michel Foucault), also allgemein verbindliche Wahrheiten hervorzu bringen: »In einer Art Dialektik«, so zeigt Barbara Lang (1998: 55) am Beispiel Kreuzbergs, »beschleunigten sich gesellschaftliche Redeweisen über den Bezirk [...] und die Materialisation der Diskurse« gegenseitig. Solche symbolischen Raumkonstitutionen beinhalten immer die Differenz zwischen Eingeschlossen und Ausgegrenzt (Löw 2001). Träger von Raumbildern sind zunächst unterschiedlich mächtige soziale Gruppen, die ihre Deutung in Konkurrenz mit anderen Bildern durchzusetzen versuchen (Ipsen 1997). In ihrem Konstruktionsprozess können sich konkurrierende Raumbilder, die Shields (1991) zufolge stets einen simplifizierenden, stereotypisierenden und labelnden Charakter aufweisen, solange überlagern, bis eines eine dominante oder gar hegemoniale Position erreicht. Dies zerrt einen Ort auf ein bestimmtes Wesen fest und produziert Grenzen zwischen Zugehörigen und Fremden. Ein aufgrund ungleicher Machtverhältnisse von außen aufgetroffenes Raumbild konstruiert die Bewohner dieses Ortes meist zum sozialen Kollektiv mit bestimmten Verhaltensmustern. Setzt sich dagegen ein Raumbild innerhalb eines Ortes durch, führt dies ten-

denziell zu einer räumlichen Identität, die innere Fremde erzeugt (Ipsen 1993).

Barbara Lang zeigt, wie gerade Kreuzberg im Rahmen der geschilderten Debatten binnen kurzem wieder das frühere Ghetto-Label angeheftet wurde. In den frühen 90er Jahren hatten hingegen Erzählungen über »Schickimickis im wiedervereinigten Zentrum« dominiert: »Kreuzbergs neue Bewohnerschaft, da war man sich in den Medien einig, sind jung-dynamische Aufsteiger« (Lang 1998: 169). Entgegen dieser »symbolischen Gentrifizierung« (ebd.: 173) war der Alltag bereits zu dieser Zeit kaum anders als in vorangegangenen Jahrzehnten eher von Armut und sozialen Problemen geprägt. Als Kreuzberg im Sozialstrukturatlas offiziell »ganz unten« rangierte, gewann das überkommene Ghetto-Label wieder Oberhand: »Nach der Maueröffnung«, so fasste der Fraktionsvorsitzende der CDU Klaus Landowsky diesen Prozess zusammen, ist »die interessante Szene in die Auguststraße [im Bezirk Mitte, S.L.] oder nach Prenzlauer Berg gezogen. Zurück blieben Junkies, Gewalt, Ausländer – und kaum noch normale Berliner« (zit. in: Tagesspiegel, 09.03.98). Das nächste Bild von Kreuzberg, so folgerte Rolf Lindner (1998: 9) daher, könnte »Slumland« heißen.

In politischen Diskursen jener Zeit gewannen derartige Stränge eine zentrale Bedeutung. Dies zeigen die Parlamentsdebatten anlässlich der Aktuellen Stunden »Der Sozialreport – Konsequenzen für Berlin« vom 5. Februar 1998 und »Innensenator Schönbohm auf dem politischen Kreuzzug – Solidarität statt Spaltung« vom 25. Juni 1998 sowie die Debatte vom 14. Januar 1999 über die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, die die neue rot-grüne Bundesregierung plante. Als erster Redner in der Debatte über den Sozialstrukturatlas stellte der CDU-Abgeordnete Liepelt folgende Zusammenhänge her: Zum ersten forderte er, jene »Menschen in der Stadt zu halten und in die Stadt zu bringen, [...] die man als steuerzahlende Normalverdiener bezeichnet« und sich »allen Formen des Sozialschmarotzertums konsequenter [zu] widersetzen«: Die »Förderung des Mittelstandes und auch der Eliten in unserer Stadt« sei daher »eine zutiefst soziale Aufgabe«. Zum zweiten

»Ausländerpolitik. Daß kriminelle Ausländer ihr Gastrecht verwirkt haben, hat sich [...] durchgesetzt. [...] Man wird auch aufgrund der Zahlen des Sozialatlasses hoffentlich nicht gleich mit der Faschismus-Keule erschlagen werden, wenn man die Frage stellt, wie hoch der Ausländeranteil in einem Stadtquartier sein kann, damit Integration noch möglich ist« (ebd.).

Im direkten Anschluss stellte er den »Zusammenhang zwischen Sicherheit und Verwahrlosung von sozialen Brennpunkten« her und forderte

die »Überwachung gefährdeter Räume und die verstärkte Polizeipräsenz« (Abgeordnetenhaus, Pl. 13/40, 05.02.98: 3091f.). Die zentrale Motivation für einen ebenso vorgeschlagenen »Wertausgleich zwischen den Bezirken« verdeutlicht die These von Eberhard Diepgen in derselben Debatte, »dass soziale Ghettobildung zu sozialen Spannungen, zu Belastungen der Stadt, zu Kriminalität und ähnlichem führen können und deswegen hier gegengesteuert werden muß« (ebd.: 3097). Ein halbes Jahr später betonte auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion Böger, man müsse Voraussetzungen dafür schaffen, »dass das Fremde uns allen nicht zur Angst und Sorge« werde, wenn »ohne bessere Integration [...] uns [...] Arbeitslosigkeit, Fundamentalismus, Kriminalität, soziale Spannungen« über den Kopf wüchsen (ebd., Pl. 13/57, 14.01.99: 4179). Die »Dichte der unzureichend integrierten ausländischen Bevölkerung« sei nicht zuletzt ein Problem der »inneren Sicherheit«, so der neue Innensenator Werthebach in derselben Debatte (ebd.).

Mehrfach stieß die CDU nun »eine neue Diskussion über den Zuzug ausländischer Gruppierungen« an (Diepgen, ebd., Pl. 13/40, 05.02.98: 3097) und erwog die 1990 abgeschafften Zuzugssperren wieder einzusetzen: »Deshalb muss dort, wo es dem Staat möglich ist, der Zuzug von sozial schwachen Ausländern ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Problembereiche von Wedding und Kreuzberg, aber auch in Teilen von Tiergarten, Neukölln und Schöneberg gestoppt werden«, so der Abgeordnete Roland Gewalt (ebd., Pl. 13/57, 14.01.99: 4173). Damit sich »dichte, abgeschottete und integrationserschwerende Parallelgesellschaften in bestimmten Wohnquartieren nicht verfestigen« (Werthebach, ebd.: 4181), sollten kommunale Wohnungsgesellschaften als »Steuergesetzmittel« dienen. Diese implizite Absicht, Vermietungen an Ausländerquoten zu koppeln, deutete die bündnisgrüne Abgeordnete Schreyer als Aufforderung an die Gesellschaften, diskriminierend zu arbeiten (ebd.: 4173).

Auf einer abstrakten Ebene enthält dieser Diskurs dieselben Elemente wie die drastisch bebilderten *>Spiegel<-Reportagen*. Sprecher von SPD, PDS und den Grünen wiesen in den ideologisch polarisierten Debatten die pauschalen Verknüpfungen zwischen Herkunft, Ausländerstatus, sozialem Milieu und *>asozialem<* Verhalten scharf zurück: »Immigranten. Da fällt ihnen nur [...] die Kriminalität ein. Und dann kommen die Sozialhilfeempfänger. Da fällt ihnen Verwahrlosung, Verunsicherung, Schmutz ein. Und dann kommt noch die Überwachung von gefährlichen Orten« (ebd., Pl. 13/40, 05.02.98: 3100), kritisierte etwa Barbara Osterheld von den Grünen, während Gabriele Schöttler (SPD) konstatierte: Im Sozialstrukturatlas »stellen wir fest, dass fast ein Drittel der Berliner Bevölkerung in den Bezirken mit besonderer sozialer Belastung

lebt. [...] Das sind keine Wagenburgler, die nach Ansicht von Frau Senatorin Hübner resozialisiert werden müssen, das ist kein Gesindel, Herr Landowsky, und das sind auch keine Sozialschmarotzer, Herr Liepelt« (ebd.: 3094). Schöttler verwies dabei zum einen auf Versuche der Sozialsenatorin Hübner (CDU), innerstädtische Wagenburgen mit dem Argument einer von ihnen ausgehenden Seuchengefahr an die Peripherie zu verbannen (vgl. Sambale/Veith 1998) und zum anderen auf eine Parlamentsrede des Fraktionsvorsitzenden der CDU Landowsky, der argumentiert hatte:

»Alle ausländischen Besucher und Bürger, die rechtstreu sind, sind herzlich willkommen. Aber Ausländer, die schwere Straftaten in Berlin begehen, haben ihr Gastrecht verwirkt und haben dieses Land zu verlassen! Ganz einfach – sonst versteht es der Bürger auch nicht. Ich bin auch dankbar dafür, daß der Senat jetzt intensiv gegen die Verslumung Berlins vorgeht, gegen Sprayer, gegen Müll und Verwahrlosung auch der städtischen Brunnen. Es ist nun einmal so, daß dort, wo Müll ist, Ratten sind und daß dort, wo Verwahrlosung herrscht, Gesindel ist. Das muß in der Stadt beseitigt werden« (Abgeordnetenhaus, Pl. 13/24, 27.02.97: 1776).

Beispielhaft stehen solche Redeweisen für eine ›revanchistische Politik‹ (Smith 1996), die Sozialpolitik auf Mittelklassen fokussierte, von einer willkürlichen Norm abweichende Milieus aus dem städtischen Zentrum zu verbannen suchte und sich durch deren pauschale Diskriminierung legitimierte. In ihrem Fokus stand ein vermeintliches Verhalten oder eine Kultur von ›Ausländern‹. Zudem basierte sie auf dem empirisch nie bewiesenen ›broken windows‹-Theorem (Wilson/Kelling 1982), das Unordnung, die Verwahrlosung städtischer Räume, das Dulden geringfügiger Regelverstöße und die Ausbreitung schwererer Straftaten ursächlich miteinander verknüpft: »Hier repräsentiert eine geborstene Fensterscheibe (beziehungsweise die Tatsache, dass diese nicht ersetzt wird) einen bedrohlichen Infektionsherd, von dem eine Verwahrlosungs- und Devianzspirale ihren Ausgang nimmt« (Veith/Sambale 1999: 48). Kriminalität, so die Hypothese, breite sich in Städten wie ein außer Kontrolle geratendes Virus aus, wenn sich die Gesellschaft nicht präventiv davor schütze, indem sie eine strikte öffentliche Ordnung herstelle. Vorbild solcher Debatten war die ›Zero Tolerance‹-Politik des New Yorker Bürgermeisters Giuliani, die der ›Spiegel‹-Titel »Aufräumen wie in New York? Gegen Verbrechen, Drogen und Dreck in deutschen Städten?« (28/97) auch in Deutschland populär gemacht hatte. Die drastischen polizeilichen Maßnahmen dieses Programms richteten sich gleichermaßen gegen Schwarzfahrer, Graffiti-Sprayer, Obdachlose und

banale, nun als ›Verbrechen gegen die Lebensqualität‹ geltende Regelwidrigkeiten im öffentlichen Raum. Seine Opfer waren fast ausschließlich Arme und entstammten meist den diskriminierten ethnischen Minderheiten der Schwarzen und Latinos (vgl. Ronneberger/Lanz/Jahn 1999).

Die dem *broken windows*-Diskurs inhärente epidemiologische Perspektive setzt Städte mit lebenden Organismen gleich und interpretiert Verarmungsprozesse als gesundheitliche Funktionsstörungen. Nicht zufällig startete die bereits zitierte Rede von Volker Liepelt mit den Sätzen »der Sozialatlas ist das Fieberthermometer einer Millionenmetropole. Wer die Krankheitsherde genau orten kann, der kann auch die Therapie viel gezielter ansetzen« (Abgeordnetenhaus, Pl. 13/40, 05.02.98: 3091). Diese Redeweise prägte in diversen Variationen die öffentliche Debatte: So sprach der Berliner Kurier von Slums, die »wie Krebsgeschwüre wuchern. Wenn wir das in Berlin verhindern wollen, führt kein Weg an der Operation vorbei« (zit. in: Gebhardt 2001: 72). Ein FAZ-Artikel interpretierte türkische Migration als »Wildwuchs«, der »schwer zurückzuschneiden ist« (20.11.97, zit. in: ebd.: 73), ein anderer sprach von »Ghettos«, die sich »eingenistet« hätten (10.03.98, zit. in: ebd.). Solche Redeweisen beschränkten sich weder auf die Boulevardpresse noch auf Konservative. So heißt es in einem Text das politisch links zu verortenden »Centrum Jahrbuch Architektur und Stadt« (Ausgabe 1998/99): »Ein schwarzer Gürtel der Armut legt sich um Berlins Mitte, wuchert weiter nach außen. Er trägt die Namen Kreuzberg, Neukölln, Wedding und Tiergarten« (Wehner 1998: 124). Hier ist von »Ghettobildung«, von »sozialem Sprengstoff« und von einer »Flucht« der »deutschen Familien« die Rede. Solche Begriffe suggerieren eine bevorstehende Naturkatastrophe und konstruieren ein deutsches Opferkollektiv im Kontrast zu den »meist muslimischen Ausländern« (ebd.: 125ff.). Der Artikel zitiert den Neuköllner Bürgermeister Bodo Manegold (CDU), der seinen Bezirk als »umgekippt« deutete und eine »gesunde Mischung« anstrebte. Auch Eberhard Diepgen oder der Weddinger Bürgermeister Hans Nisblé (SPD) benutzten verschiedentlich dieses Bild (Gebhardt 2001: 73).

Die Metapher vom Umkippen städtischer Räume folgt einer epidemiologischen Tradition aus dem 19. Jahrhundert, die dazu diente, Arme als ›unwürdig‹ zu definieren (Veith/Sambale 1999: 48). Sie basiert auf der These, dass eine zu hohe Anzahl von Armen und Einwanderern, die dabei miteinander verschmolzen werden, einen Stadtteil zum Kippen bringt und suggeriert eine Art ökologischen Grenzwert, jenseits dessen ein Automatismus des Niedergangs einsetzt: Einkommensarme Haushalte werden mit einer »allesfressenden Säure« assoziiert, »die durch die

Lauge der ›breiten Schichten des Volkes‹ neutralisiert werden muß, damit ein ph-neutraler Wert, also eine ausgeglichene Struktur entsteht« (Becker 1997: 22). Da der Wert des ›Kippunktes‹ stets im Ungefährten bleibt und je nach Situation mit unterschiedlichen Prozentzahlen verknüpft wird, fragt Ruth Becker zur Recht: »Wer wiegt die ausgewogenen Bevölkerungsstrukturen?« (ebd.: 21).

Die *broken windows*-Logik lässt sich auch in der politischen Programmatik des sozialdemokratisch regierten Wedding nachvollziehen, deren Schwerpunkt aber im Gegensatz zur CDU-Politik auf sozialen Maßnahmen lag, die die Situation der Bewohner verbessern sollten. Anlässlich der Innenstadtkonferenz »Sicheres Wohnen – Wohlfühlen im Kiez« (vgl. unten) formulierte Bürgermeister Hans Nisblé einen Zehn-Punkte-Katalog, der laut Wiedergabe in der Berliner Morgenpost (27.08.98) eine »gründliche Diskussion über die Berliner Ausländerproblematik« anstoßen sollte: Neben niedrigen Sozialmieten, verbesserten Infrastrukturen oder Qualifizierungs- und Freizeitangeboten forderte Nisblé für ›Ausländer‹ eine »Quotenregelung, um eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur zu garantieren«. Wohnungsgesellschaften, private Vermieter und Mieter sollten »gemeinsam für eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls sorgen«. Weiter enthielt der Katalog Ausländerquoten an Schulen, die »rigorose Verfolgung von Straftaten«, das »konsequente Eingreifen der Polizei«, eine »zügige Beseitigung von Müllablagerung und eine rechtliche Handhabe gegen die Ansiedlung von Kriegsflüchtlingen in »sozialen Brennpunkten« (zit. in: ebd.). In Form einer *Public Private Partnership* sollte eine »Lokale Partnerschaft Wedding als ein Bündnis für Beschäftigung, Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt im Bezirk« (Nisblé 1999: 134) die »Eigeninitiative und Selbsthilfe« sozial Benachteiligter fördern und Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Zudem gründete der Bezirk einen ›Sicherheitsbeirat‹, um vorbeugend die Kriminalität zu bekämpfen und den »Gemeinsinn« zu stärken (ebd.: 135).

Der zuständige Bezirksamtsdirektor beschrieb in der Wochenzeitung ›Jungle World‹ (11.07.98), dass sich aus dem Kontakt mit Bewohnern auch das Problem der »Ausländerballung« als Arbeitsbereich des Beirats ergeben habe. Deutsche fühlten sich »durch den sehr hohen Ausländeranteil und eine gewisse Entfremdung« in der Minderheit und hätten die Sorge, »dass dort die Polizei zu wenig präsent ist«. Viele »Angestammte« zögen weg aus dem Kiez. Gerade Einwanderer »aus dem arabischen Teil der Welt [...] haben eben besondere Einstellungen«. Daher wolle der Beirat darauf hinwirken, dass »die Anzahl der Asylbewerber in privaten Unterkünften nicht in einem Maße steigt, dass sich die Menschen dort in ihrem Wohlbefinden beeinträchtigt fühlen« (zit. in: ebd.). Bei-

spielhaft für die meisten Debatten durchzieht diesen Diskurs eine Dualität zwischen ›Angestammten‹, zu denen nur ethnisch Deutsche zählen obwohl zahlreiche Einwanderer seit Jahrzehnten dort leben, und ›Ausländern‹. In rassistischer Manier unterstellt er diesen pauschal bestimmte Haltungen und deutet ihre ›Ballung‹ als Verlust von Kontrolle und Wohlbefinden, der eine erhöhte Polizeipräsenz erfordere.

Dass die CDU solche Positionen teilte, zeigt beispielhaft eine Veranstaltung mit Eberhard Diepgen unter dem Titel »Wie kann verhindert werden, dass die angestammte Bevölkerung Kreuzberg verlässt?«, die der Grünen-Politiker Michael Haberkorn wie folgt kommentierte:

»Nicht die Sorge um die Destabilisierung der Lebenssituation aller Bewohner-Innen der Stadtteile dominiert also, sondern offensichtlich werden von der CDU alleine die Probleme der deutschen Bevölkerung mit ihren nichtdeutschen Nachbarn in den Vordergrund gerückt. [...] Die ›gesunde‹ soziale Mischung bei der Belegung der Häuser und Quartiere lebt wieder auf. Ab wann ist ein Haus sozial und gesund – und wer sind die Kranken?« (zit. in: Berliner Morgenpost, 06.09.98).

Solche Übereinstimmungen zwischen den Koalitionspartnern überdeckten im Jahr 1998 völkische Positionen maßgeblicher CDU-Politiker, die auch die SPD massiv zurückwies. Die traditionellen konservativen Kampfansagen an die ›multikulturelle Gesellschaft‹ waren spätestens mit den geschilderten Artikeln im Spiegel in die politische Mitte eingeseckert und wurden nun erstmals an den Begriff der ›Parallelgesellschaft‹ gekoppelt, den der Soziologe Wilhelm Heitmeyer bekannt gemacht hatte (vgl. Dritter Exkurs). In verschiedenen Interviews forderte der rechtskonservative Innensenator Jörg Schönbohm in Berlin lebende ›Ausländer‹ auf, ihre Integrationsleistungen zu verstärken und sich den ›Gewohnheiten‹ der ›deutschen Bürger und Behörden‹ anzupassen oder in ihre Heimat zurückzukehren. Er bezeichnete muttersprachlichen Unterricht als ›staatlich geförderte Fremdkörperbildung‹, forderte einen Vorrang der ›deutschen Lebenswelt und Kultur‹ (zit. in: Abgeordnetenhaus, Pl. 13/47, 25.06.98: 3586) und kündigte an, Bezirke mit einem hohen Ausländeranteil ›auszutrocknen‹ und Flüchtlinge abzuschieben:

»Wir dürfen keine Parallelgesellschaften oder multikulturelle Gesellschaften entwickeln. [...] Es gibt heute schon Quartiere, die so sind, dass man sagen kann: Dort befindet man sich nicht in Deutschland. Wer nicht für Integration ist, wird diese Ghettos bestehen lassen. Da ich für Integration bin, bin ich auch für einen schrittweisen Abbau«,

verkündete Schönbohm dem Boulevard-Blatt B.Z. (02.06.98) und provozierte damit eine Aktuelle Stunde im Abgeordnetenhaus. Diese thematisierte primär Begriff und Wesen einer multikulturellen Gesellschaft. Nachdem der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde Andreas Nachama den Innensenator der geistigen Nähe zu »Blut und Boden-Ideologien« bezichtigt und ihm den multikulturellen Integrationsbegriff der preußischen Könige im Zeitalter der Hugenotten nahegelegt hatte (Tagesspiegel, 10.06.98), deutete Schönbohm »multikulturelle Gesellschaft« als »Kampfbegriff« der frühen 70er Jahre. Davon grenze er sich ab, obwohl er sich zu einer Vielfalt der Kulturen bekenne (vgl. ebd., 11.06.98). Die multikulturelle Programmatik, so auch der CDU-Abgeordnete Jakesch, wolle »die verschiedenen ausländischen Kulturen mit der deutschen Kultur gleichberechtigt sehen. [...] Das ist aber keine Integration mehr«. Ein halbes Jahr später warf schließlich der neue Innensenator Werthebach den Grünen vor: »Sie wollen Parallelgesellschaften, um eine multikulturelle Gesellschaft zu etablieren« (ebd., 14.01.99: 4178).

Auf der Basis eines essentialistischen, von einer völkischen Vorstellung deutscher Identität ausgehenden Kulturbegriffs argumentierte die CDU, dass in Teilen von Kreuzberg oder Wedding ein als Eingliederung der Migranten verstandener »Integrationsprozeß inzwischen fast völlig zum Erliegen gekommen« sei (Gewalt, Abgeordnetenhaus, Pl. 13/47, 25.06.98: 3586). Dies verantwortete primär die zweite und dritte Einwanderergeneration, die »sich ihrer neuen Heimat« verweigere und »in bestimmten Wohngebieten« (ders., ebd.: 3587) zusammenrücke. Ein zentrales Argument verwies nun auf Kultur als »Mittel der Abgrenzung – in einigen Fällen sogar der Ausgrenzung. [...] Insbesondere in Kreuzberg hat eine nicht geringe Zahl von türkischen Mitbürgern [...] diesen Weg eingeschlagen« (dito). Auch Eberhard Diepgen sprach von Gegenden, in denen sich »Bevölkerung ganz bewusst [...] abschottet« und »wir es keineswegs mit Multikultur zu tun haben sondern mit Monokulti« (ebd.: 3592). Gegen eine solche »Wertebeliebigkeit« und ein »beziehungsloses Nebeneinander [...] von Kulturghettos, [...] also kulturelle Parallelgesellschaften« müsse man konsequent vorgehen (ebd.). Der »Wegzug von deutscher Wohnbevölkerung« sei zu verhindern, indem man solche Wohnviertel attraktiv für sie mache (ebd.: 3594). Um ein Miteinander und die Vielfalt in der Stadt durch eine »vernünftige Politik der Integration« sichern zu können, müsse es auch um »Aufenthaltsgenehmigung, Zuzugsgenehmigung«, Zuzugsbegrenzung und die »Möglichkeit von Abschiebung« gehen (ebd.: 3593).

Dieser Diskurs lehnt den als »gleichberechtigten Wettbewerb der Kulturen« (Schönbohm, zit. in: ebd.: 3587) gedeuteten Multikulturalis-

mus ab und verkehrt ihn ins Gegenteil: Da sich in dieser Logik ›Ausländer‹ kulturell abschotten und ihre Integration vorsätzlich verweigern, sind *sie* für ein unverbundenes Nebeneinander in sich homogener »Kulturghettos« – als solche gelten nur Einwanderungsviertel – verantwortlich und verhindern kulturelle Vielfalt. Forderten rechtskonservative Vertreter der CDU in diesem Rahmen eine »Anpassung an deutsche Gewohnheiten«, die sie gleichzeitig nie definieren, beschränkte sich Eberhard Diepgen auf die scheinbar neutrale Forderung, sich »in dieser Gesellschaft zu Werten [zu] bekennen« (ebd.: 3592). Im Rahmen seines durchgängig kulturalistischen Diskurses läuft dies aber auf eine ethnische »Dominanzkultur« (Rommelspacher 1995) hinaus, die dem geforderten ›Miteinander‹ zugrunde liegt. Ein solcher anti-multikulturalistischer Diskurs betreibt damit selbst, was er zu bekämpfen vorgibt: Er konstruiert essentialistisch festgezurrte ›Kulturghettos‹ mit zueinander unüberwindbaren Grenzen.

Solche Redeweisen, die jenseits der Medien im politischen Raum hauptsächlich die CDU, aber auch sozialdemokratische Kommunalpolitiker praktizierten, können als Ghetto-Diskurse gelten. Damit sollen mit Dirk Gebhardt (2001: 37) »rassistische, biologistische und moralisierende Diskurse bezeichnet werden, die von außen wie eine Schablone sozialer Anomie auf städtische Orte der Zuwanderung gelegt werden« und »diese Orte labeln und stigmatisieren«. Sie blenden die soziale Dimension benachteiligter Wohnquartiere aus und rücken die ethnisch-kulturelle Dimension ins Zentrum, auf die sie soziale Probleme ursächlich zurückführen. Letztlich basieren solche Ghetto-Diskurse auf der Konzeption einer ethnisch homogenen Gemeinschaft, die nur sich assimilierende Migranten dauerhaft aufnimmt (Hentges 1999: 38). Folgerichtig lehnten die Konservativen eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts ab, da dies »die Identität und die Homogenität des deutschen Staatsvolkes gravierend und grundlegend« verändere (Gewalt, Abgeordnetenhaus, Pl. 13/57, 14.01.99: 4174). Ghetto-Diskurse enthalten stets Kollektivsymbole, also kollektiv tradierte, allgemein bekannte Stereotypen, die den ›Kitt‹ einer Gesellschaft darstellen und dazu dienen, Normalität und Abweichung zu unterscheiden (vgl. Link 1982). Als abweichend galten hier, das zeigen die Analysen der voran gegangenen Kapitel (vgl. 3.4), nicht nur ›Ausländer‹ sondern auch ›deutsche‹ Milieus wie ›Aussteiger‹, ›Wagenburgler‹ oder ›Obdachlose‹, denen eine legitime Zugehörigkeit zur Bevölkerung der deutschen Hauptstadt abgesprochen wurde. Bezogen auf Einwanderung basiert der Ghetto-Diskurs auf einem kulturalistischen Rassismus. Im Kontrast zu ›Deutschen‹ ist entweder pauschal von ›Ausländern‹ die Rede, oder es geht explizit um die quasi-natürliche Unvereinbarkeit einer ›türkischen‹ oder ›muslimischen‹ mit einer ›deut-

schen« oder »abendländischen« Kultur. Ansonsten werden Einwanderer nur nach »Integrierten« und »Nicht-Integrierten« differenziert, wobei erstere als »würdige« und letztere als »unwürdige« Einwohner Berlins gelten.

Bezogen auf Einwanderer ähnelten sich die Ghetto-Diskurse Ende der 90er frappierend mit jenen der 70er Jahre. Beide Male hatte die Kombination aus ökonomischen und sozialen Krisen, politischen Versäumnissen und der Erkenntnis, dauerhafte Einwanderungsprozesse letztlich nicht verhindern zu können, Kontrollverluste ausgelöst. Diese mobilisierten rassistische Dispositionen, um Einwanderer als Fremdkörper zu markieren und diskursiv aus der städtischen Gesellschaft auszusgrenzen. Die vermeintlich verweigerte Integration stellte sich dabei im Kern als Produkt mehrheitsgesellschaftlicher Praxen – wie die räumliche »Ausländerballung« – und gesamtgesellschaftlicher Transformationsprozesse – wie Erwerbslosigkeit und Armut – heraus. Ähnlich wie 20 Jahre vorher konterte die Ausländerbeauftragte die Ghetto-Diskurse mit zwei repräsentativen Umfragen bei »türkischen Berlinern«, die 1999 und 2001 stattfanden. Diese zeigten, so widersprach sie vorherrschenden Debatten, dass »von einem Rückzug in eine ethnische Nische [...] nicht die Rede sein kann« (Ausländerbeauftragte 2002: 5), dass sich »die türkische Wohnbevölkerung in Berlin sich mehr und mehr auf die hiesige Gesellschaft hin orientiert« (dies. 2000: 2) und sich »Zweidrittel als Teil der deutschen Gesellschaft fühlen« (ebd.: 9): In den Bezirken mit den höchsten Anteilen nichtdeutscher Bewohner gelte dies für eine signifikant höhere Quote als in anderen Stadtgebieten. Trotz der dichten »türkischen Infrastruktur« bevorzugten 70 Prozent nicht die Angebote der »eigenen Gruppe«, eine überwältigende Mehrheit spreche sich für verpflichtende Sprach- und Integrationskurse aus, um ihre Lebenschancen zu verbessern, über 80 Prozent bejahe die Frage nach deutschen Freunden und fast alle befürworteten eine optimale Ausbildung auch ihrer Töchter.

Das Ghetto ist nun weniger als materiell existierendes Territorium denn als »spezifisches Artikulationsverhältnis von ›innen‹ und ›außen‹ zu interpretieren« (Veith/Sambale 1999: 45), das diskursiv erst hergestellt wird. Ayşe Çağlar argumentiert, dass »jedes Land sein eigenes, spezifisches System von Narrativen über den Umgang mit Einwanderern produziert« (2001: 334). In Deutschland nehme die Ghetto-Metapher »eine Schlüsselrolle in der internen Organisation des Diskurses über Ausländer und Immigranten« (ebd.: 336) ein und bilde den dominanten Topos der Integrationsdebatte. Dies folge der ethno-kulturellen Konzeption der deutschen Staatsbürgerschaft, die kulturelle Ähnlichkeit zur Bedingung für eine nationale Zugehörigkeit macht. Kulturelle Unter-

schiede müssen daher domestiziert werden und »kulturelle Enklaven« gelten als ultimativer Beweis dafür, sich der Integration, also der Loyalität zum Staat und der Solidarität mit den Deutschen zu verweigern. Dies wiege umso schwerer, so Çağlar, als der stark regulierte deutsche Staat auch für Ausländer soziale Dienste bereit stelle: Damit gerate die moralische Frage, welche Neu-Einwanderer die Kriterien für eine Inklusion in das Gemeinwesen erfüllen, sofort zu einer Frage ihrer Loyalität und Solidarität (ebd.).

Damit erklärt Çağlar zwar den ethnisierenden, aber nicht den sozial stigmatisierenden Blick auf städtische Armutsräume, der in den 70er Jahren kaum relevant war und erst den Ghetto-Diskurs der späten 90er mitbestimmte. Hier führen die Begriffe des angelsächsischen *>slum<*, der brasilianischen *>favela<* (vgl. Lanz 2004) oder des türkischen *>gecekondu<* (vgl. Esen/Lanz 2005) weiter. Als Armutsviertel unterliegen sie ähnlichen Mechanismen des *>labeling<* wie das Ghetto. Im Gegensatz zum *>Ghetto<* – dessen Ursprung im physisch ummauerten, per Zwang segregierten Judenviertel im Venedig des 16. Jahrhunderts liegt (vgl. Sennett 1997) – besitzen sie jedoch keine explizite ethnische Dimension. Der bürgerliche Diskurs definierte solche Viertel historisch mit den immer gleichen Kategorien: Um ein Beispiel herauszugreifen, galten *favelas* stets als Horte der Unordnung und als tödliche Gefahr für die städtische Gesellschaft. Sie wurden als Plagen oder krebsartige Geschwülste bezeichnet, ihre Bewohner galten als asoziale Schmarotzer, die gezielt und freiwillig die Zivilisation verweigern (vgl. Lanz 2004: 36f.). Solche urbanen Konstruktionen des Anderen, die auch für das Berliner Scheunenviertel belegbar sind (vgl. Kap. 2.3), hatte das Modell der europäischen Wohlfahrtsstadt zurückgedrängt. Sie kehrten erst wieder, als das Dispositiv Egalität mit der zunehmenden Dominanz des Neoliberalismus seine Position als regulative Idee des Sozialen einbüßte. Der wachsende Widerspruch zwischen sich mehrenden sozialen Problemen und Konflikten und rückläufigen sozialstaatlichen Politikformen verschärfte Versuche, daraus hervorgehende Krisen ordnungspolitisch zu bearbeiten. Die Diskriminierung von Armen, die wachsende soziale Unterschiede und den repressiven Umgang mit Marginalisierten legitimieren soll, weist Parallelen zum 19. Jahrhundert auf. Als im damals rasanten Urbanisierungsprozess die Zahl der Armen sprunghaft anstieg, deutete die Mehrheit des Bürgertums Armut von einem sozialen Problem zur sittlich-moralischen Verfehlung um und mobilisierte dagegen ihre rigidten Leistungs- und Normalitätsnormen (vgl. Ronneberger/Lanz/Jahn 1999).

Als in Berlin ab 1997 die von einer neoliberalen unternehmerischen Politik mitverursachte soziale Krise nicht mehr zu leugnen war, tauchte

neben dem ethnisierenden Ghetto-Blick der 70er Jahre auch die viel ältere bürgerliche Tradition wieder auf, gefährliche Klassen und unwürdige Arme zu konstruieren und in ›Slums‹ zu verorten. Im ›Ausländerviertel‹ überschnitt sich beides: Die darauf projizierten »Sicherheits- und Moralpaniken« (Cremer-Schäfer 1993) unterstellten in suggestiven Bildern über ausländische Drogendealer oder sich zu Gangs zusammenrottenden Jugendlichen, dass von außen eingeschleppte Gefahren die städtische Gesellschaft bedrohen: Die Redeweise vom ›Ausländerproblem‹ wurde »zum konstitutiven Element eines Diskurses, der die Hierarchisierungen und Ausschließungsprozesse in der städtischen Gesellschaft strukturiert. [...] Das Pendant zur Konstruktion des ›Anderen‹ ist die komplementär stattfindende Konstitution des nationalen Opferkollektivs in Gestalt des bedrohten Landes oder Volkes« (Ronneberger/Lanz/Jahn 1999: 172). Im Gegensatz zu den 70er Jahren war dieser Diskurs aber nicht mehr hegemonial sondern stark umstritten. Selbst innerhalb der CDU existierten Positionen etwa von Barbara John, die sich gegen den »Anschein eines Kreuzzuges« und einen »Einbürgerungskrieg [...] auf dem Rücken der Ausländer« äußerte (zit. in: Abgeordnetenhaus, Pl. 13/57, 14.01.99: 4179). Neben der Opposition attackierten in Parlamentsdebatten auch mehrere Politiker der SPD Positionen, wonach die »Integrationsbereitschaft [...] sich daran [messe], dass man eine christliche Kultur mit übernehme« (Lorenz, ebd., Pl. 13/47, 25.06. 98: 3598), als völkisch und rechtsextrem, verwiesen auf ihre Verfassungsfeindlichkeit und benutzten selbst kaum kulturelle Stereotypen. Gleichzeitig betonten sie den sozialen Charakter der diskutierten Probleme und wiesen Zuschreibungen einer fehlenden Integrationsbereitschaft von Einwanderern zurück: »Nur wer den Menschen sagt: ›Wir wollen euch hier aufnehmen, und wir wollen, dass ihr hier auf Dauer bleibt‹, der kann von ihnen auch die Leistungen abverlangen, die man Gästen, wie Sie sie ja immer noch sehen – Gastarbeitern – nicht abverlangen kann« (ders., ebd.). Um konkrete politische Konzepte oder Maßnahmen ging es dabei allerdings kaum. Auch der allseits verwandte Integrationsbegriff wurde jenseits abstrakter Formeln nicht näher definiert.

Innerhalb der SPD existierten zu dieser Zeit widersprüchliche Positionen zu benachteiligten Stadtvierteln: Zunächst lässt sich ebenfalls ein stigmatisierender und einer revanchistischen Politik nahestehender Ghetto-Diskurs finden. So erwog der Staatssekretär für Stadtentwicklung Stimmann in Übereinstimmung mit CDU-Politikern »soziale Brennpunkte, die die Stadt versauen« (Tagesspiegel, 10.03.98) durch Abriss zu beseitigen. Der sozialdemokratische Mainstream vertrat hingegen einen reformistischen Diskurs, der allerdings ebenfalls der Logik des *broken windows*-Ansatzes folgte und weniger die Problematik der Ar-

mut als den Wegzug von Mittelklassefamilien fokussierte. So koppelte der Senator für Stadtentwicklung Peter Strieder (1997, 1998) »Vandalismus und Kriminalität« sowie die »Verwahrlosung des öffentlichen Raumes« durch beschmierte Hauswände und Hundedreck in innerstädtischen Quartieren an den Wegzug von Familien »mit deutschen Kindern unter sechs Jahren«: »Die Folgen liegen auf der Hand: soziale Segregation, Perspektivlosigkeit, weitere Verwahrlosung, mehr Gewalt« (ders. 1998a: 11). Dieser Artikel, der in der Senatszeitschrift »Stadtforum« im Heft »Urbane Integration. Soziale Stadtentwicklung« erschienen ist, trägt bezeichnenderweise den Titel »Stadtburger gesucht«. Strieder plädierte darin für eine »stadtburgerliche Gesellschaft«, die »ein lukratives Angebot für Wohneigentum« macht. Auch solche Vorschläge, die eine soziale Mischung anstrebten um sozialräumliche Segregation zu bekämpfen, argumentierten nicht aus der Perspektive verarmender Gruppen sondern aus jener von Hauseigentümern, denen das Wohnumfeld wichtig sei, »weil das etwas mit dem Wert seiner Wohnung zu tun hat« (ebd.). Im Gegensatz zu den dominierenden CDU-Positionen basierten sie aber nicht auf einem *othering* von Einwanderern. Eine dritte, minderheitliche Position innerhalb der SPD setzte sich davon aus einer sozialpolitischen Perspektive ab, die sich an der Alltagswelt der Marginalisierten orientierte. So argumentierte die Kreuzberger Sozialstadträtin Junge-Reyer, »wir lösen die sozialen Probleme der Menschen nicht durch den Austausch der Bevölkerung. Man muß an der Situation der Menschen etwas ändern«, die trotz aller Probleme dort wohnen bleiben wollten (zit. in: taz, 10.03.98).

Diese Debatten über benachteiligte Stadtteile können in einen dominanten Integrationsdiskurs und einen minoritären Alltagswelt-Diskurs zusammengefasst werden. Ulrich Best zeigt am Beispiel Kreuzbergs, dass der Integrationsdiskurs »zwischen ›uns‹ – den Normalen im Normal-Territorium – und ›ihnen‹ an Brennpunkten, die man nicht mehr unter Kontrolle hat« unterschied und ›Andere‹ entweder zu ›integrieren‹ oder auszugrenzen suchte. Dem Alltagswelt-Diskurs, den vor allem Vertreter der Grünen und der PDS vertraten, fehlt hingegen diese Differenzierung in ›Uns‹ und ›Sie‹: »Die Verbesserung des Ortes erscheint hier als Ziel, während die integrative Position die Angleichung des Ortes als Ziel hat« (Best 2001: 138). Innerhalb dieses Schemas strebten die reformistische Position maßgeblicher SPD-Politiker sowie der in der CDU dominante Ghetto-Diskurs an, benachteiligte Quartiere aus der Perspektive des bürgerlichen Zentrums zu normalisieren. Beide waren damit im Integrationsdiskurs verortet. Sozialdemokratische Positionen, die den Wegzug ›integrierter Gruppen‹ verhindern wollten, basierten aber im Gegensatz zu CDU-Positionen, die primär den Zuzug weiterer

Einwanderer stoppen wollten, meist nicht auf pauschalen Stigmatisierungen. Vielmehr differenzierten sie in ›Verwahrloser‹ und darunter Leidende und benannten und legitimierten Helfer, um den befürchteten sozialen Niedergang abzuwenden (Best 1999).

Dritter Exkurs: Der lange Schatten der Ausländerforschung – die Segregationsdebatte

Der normalistische Integrationsdiskurs und zum Teil auch dessen stigmatisierende Ghetto-Variante konnten sich auf jene wissenschaftlichen Studien stützen, die der politischen Debatte zugrunde lagen. Gerade die Analysen, die im Auftrag der Politik sozialräumliche Polarisierungsprozesse in den Blick nahmen, folgten tendenziell den Traditionen der deutschen ›Ausländerforschung‹, insofern sie primär Integrationsprobleme der ›Ausländer‹ fokussierten und politische Vorgaben unreflektiert übernahmen. Damit verharren sie weitgehend innerhalb einer wissenschaftlichen Perspektive, deren implizite »Ideologien, Wahrnehmungsbeschränkungen und Konzeptionen [...] das Fremde erst in seiner Beschreibung objekthaft konstituieren. [...] Die Objektseite in diesem Paradigma bleibt strikt für die Ausländer reserviert, von denen man getrennt und isoliert steht, und reines Tatsachenwissen zu produzieren sucht« (Sauter 2000: 13).

Der Mainstream solcher Studien folgte mehr oder weniger explizit dem ›Desintegrations-Theorem‹ von Wilhelm Heitmeyer. Dieses geht davon aus, dass sich gesellschaftliche Individualisierung zunehmend in sozialen, beruflichen und politischen Desintegrationsprozessen ausdrückt, die sich nicht mehr als Ausgrenzung von Randgruppen charakterisieren lassen, sondern in deren Rahmen sich Lebenszusammenhänge, die Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen sowie gemeinsame Wert- und Normvorstellungen auflösen (Heitmeyer 1994, 1997). Heitmeyer interpretiert diese Tendenzen als gesellschaftsbedrohlich, auch weil sie »in hohem Maße« ethnisch-kulturelle Konflikte hervorbringen (1994: 47). So mehrten Desintegrationserfahrungen Versuche, mit Hilfe scheinbar natürlicher Zugehörigkeiten wie Nation eine »Re-Integration durch Ethnisierung, also Integration durch Ausschluss« (ebd.: 65) herzustellen. Auch Hartmut Häußermann (1998: 145) beantwortete seine Frage, ob eine soziale ›underclass‹ »neue ethnisch-kulturelle Konflikte« hervorbringe, mit einem urbanen Szenario, wonach ökonomische, soziale und räumliche Ausgrenzungsprozesse in einem »latente[n] Bürgerkrieg« resultieren, der »die urbane Kultur der sozialen Vielfalt durch unversöhnliche Widersprüche zerstört« (ebd.: 170). Dabei versteht er

Stadt in ihrer europäischen Variante als »Integrationsmaschine« (ebd.: 158). Heitmeyer griff diesen Begriff auf und deutete die »Desintegration der Stadtgesellschaft« und die »Entzivilisierung des Verhaltens von einzelnen Menschen und Gruppen« als Hinweise für ein mögliches »Versagen der bisher funktionierenden ›Integrationsmaschine‹ Stadt« (Heitmeyer 1998: 443; ähnlich Dangschat 1998).

Die Vorstellung von Stadt als Integrationsmaschine ist hochgradig problematisch. Bukow und Yildiz kritisieren diesen »strukturbbezogenen Blick« als »Verfallssemantik« (2002: 10ff.). Diese verstehe Gesellschaft unzulässigerweise als von Normen durchzogenen und von Werten überwölbten Block und interpretiere Individualisierungs- und Globalisierungsprozesse primär als strukturelle Verwerfung, Desintegration oder gar Anomie. Schon eine historische Perspektive auf städtische Migrationsprozesse demonstrieren, so kritisiert Krämer-Badoni (2002, 2002a) zu Recht, dass Stadt immer Inklusions- und Exklusionsprozesse zugleich hervorgebracht habe. Zudem impliziere ein Konzept, das Stadt als soziale Einheit versteht, diese als vermeintlich solidarische Gemeinschaft, mit der sich ihre Bürger identifizieren. Zum einen entscheidet über politische Formen der Integration aber nicht die Stadt sondern der Nationalstaat. Zum anderen bezieht sich Integration in einer modernen Gesellschaft nicht auf eine soziale Einheit sondern auf »die Mehrdimensionalität gesellschaftlichen Lebens« (ders. 2002: 74) und vollzieht sich über verschiedene Funktionssysteme, die ›Stadt‹ lediglich marginal mitgestalten kann. Die Rede von der Desintegration, so argumentiert Armin Nassehi (1997a) aus einer systemtheoretischen Perspektive, gehe unzulässig davon aus, dass gesellschaftliche Integration der Normalfall sei. Moderne Gesellschaft kann »nicht durch einen überwölbenden Gesamtsinn, durch normative Ordnungen oder durch das moralische Gesetz integriert werden« (ebd.: 119). Dem Begriff der Integration sei daher jener der Inklusion entgegenzuhalten. Dieser ersetzt mit Niklas Luhmann eine Solidarität, die darauf beruhte, dass man nur einer Gruppe angehörte und benennt den Mechanismus, der im Kommunikationszusammenhang Menschen bezeichnet und damit für relevant hält (Nassehi 2002: 223). Jede konkrete Form der Inklusion bietet keine Integration in die Gesamtgesellschaft sondern bezieht sich lediglich auf ihr spezifisches Feld. Inkludiert werden nur »rollen- bzw. inklusionsspezifische Teilaspekte der Person« und nicht Individuen als ganze Menschen (Nassehi 1997a: 125). Desintegration weicht also nicht pathologisch von einer gesellschaftlichen Normalität ab sondern stellt diese selbst dar. Der migrationsspezifische Integrationsdiskurs soll daher den Blick auf Inklusionschancen von Einwanderern nicht »vorrangig auf die Eigenschaften der

Migranten [...] richten, sondern die systemspezifischen Strukturbedingungen untersuchen« (Bommes 2003: 51).

Heitmeyer aber konzipiert Stadtgesellschaft als Gemeinschaft und transportiert ein vormodernes Verständnis von Gesellschaft, indem er Mehrheit und Minderheiten als relativ geschlossene Einheiten einander gegenüberstellt (Krämer Badoni 2002). Die Desintegrationsthese kopelt er an ein Kulturkonflikt-Szenario. Dieses prognostiziert »zwischen Ethnien, also Menschen anderer Herkunft und Zugehörigkeit« (Heitmeyer 1994a: 384) zunehmende »Eskalationsspiralen« sowie interkulturelle und interethnische Konflikte, die sich auch »gewalttätig aufladen« (ebd.: 400). Kultur definiert er mit einem Konzept von A.N.J. Hollander aus dem Jahr 1955 als »Lebensart einer Gruppe, ein in sich geschlossenes funktionales Ganzes« (ebd.: 386). Heitmeyer ignoriert also den kulturwissenschaftlichen Forschungsstand, der eine wesenhafte Definition von Kulturen und Ethnien zurückweist (vgl. Zweiter Exkurs).

Vor allem die bereits erwähnte Studie »Verlockender Fundamentalismus« (Heitmeyer/Müller/Schröder 1997), demonstriert die problematischen Folgen solcher theoretischen Grundlagen. Darin argumentieren die Autoren, dass türkischstämmige Jugendliche zunehmend einer extremistischen und aggressiven Variante des Islam zuneigten, da sie zwischen der westlich-modernen Aufnahmekultur und der traditionalistisch-autoritären Herkunftskultur zerrissen seien und zudem sozial diskriminiert würden: »Als Gesamtergebnis wird [...] festgehalten, dass es ein erhebliches Ausmaß an islamzentriertem Überlegenheitsanspruch und religiös fundierter Gewaltbereitschaft zu registrieren gibt« (ebd.: 183). Die Studie erfuhr eine außergewöhnlich große öffentliche Resonanz. In maßgeblichen Medien wie »Die Zeit«, »Der Spiegel«, die »Frankfurter Rundschau« oder »Das Parlament« erschienen Dossiers oder Titelgeschichten dazu und zahlreiche politische Debatten bezogen sich explizit auf sie. »Die Welt« rechnete aus dem Fazit der Studie hoch, dass fast ein Viertel der 90.000 »türkischen« Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen bereit sei, im Interesse des Islam zu töten (23.02.97, vgl. Karakaşoğlu-Aydın 1998). Der Berliner Innensenator Schönbohm warnte mit Bezug auf die Studie vor Parallelgesellschaften türkischer Muslime, die Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag Kerstin Müller lehnte die doppelte Staatsbürgerschaft mit dem Argument ab, dass sich türkische Jugendliche aus der Gesellschaft ausklinkten.

Heitmeyer warf einer solchen politischen und medialen Rezeption vor, nicht zwischen Islam und Fundamentalismus zu differenzieren und dadurch seine Untersuchung zu verfälschen (vgl. Pinn 1999). Die Rezeption folgte jedoch keiner mutwilligen Fehlinterpretation der Studie, sondern ist in deren Argumentation selbst angelegt. Diverse Analysen

zeigen, wie die Vorannahmen der Autoren dem vorherrschenden kulturalistischen Diskurs über den Islam folgen, mit den dichotomen Wertungen traditional-modern, religiös-verträglich oder autoritär-liberal arbeiten und Einwanderer pauschal mit der jeweils inferioren Position markieren (Lang 1999). Obwohl erhobene Daten den Ausgangsthesen teilweise widersprachen, wurden sie dafür passend interpretiert (vgl. Karakoçlu-Aydin 1998; Pinn 1999; Schiffauer 1999; Auernhammer 1999). Die Diskursanalyse diverser Heitmeyer-Texte von Marco Heinz (1999) zeigt, dass diese implizit dem Axiom von ›Ethnien‹ als sozial und kulturell geschlossenen antagonistischen Einheiten folgen. Weder definieren sie den Begriff des ›ethnisch-kulturellen Konflikts‹ noch führen sie empirische Belege dafür an. So könne Heitmeyer »allerorten nur ›Desintegration‹, ›Ethnisierung‹ [...] ausmachen, niemals aber Assimilation«, die ebenso häufig aus Diskriminierung resultiere (ebd.: 175). Susanne Lang (1999: 149) zieht daraus folgendes Fazit:

»Der *modernistische Kulturalismus*, wie er in der Studie von Heitmeyer u.a. aufscheint, stellt eine sehr elaborierte Form des differentiellen Rassismus dar. Die Autoren konstruieren – dem Anschein nach wissenschaftlich abgesichert – eine heterogene Gruppe (türkische Migrantjugendliche der zweiten oder dritten Generation) als eine abgeschlossene Einheit, die sich durch spezifische Charakteristika von der Eigengruppe unterscheidet. Die Zugehörigkeit zu einer anderen Glaubensgemeinschaft ist das entscheidende Kriterium für die Konstruktion des Gegenbildes. Die Religion der anderen wird totalisiert und dient dazu, das eigene Projekt der ›Moderne‹ zu stilisieren. Die in dieser Weise definierte Gegengruppe wird der *anderen Kultur* zugeordnet, die nur als ›rückständige Kultur‹ abgewertet werden kann.«

Die Autoren der Studie erzeugen, so Werner Schiffauer (1999), einen bedrohlichen islamischen Fundamentalismus als »Popanz«, erhärten gesellschaftliche Klischees über das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft und unterlaufen selbst ihre aufklärende Absicht sowie ihr Verdienst, auf die anhaltende und systematische Diskriminierung türkischstämmiger Jugendlicher aufmerksam zu machen.

In Bezug auf den städtischen Raum widmete sich Heitmeyer (1998) primär der Frage nach der Segregation von Einwanderern. Diese versteht er als Ausweis sozialer Desintegration, die sich für die Stadtgesellschaft und das Zusammenleben der Menschen zerstörerisch auswirke und Ungleichheiten zugunsten der Mehrheitsgesellschaft zementiere. Damit folgt er klassischen Thesen der sozialräumlichen Segregationsanalyse innerhalb der deutschen Ausländerforschung. Zwar unterscheidet Heitmeyer eine funktionale Segregation, die sich als temporäre Binnenintegration positiv auf die Integration der ersten Einwanderergeneration aus-

wirken könne, von einer strukturellen Segregation, die er als Dauerprovisorium versteht, das die Systemintegration zum Scheitern bringt. Er analysiert aber nur letztere und schreibt ihr pauschal Desintegrationsscheinungen und Schließungsprozesse nach innen zu, die zu »subkulturellen Abweichungen führen, welche ihrerseits Gewalt begünstigen« (ebd.: 452). Den ethnischen Minderheiten – explizit ist nur von der »türkischen *Community*« die Rede – haftet Heitmeyer Begriffe wie »ethno-religiöse Subnation« (hier zitiert er Hartmut Esser), »Sub-« oder »Parallelgesellschaft« an. Insofern den Migranten Zugänge zu Funktionssystemen versagt blieben und die Stadtpolitik sie nicht berücksichtige, avanciere der Stadtraum »zum kollektiven Kampfgelände zur Überwindung individueller Ohnmachtserfahrungen« (ebd.: 460). Dieses bedrohliche Szenario stützt er durch eine »Kumulations-Annahme«, deren diskursives Muster rechtsextremen Überfremdungsthesen ähnelt. Danach steht einer abnehmenden Zahl von Arbeitsplätzen und Wohnungen eine stetige demographische »Zunahme der Bevölkerungsanteile ausländischer Herkunft« (ebd.: 456) gegenüber. Weniger eindimensionale Perspektiven auf »ethnische Kolonien« weist Heitmeyer unter anderem mit dem Argument zurück, »an der ›Verdichtung‹ von Fremdheit in Form von Lebensstilen, visuellen und auditiven Symbolen machen sich die Annahmen von ›Überfremdung‹ etc. fest, die sich dann u.U. als Fremdenfeindlichkeit äußern« (ebd.: 459). Dieses völkische Argument, das Politiker häufig gegen eine hohe Präsenz von Einwanderern in städtischen Räumen einsetzen, macht letztlich die Opfer des Rassismus für diesen verantwortlich. Besonders polemisierte Heitmeyer gegen die Position von Walter Siebel (1997: 40), dass eine »Politik forcerter Mischnung« informelle Netze sowie die ökonomische, soziale und psychische Stabilität als »Voraussetzung für gelingende Integration« zerstöre und man sich auf eine Dialektik von gegenseitiger Abgrenzung und Integration einlassen solle. Eine solche ideologische »Vernebelung aus dem multikulturellen Argumentationsreservoir«, so Heitmeyer (1998: 460), diene nur Migranteneliten und »Etablierten in sich herausbildenden Zitadellen« (ebd.: 464). Auch hier konstruiert er Ethnien und Kulturen als geschlossene und homogene Einheiten, koppelt sie statisch aneinander und blendet jegliche Handlungsoption von Subjekten aus.

Auch mit diesen empirisch nicht haltbaren Positionen konterkariert Heitmeyer jenen wichtigen Aspekt seiner Studien, der die zentrale Rolle der staatlichen Institutionen sowie der gesellschaftlichen ›Mitte‹ für anhaltende Diskriminierungen der Einwanderer aufdeckt. Bezeichnenderweise fiel dieser Befund in politischen und medialen Debatten unter den Tisch. Heitmeyer rücke an Positionen heran, so argumentiert Siebel (1998) zu Recht, die ›Ghettobewohner‹ exotisiere und ›Ghettos‹ »als

Orte der Unordnung und Mangels [...], der Regellosigkeit, Abweichung, Anomie und Atomisierung« charakterisiere (Wacquant 1998: 201). Dieses Problem teilt Heitmeyer allerdings mit diversen Analysen benachteiligter Stadtgebiete. Auf Bundesebene trifft dies für das politisch einflussreiche Gutachten »Überforderte Nachbarschaften« des GdW zu (Krings-Heckemeier/Pfeiffer 1998; vgl. Kap. 3.5), bezogen auf Berlin für die Senatsstudie »Sozialorientierte Stadtentwicklung« (Ifs/S.T.E.R.N. 1998; ähnlich Häußermann/Kapphan 2000).

Das GdW-Gutachten konstruiert mit offensichtlich rassistischen Aussagen pauschale Differenzen zwischen »Einheimischen« und »Ausländern«: »Vor allem den Einheimischen«, so die Studie, »erscheinen die Sozialämter als Orte der Inquisition und der Erniedrigung. Robuster und unbekümmerner gehen demgegenüber viele Ausländer vor. Für sie sind die Leistungsanträge offensichtlich ein großer Teppichhandel, den man mit Zähigkeit und Cleverness bis zur Erschöpfung der Schalterbeamten führt« (ebd.: 37). Die Autoren verwenden Begrifflichkeiten wie »asoziale Familien« oder »Ausländer und Aussiedler mit schmarotzerhaften Verhaltensweisen« (ebd.: 125), charakterisieren Bewohner mit Hilfe knackiger Zitate als deviant oder rassistisch und heften ausschließlich sozial Benachteiligten rassistische Haltungen an. Die Berliner Studie wiederum repräsentiert »problembehaftete Gebiete« als Ansammlung von städtebaulichen und sozialen Pathologien. Sie schreibt öffentlichen Räumen Merkmale zu, die etwa Schöneberg-Nord durch »Verschmutzung, Drogenszene, Straßenprostitution, Vandalismus, Jugendbanden« charakterisieren und Neukölln Nord durch »Verwahrlosung des öffentlichen Raums, Kinder fühlen sich von Alkoholikern und Kampfhunden bedroht, Familienclans und Jugendbanden liefern sich Auseinandersetzungen, Delikte werden gewalttätiger, hohes Gewaltpotential« (Ifs/S.T.E.R.N. 1998: 55).

Wie die Ghetto-Diskurse und das *broken windows*-Theorem verschränken diese Studien Armut und einen hohen Ausländeranteil diskursiv mit Verwahrlosung, Drogensucht, Kriminalität und Devianz. Ihr normalistischer Integrationsdiskurs reiht sich in den *labeling*-Prozess einer hegemonialen Repräsentation ein, der benachteiligte Quartiere durch ihre Abweichung von der Mehrheitsgesellschaft und den Mittelschichten definiert. Ihre Bewohner erscheinen als deviante oder zumindest passive Objekte, die von einer quasi natürlichen Abwärtsspirale in den Abgrund gerissen werden. Auf der empirischen Grundlage der Senatsstudie argumentiert ihr Co-Autor Hartmut Häußermann anderswo, dass ihre räumliche Nachbarschaft »Modernisierungsverlierer, sozial Auffällige und sozial Diskriminierte« auch deshalb benachteilige, weil sich dabei »Verhaltens- und Denkweisen« zu einer »Dominanz abwei-

chender Normen« und schließlich zu einer »Kultur der Abweichung« verdichte (1999: 11, ähnlich 2003). Hier nähert sich Häußermann der These einer außerhalb gesellschaftlicher Normen angesiedelten ›Kultur der Armut‹ an, die am Beispiel US-amerikanischer Ghettos entwickelt wurde. Dieser Forschungsansatz agiert mit dem ›Urban Underclass‹-Konzept und fügt sich als »verhaltensorientierte Lesart [...] in die lange Tradition der moralischen Be- und Verurteilung der Armut, die zurückreicht bis zur mittelalterlichen Unterscheidung zwischen den würdigen und den unwürdigen Armen« (Kronauer 2002: 58). Für eine lang andauernde Armut, die schließlich eine *Underclass* hervorbringe, macht dieses Konzept der Unterkasse, mit dem Häußermann (1998) zu dieser Zeit agierte, im Kern das Verhalten der Armen verantwortlich. Nach Alice O'Connor (2004: 43) ist es Bestandteil einer alten »Tradition sozialwissenschaftlicher Forschung und ideologischen Debatte über Rasse und Armut im städtischen Amerika«. Indem es Armut »als Folge des kulturellen Zusammenbruchs und der sozialen Desorganisation der nicht assimilierten städtischen Minderheiten« erklärt (ebd.: 44), diene es der Ausgrenzung.

Auch aus empirischer Perspektive ist die These einer ›Kultur der Armut‹ zumal in deutschen Städten zurückzuweisen. So zeigt Peter Bremer, der soziale Ausgrenzungsprozesse bei Einwanderern der zweiten Generation analysierte, dass selbst die am stärksten betroffenen Jugendlichen eine starke »normative Integration« aufweisen (Bremer 2000). Auch Andreas Kapphan (2002: 181) kann in seiner Studie über Armut in Berlin keine »Diffusion von abweichenden Werten und Normen« feststellen. Vielmehr grenzen sich in seinen Untersuchungsgebieten unterschiedliche Bewohnermilieus stark voneinander ab. Dies lässt vermuten, dass Häußermanns Thesen pauschale Zuschreibungen zu grunde liegen, die ähnlich den beschriebenen Medienpraxen die ›Kultur eines Quartiers über ein Verhaltensmuster einzelner Bewohner charakterisieren, das von einer definierten Norm abweicht. Den Mechanismus, eine Außenseitergruppe durch die ›schlechtesten‹ Eigenschaften ihrer ›schlechtesten‹ Mitglieder zu definieren und damit sozial zu stigmatisieren, bezeichneten Norbert Elias und John Scotson (1990) als »Pars-pro-toto-Verzerrung«. Das Koppeln abweichender Normen und ›Kulturen‹ an die räumliche Nachbarschaft sozial Benachteiligter gründet auf Konstruktionen eines Eigenen – zivilisierte Mittelschichten – und eines Anderen – dezivilisierte Subkulturen – und ist eine Praxis des *othering* (vgl. Sökefeld 2004a). Loïc Wacquant (1998: 206) bezeichnet einen solchen Interpretationsschritt in Anlehnung an Edward Said (1994) als »städtischen Orientalismus«, der mit dem Aushängeschild *Underclass* operiere.

In neueren Texten rückte Häußermann vom *Urban Underclass*-Begriff ab und verwendet nun das Konzept der Exklusion. Dieses hat sich in der hiesigen Stadtsoziologie durchgesetzt, um die »Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus« zu analysieren (Kronauer 2002; vgl. Siebel 1997a; Bremer/Gestring 1997). »Exklusion« enthält mehrere Dimensionen: Die ökonomische benennt den Zugangsverlust zum Arbeitsmarkt, die institutionelle den Verlust sozialer Rechte, die soziale Dimension bezieht sich auf Isolation und die kulturelle auf Diskriminierung und Stigmatisierung. Zudem bezeichnet Exklusion neben einem Zustand auch einen Prozess. Der Begriff lenkt »den Blick nicht nur auf die Betroffenen, sondern vor allem auch auf die Akteure und Institutionen der Ausgrenzung«, zielt »auf die Strukturen von Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat und ist deshalb weniger in der Gefahr, moralisierend missverstanden und gegen die Armen gewendet zu werden« (Häußermann/Kronauer/Siebel 2004: 21). Gleichwohl ist auch hier von Effekten segregierter Stadtviertel die Rede, wonach »durch die vorherrschenden Überzeugungen und das dominante Verhalten der Bewohner eine ›abweichende Kultur‹ entsteht«, die ihre Mitglieder »immer weiter von Normen und Verhaltensweisen der *mainstream*-Gesellschaft« entfernt (ebd.: 28).

Das zentrale Problem derartiger Positionen gründet im »räumlichen Blick« der sozialräumlichen Segregationsforschung. Andreas Pott (2001, 2002) argumentiert überzeugend, dass diese die soziale Konstruktion von Räumen ausblendet und sich implizit auf das überkommene Konzept des Behälterraums stützt, wenn sie Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen an Sozial- und Infrastrukturen von Stadtteilen misst. Wie beschrieben definieren sich soziale Identitäten und Positionen in modernen Gesellschaften über die Teilnahme an sozialen Systemen, deren Bedingungen meist nicht räumlich definiert sind. Eine Analyse von Wohnstandorten, die soziale Phänomene mit dem physisch-materiellen Territorium verklebt, fixiert daher beispielsweise Migranten unzulässig auf behälterräumliche Strukturen. Eine solche Forschungsposition leistet per se dem Fehlschluss Vorschub, die räumliche Konzentration von Einwanderern symbolisiere eine stadtgesellschaftliche Desintegration.

Auch das von Friedrich Heckmann und Georg Elwert Anfang der 80er Jahre in die deutsche Debatte eingebrachte Modell der »ethnischen Kolonie«, auf das sich Positionen beziehen, die von integrationsfördernden Effekten ethnischer Segregationen ausgehen, verschmilzt Stadtviertel und ethnische Gemeinschaft zu einer »scheinbar deckungsgleichen »sozialräumlichen« bzw. »kulturräumlichen« Einheit« (Pott 2001: 65). Obwohl Bedeutungen residentieller Konzentrationen je nach sozialen

Zusammenhängen oder Personen variieren, werden sie »schlicht aus der Kombination von Wohnort, sozialer Position und ethnisch-nationaler Zugehörigkeit abgeleitet« (ebd.: 64), anstatt sie mit Hilfe von Handlungsmustern zu rekonstruieren. Die Segregationsanalyse bringt homogene Räume tendenziell erst hervor, indem sie Handlungsebene und Heterogenitäten ausblendet und verdeckt, dass funktionale gesellschaftliche Teilsysteme Migranten wie andere Gruppen in- oder exkludieren. Die traditionelle Forschungsfrage nach der Integration von Migranten und das Modell des Behälterraums stützen sich wechselseitig ab, da beide auf der Dichotomie Assimilation (Integration) versus Segmentation (Desintegration, Segregation) basieren:

»Eine dem segmentären Raummodell folgende Argumentation legt deshalb die problematische Vorstellung nahe, dass die in segregierten Stadträumen lebenden Migranten nicht als Teilnehmer der Gesamtgesellschaft von ihren verschiedenen sozialen Systemen in- und exkludiert werden, sondern statt dessen Mitglieder einer (räumlich und sozial) getrennten Sub- oder Parallelgesellschaft sind« (ebd.: 70).

Bezeichnenderweise können selbst empirische Studien, die das Assimilationsmodell anwenden, nie nachweisen, dass sich residentialle Segregationen von Einwanderern negativ auf Assimilationsprozesse auswirken (vgl. beispielsweise Alphei 1990).

Eine Betrachtung aktueller Positionen von Hartmut Häußermann und Walter Siebel (2001, 2002, 2004) zeigt, dass solche Probleme auch in den differenziertesten Argumentationsmustern der sozialräumlichen Segregationsanalyse nicht verschwunden sind. Anders als Heitmeyer haben beide Autoren einen Automatismus zwischen ethnischer Segregation und Integrationsproblemen sowie das traditionelle deutsche Prinzip der ethnischen Mischung stets zurückgewiesen (Häußermann/Oswald 1997; Siebel 1997). Gleichwohl stellen sie die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Segregation und Integration von ›Zuwanderern‹. An der aktuellen Debatte, die Segregation »als Bedingung und Ausdruck für gelingende oder misslingende Integration von Zuwanderern« (2002: 32) diskutiert, kritisieren sie zunächst die historische Kontinuität. Sie reiche auf den Zeitgeist der anbrechenden Moderne aus der Wende zum 20. Jahrhundert zurück und gehe noch heute davon aus, dass soziale Verhältnisse durch die »Komposition« von Stadtteilen technisch gestaltbar seien und sub- oder gegenkulturelle Abspaltungen durch eine homogene moderne Kultur überwunden werden müssten (ebd.: 43). Die Diskussion über ›Trennen oder Mischen‹ drehe sich im Kreis und ein »nüchterner Aufklärungsprozess« werde von »tief sitzenden und ambivalenten Emo-

tionen« (ebd.: 44) über den Fremden als Prototyp des Städters behindert. Positionen gegen ethnische Segregation agierten häufig aus einer Perspektive der Verträglichkeit für Eingesessene. Während die Kontakthypothese, wonach die ethnische Struktur eines Wohngebietes Assimilation fördere, eindeutig widerlegt sei, lasse sich historisch vielmehr beobachten, dass »ethnische Kolonien« eine Integration durch Separation ermöglichten. Ethnische Segregation könne daher nicht per se als Problem verstanden werden. Vielmehr sei grundsätzlich zwischen freiwilliger und erzwungener, ethnischer und sozialer Segregation zu unterscheiden.

»Für die erste Zeit nach der Zuwanderung bietet eine ethnische Kolonie Hilfe und Orientierung, stabilisiert die eigene Identität und gibt Sicherheit für die ersten Schritte in der Fremde. Bleiben aber die Verkehrskreise der Individuen langfristig auf die Kolonie beschränkt, wirkt dies isolierend und ausgrenzend. Die Unterscheidung zwischen einer funktionalen und einer strukturellen Segregation ist daher grundlegend für die Diskussion über die Segregation von Zuwanderern: die erste fördert, die zweite behindert Integration« (ebd.: 62).

Als besonders problematisch gilt ihnen eine erzwungene soziale Segregation. Gerade innerhalb aktueller Prozesse der Stadtentwicklung bringe ein selektiver Wegzug von Bewohnern mit höherem Kapital und ein kollektiver sozialer Abstieg der verbleibenden Bewohner benachteiligende Quartiere hervor. Da neben »deutschen Langzeitarbeitslosen« vor allem »Zuwanderer« aus Arbeits- und Wohnungsmärkten sowie aus politischen und sozialen Zusammenhängen ausgegrenzt würden, überlagernten sich der soziale und der ethnische Segregationstypus häufig.

Ihr Verständnis von Integration entwickeln Häußermann/Siebel (2004, 2004a) als Ensemble häufig widersprüchlich und partiell verlaufender ökonomischer, politischer, sozialer oder kultureller Prozesse, die sich nicht auf kürzlich Zugewanderte beschränkten sondern die gesamte Gesellschaft beträfen. Da in einer modernen, funktional differenzierten Gesellschaft Fremdheit auch für »Einheimische« den alltäglichen Normalfall darstelle, könne Integration nicht als »Weg einer Minderheit von draußen nach drinnen gedacht werden« (dies. 2004a: 19), sondern beziehe sich innerhalb verschiedener Subsysteme auf alle Gesellschaftsmitglieder. Bezogen auf die Stadt sei ein Integrationsverständnis hinfällig, das an der »Vorstellung eines homogenen Ganzen festhält« (ebd.: 10) und lediglich über die Modus Assimilation – »Zuwanderer« passen sich individuell an eine Leitkultur an – oder »Schmelzriegel« – im Einwanderungsprozess bildet sich eine neuartige gesellschaftliche Identität heraus – verfügt. Gehe es hingegen um Differenz als kulturelles Leitbild, böten sich idealtypisch der auf das Urbanitätskonzept von Georg Sim-

mel zurückgehende »Integrationsmodus urbaner Indifferenz« – gleichsam das Ideal einer funktionierenden liberalen Gesellschaft – und das der *>Chicago School<* folgende Modell eines »Mosaik[s] verschiedener Lebenswelten« an (ebd.: 11f.). Da das Simmel'sche Modell gleiche Zugangschancen zu Markt, Demokratie und Bildung voraussetze, die faktisch immer weniger gegeben seien, komme – als mit Ambivalenzen beladene zweite Wahl – nur das Mosaik-Modell einer funktionalen ethnischen Segregation in Frage. Dieses könne durch räumliche Distanz Konflikte vermeiden und sei am ehesten in der Lage, mit Hilfe informeller Netze strukturelle Ausgrenzungen zu kompensieren. Politik müsse daher zugleich Selbstorganisation, also die »Kolonie«, und individuelle Integration, also deren Auflösung fördern, um eine »kulturautonome Integration« zu ermöglichen. Die Absicht, ethnische Konzentrationen zu vermeiden, solle zugunsten einer multikulturellen Stadt aufgegeben werden, die soziale Segregation bekämpft, ethnische jedoch als »temporäre Heimat für die Zuwanderer« (dies. 2002: 64) zulässt.

In zentralen Punkten bleibt auch das segregationsanalytische Konzept von Häußermann und Siebel den Traditionen der deutschen Ausländerforschung verhaftet. So übersehen sie, dass die aktuelle Segregationsdebatte nicht nur einem modernistischen Denken folgt sondern vor allem dem Selbstverständnis der deutschen Nation als ethno-kulturelle Herkunftsgemeinschaft. Dieses grenzt im Rahmen eines systematischen *othering* selbst Gruppen, die nur über einen Migrationshintergrund verfügen, als nicht zugehörig aus und stellt sie per se unter Separationsverdacht. Neil Brenner (2002) bezeichnet es am Beispiel der Studie »Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt«, in der Häußermann und Kapphan (2000, ähnlich 2004) sozialräumliche Segregationsprozesse in Berlin untersuchen, zu Recht als merkwürdig, dass dabei die Rolle des Rassismus völlig außen vor bleibt. Einen »nüchternen Aufklärungsprozess« über Segregation, so ist Häußermann und Siebel mit Neil Brenner zu widersprechen, behindern weniger individuelle »Gefühle« über den Fremden als ein tabuisierter institutioneller Rassismus, zu dessen Persistenz auch die ihn ignorierenden Sozialwissenschaften beitragen. So reproduzieren die Autoren schon semantisch die daraus hervorgegangene diskursive Spaltung der Gesellschaft in die Kollektive »Deutsche« und »Ausländer«. Auch die Art und Weise, wie Häußermann/Siebel den Begriff »ethnische Kolonie« verwenden, impliziert die Frage nach der Zugehörigkeit etwa von Deutschen mit Einwanderungshintergrund: Sie verschmelzen ein städtisches Territorium mit als homogen und solidarisch unterstellten ethnischen Gemeinschaften. Indem sie übersehen, dass solche »Ethnien« in einem zunächst von der Mehrheitsgesellschaft ausgehenden Prozess diskursiv erst konstruiert werden, essentialisieren

sie diese. Für die jeweiligen Zugehörigkeiten kann dies nur bedeuten, dass Deutsche mit Migrationshintergrund quasi automatisch zur ethnischen Kolonie zählen, wenn sie im Einwandererquartier wohnen und dagegen zur – was eigentlich? – ›ethnizitätsfreien‹, ›normalen‹ oder ›mehrheitsgesellschaftlichen‹ Stadt, wenn sie dieses verlassen haben.

Die dichotome Spaltung zwischen der ›Institution‹ Kolonie – die nur in der vormodernen Stadt existierte – und der gleichsam ›normalen Stadt‹ bzw. der als Normalfall suggerierten individuellen Integration in diese lässt keine Vorstellung von mehrfachen Zugehörigkeiten und sich dynamisch wandelnden Identitäten zu und impliziert ein assimilatives, zumindest aber ein korporatistisch multikulturelles Integrationsverständnis. Damit konterkarieren die Autoren ihren eigenen Integrationsbegriff, der »segmentäres Rollenverhalten« (2004a: 12) sowie widersprüchliche und partielle Prozessverläufe explizit vorsieht. Auch ihr Integrationsverständnis enthält allerdings die Redeweise von *einer* »Kultur der Zugewanderten«, die sie als »ein Milieu neben anderen« (ebd., Hervorhebung S.L.) aus dem dynamischen Spektrum urbaner Alltagspraxen herausbrechen und so zu einem ethno-kulturellen Kollektiv essentialisieren. Eine solche Position leistet der gängigen sozialen und institutionellen Praxis Vorschub, noch den Nachkommen der Einwanderer fortdauernd die identitären Parameter (fremde) Nationalität und Herkunft anzuhafsten und dies unabhängig davon, ob diese sich selbst damit identifizieren. Daraus resultiert zwangsläufig das traditionell deutsche Verständnis von multikultureller Stadt, wonach sich in quasi-natürlichen Kolonien verortete ›Ethnien‹ und eine von Ethnizität freie Mehrheitsgesellschaft, die auch assimilierte Einwanderer umfasst, gegenüberstehen. Die *Cultural Studies* ersetzen das Konzept der ›ethnischen Kolonie‹ durch jenes der ›Diaspora‹ (etwa Hall 1994), das es erlaubt, soziale Netzwerke oder Bewusstseinsformen von Einwanderern und ihren Nachkommen als dynamische Patchworks zu erkennen, die sich zugleich aus Elementen einer imaginären Heimat, einer dominanten Aufnahmegerüste und aus globalen Quellen speisen. Gerade die vielfältige Dichte der Institutionen türkischstämmiger Minderheiten etwa in Kreuzberg zeigt, dass diese eben *keine* homogene ›heimatliche‹ Gemeinschaft konstruieren sondern im Kern auf die Mehrheitsgesellschaft ausgerichtet sind (vgl. Kaya 2001; Kap. 3.6).

Auch die Studie ›Sozialorientierte Stadtentwicklung‹ (IfS/S.T.E.R.N 1998) verstrickte sich in diesen Problemen. Sie spaltete in der Tradition der deutschen Ausländerpolitik Quartiersbewohner diskursiv nach ›Deutschen‹ und ›Ausländern‹ und definierte die Ausländerzahl als Problemindikator. Dass dies sachlich nicht erforderlich ist, um sozialräumliche Polarisierungsprozesse zu analysieren, demonstriert die Stu-

die ›Berlin. Metropole zwischen Boom und Krise‹ von Stefan Krätke und Renate Borst (2000). Ohne die Bewohner ethnisch sortieren zu müssen, zeigt sie, dass die Entwicklung Berlins von mehrfachen Spaltungen des Sozialgefüges, von einer kleinräumigen sozialen Polarisierung und von vielschichtigen Aus- und Abgrenzungsphänomenen auf der Ebene der Gesamtstadt geprägt ist. Im Gegensatz zu dieser gesamtstädtischen Problemlage rückte die Stadtpolitik die räumliche Konzentration sozial Benachteiligter in den Vordergrund. Zudem wird deutlich, dass das Augenmerk, das die Senatsstudie auf den Wegzug von Mittelschichtfamilien legte, aus einer normativen Orientierung am Topos der sozialen Mischung resultierte und Fehlinterpretationen erzeugte. So schätzte sie Ost-Berliner Innenstadtgebiete, in denen Gentrifizierungsprozesse zu einem Wegzug von Familien führten, fälschlicherweise als sozial niedrige und implizierte räumliche Aufwertungsstrategien, die ihnen eher schadeten; die Trennung nach Deutschen und Ausländern sowie nach normalen und abweichenden Verhaltensweisen wiederum war anschlussfähig an einen politischen Diskurs, der soziale Probleme ethnisierte sowie ›würdige‹ und ›unwürdige‹ Arme trennte und provozierte Strategien, die abweichende Quartiere normalisieren und dafür den ›Ausländeranteil‹ reduzieren wollten.

Wichtig wäre es hingegen, wie es Loïc Wacquant (1998: 203) ausdrückt, »die Arbeit der kollektiven Selbsterzeugung« zu untersuchen, durch die Bewohner benachteiligter Stadtteile ihrer Welt Form, Bedeutung und Zweck verleihen, und diese als vernünftig Handelnde zu verstehen, deren Lebensformen nicht nur Derivate von Zwängen sondern Produkte der aktiven Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt darstellen. Jegliche Analyse der neuen städtischen Armut, so Wacquant an anderer Stelle, müsse mit dem machtvollen Stigma beginnen, das auf Bewohnern von Räumen liegt, die äußere Zwänge begrenzen (1993). Auch Bukow und Yıldız fordern eine radikale Umkehr der Perspektive zu einem »konstruktivistisch-postmodernen Blick« (2002: 10). Ein solcher »lebenspraktischer Multikulturalismus« rücke den dynamischen Charakter des städtischen Alltags in den Vordergrund und stelle die Alltagswirklichkeiten der Individuen in ihre systemischen, lebensweltlichen und diskursiven Kontexte. Er definiere zum einen den urbanen Alltag aus einer Binnenperspektive als Ort, »an dem die verschiedensten Traditionen, Kulturen etc. von Fall zu Fall neu verschmolzen werden« (Neubert/Roth/Yıldız 2002: 21) und fordere zum anderen egalitär organisierte Strukturen ein, da Gesellschaft nicht auf Gruppen sondern auf Individu-

en basiere. Indem sie aus einer ›Perspektive von innen‹ auch globale und lokale Machtverhältnisse berücksichtigen, dechiffrieren ihre empirischen Studien über sogenannte Problemgebiete eine »soziale Grammatik des Zusammenlebens«, die weder von Desorganisation noch von stabilen Gemeinschaften geprägt ist (Nikodem/Schulze/Yildiz 1999). Vielmehr hänge der Zusammenhalt im Stadtteil von systemischen Strukturen und individuellen Netzen ab, die sich nur geringfügig überschneiden (vgl. Bukow u.a. 2001; Nikodem/Schulze/Yildiz 2001).

In den letzten Jahren sind diverse Fallstudien entstanden, die die Frage nach sozialer Exklusion mit Hilfe eines alltags- oder subjektorientierten Ansatzes untersuchen und zu substantiell anderen Ergebnissen kommen als die oben diskutierten Studien nahe legen. So analysierten Geiling und Schwarzer (1999) in sozial unterschiedlichen Stadtteilen Hannovers alltägliche Umgangsformen zwischen lokalen Milieus und entdeckten Inseln der Ausgrenzung auch in besser situierten und sogar in privilegierten Stadtteilen. Gerade in letzteren seien Marginalisierte durch ein gegen sie gerichtetes bürgerschaftliches Engagement mit massiven institutionellen Ausgrenzungen konfrontiert. »Relativiert werden dadurch Untersuchungen, die Ausgrenzung, Isolation und soziale Konflikte in jenen Stadtteilen verorten, in denen sich Bewohner in prekären Lebenssituationen stark konzentrieren« (Schwarzer 1999: 62). Gestring, Janßen und Polat wiederum zeigen am Beispiel des sozial benachteiligten Hannoveraner Stadtteils Vahrenheide, der eine hohe Quote türkischer Einwanderer aufweist, dass dort die ethnische Segregation sinkt, das Viertel keineswegs homogen ist sowie keine signifikanten ethnisch-kulturellen Konflikte und – zumal in Form eines »ethnischen Schraubstocks« (Wilhelm Heitmeyer) – keine »ethnische Community im Sinne einer Vergemeinschaftung« (2003: 212) existieren. Weder entdeckten sie eine Binnenintegration im Sinne einer ethnischen Kolonie noch ließen sich Hinweise finden, dass »das türkische Milieu benachteiligend wirken könnte« (ebd.). Sie folgern daraus: »Der Anteil von Migranten in einem Stadtteil ist kein sinnvoller Indikator für ein benachteiligendes Quartier« (ebd.: 215). Kronauer und Vogel (2004) wiederum differenzieren an Hand ihrer Analyse zweier Hamburger Stadtteile »aus der Perspektive der Bewohner« (Vogel 2003: 204) die These über eine eigenständige sozial-räumliche Ausgrenzungsdimension benachteiligter Quartiere. Sie stellen je nach sozialer Lage, Migrationsgeschichte, Geschlecht oder Haushaltstyp widersprüchliche Quartierseffekte fest, die eine drohende Exklusion einzelner Bewohner sowohl stärken als auch schwächen können. Keim und Neef schließlich, die »Erwerbskombinationen und Haushaltsstrategien in Problemvierteln« (2003: 217) analysieren, kommen zu dem Ergebnis, dass deren Bewohner keine passiven

Opfer seien, sondern sich mit unterschiedlichem Erfolg durch alltagspraktisches Handeln gegen ihre Marginalisierung zur Wehr setzen. Sie fordern mit Bourdieu von sozialwissenschaftlichen Studien einen »verständnisvollen und verstehenden Blick« (ebd.: 226), der nicht einfach das Zusammenleben in benachteiligten Quartieren zur weiteren Ursache dieser Benachteiligung erhebt und resümieren: »Es bleibt ein Dilemma der Quartiersentwicklung, auf räumliche Konzentration materieller Problemlagen und (sozialer) Bewohnerkonflikte fixiert zu sein und gleichzeitig Potentiale der Bewohnerinnen und Bewohner zu ignorieren« (ebd.: 228).

Innerstädtische Entwicklungshilfe: Das Quartiersmanagement

Die politischen Konzepte und Programme, die den oben analysierten medialen, politischen und wissenschaftlichen Debatten in Berlin folgten, wiesen einen zweischneidigen Charakter auf: Auf der einen Seite exekutierte der Innensenat gegenüber Flüchtlingen und abgelehnten Asylsuchenden eine zunehmend rigider Repressionspolitik, die um »deutliche Signale zu setzen« selbst Bürgerkriegsflüchtlinge mit guten Aussichten auf eine Weiterwanderung in die USA abschob (Mihok 2001: 157). Auch Einwanderer ohne Aufenthaltspapiere und selbst deren Unterstützer wurden immer stärker kriminalisiert (vgl. Zabel 2001). Aufgrund der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit setzte auf der anderen Seite ein parteipolitischer Wettbewerb um das Thema ›Soziale Stadt‹ ein, den schließlich die SPD für sich entscheiden konnte (vgl. Mohr 2000). Im Zuge der Debatten um die »hohen Belastungen einzelner Stadtquartiere« (Abgeordnetenhaus, Dr. 13/3273) ließ der Regierende Bürgermeister drei ›Innenstadtkonferenzen‹ in Neukölln, Kreuzberg und Wedding durchführen, bei denen die ›betroffenen Bewohner selbst, aber auch die in der Region tätigen Lehrer, Sozialarbeiter, Polizisten, Geschäftsleute, Gewerbetreibende zusammenkommen‹ sollten (Diepgen, ebd., Pl. 13/47, 05.02.98: 3097), um Anregungen für integrierte Handlungskonzepte zu diskutieren und ein Senatsprogramm zur ›Urbanen Integration‹ vorbereiten zu helfen. Schließlich gelang es dem SPD-geführten Senat für Stadtentwicklung, ein solches Programm zu formulieren. Mit Hilfe einer senatsübergreifenden Arbeitsgruppe hatte dieser ein »Stadtteilmanagement unter Einsatz intermediärer Organisationen« (IfS/S.T.E.R.N. 1998: 17) für 15 »Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf« vorangetrieben, das der Senat Ende März 1999 beschloss. Sowohl die Auswahl der Areale, die durch die medialen Ghetto-Diskurse beeinflusst wurde (Bernt/Fritsche 2005: 205), als auch Konstrukt und Aufgaben dieses

›Quartiersmanagements‹ lehnten sich eng an Befunde und Vorschläge der Studie ›Sozialorientierte Stadtentwicklung‹ an.

Trotz der christdemokratischen Dominanz in Senat und Abgeordnetenhaus folgten daher die neuen Politikansätze für benachteiligte Stadtteile dem reformistischen Diskurs der Sozialdemokraten und wiesen auf der programmatischen Ebene weder in der Problemanalyse noch bezogen auf vorgeschlagene Maßnahmen repressive oder ausgrenzende Elemente gegen Einwanderer auf. Das finanzielle Fundament des Quartiersmanagements lieferte das Bund-Länder-Programm ›Soziale Staat‹, das die rot-grüne Bundesregierung kurz davor aufgelegt hatte, um gegen die fortschreitende sozialräumliche Polarisierung der Städte zu intervenieren. Als Ziel des Quartiersmanagements galt es,

»eine nachhaltige, soziale, wirtschaftliche, städtebauliche und ökologische Entwicklung durch integriertes Handeln und vernetzte Maßnahmen im Quartier zu bewirken. Dabei sollten in den ausgewählten Quartieren durch effizienter Einsatz von Fördermitteln, Programmen und Projekten zusätzliche Potentiale, Ressourcen und Synergien freigesetzt werden« (Abgeordnetenhaus, Dr. 13/4001: 2).

Der Lokalstaat beauftragte privatwirtschaftliche ›Quartiersmanager‹ damit, in enger Zusammenarbeit mit den Behörden lokale Akteure zu koordinieren und zu vernetzen sowie Projekte zu entwickeln. Diese sollten den ›Menschen im Quartier‹ dazu verhelfen, ›ihre Lebenssituation selbst zu verändern, ihre Möglichkeiten und Kompetenzen zu nutzen, um unabhängiger und selbstständiger zu werden‹ (Senat für Stadtentwicklung 1999: 10). Wie schon anlässlich der ›Innenstadtkonferenzen‹ ging es weniger darum, einen ›staatlichen Handlungsrahmen‹ zu setzen als ›Eigeninitiative und Selbsthilfekräfte auf regionaler/lokaler Ebene durch Vernetzung und Information zu stärken und zu fördern‹ (Abgeordnetenhaus, Dr. 13/3273: 1). Im Kern zielte das Programm, das zwischen Wohnen, Arbeiten, Sozialem und Kultur alle Bereiche lokaler Entwicklung umfasste und wesentlich auf das Engagement privater Akteure setzte, auf sich selbständig regulierende Gemeinwesen. Dafür suchte es von oben herab eine lokale Zivilgesellschaft zu organisieren, die in benachteiligten Quartieren als nicht mehr vorhanden galt. Das Programm sollte marginalisierte Bewohner zu eigenem Handeln aktivieren, ihnen also ›Hilfe zur Selbsthilfe‹ vermitteln: Das zentrale Stichwort dafür hieß ›Empowerment‹ (vgl. Lanz 2000).

Die Problem-Maßnahmen-Matrix zum Programm ›Urbane Integration‹, das der Senat mit dem Quartiersmanagement verabschiedete, problematisierte primär eine ›Konzentration von Problemgruppen‹, ›Isola-

tion im Kiez« sowie »interkulturelle Aus- und Abgrenzung, Intoleranz, Aggression«. Als Ursachen galten selektive Wanderungsprozesse, sozialer Abstieg, städtische Anonymität, kulturelle Kommunikationsbarrieren sowie »Fremdheitsgefühle, Überfremdungsängste« (Abgeordnetenhaus, Dr. 13/4001: 6-9). Die »operanten Ziele« verhießen wolig die »Schaffung von Lebenswelten ohne Ausgrenzung, Steigerung von Toleranz, [...] Erhalt sozialer Mischung«. Das Quartiersmanagement sollte das »Zusammenleben [...] ethnisch-kultureller Gruppen«, einen »nichtdiskriminierenden Umgang zwischen Ethnien oder die »gesellschaftliche Akzeptanz für eigenständige und ethnisch-kulturelle Milieus« fördern, »so daß diese nicht mehr als Bedrohung wahrgenommen werden« (ebd.). Die Maßnahmen lesen sich zum einen wie eine aktualisierte Version der aus der Alternativbewegung der 80er Jahre entsprungenen soziokulturellen Initiativen und Projekte, die der Senat bereits damals förderte. Das neue Element bestand darin, dass der Staat solche Projekte nicht nur zu fördern sondern selbst zu initiieren trachtete. Zum anderen enthielten sie Instrumente, die sich aus den diskursiven Effekten des *broken windows*-Theorems erklären: »Ausbau formaler Kontrollinstanzen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls«, »Wiederherstellung der informellen sozialen Kontrolle«, »Aktion Saubere Stadt Berlin« oder »Aktion Sicherheitsnetz« und »schnelle wirksame Repression« etwa gegen »Vandalismus«.

Bezogen auf Immigration fallen mehrere Dinge auf: Der Komplex Diskriminierung taucht lediglich in Bezug auf individuelle Intoleranzen oder Aggressionen auf, institutionelle Formen davon werden nicht erwähnt. Rassismus bleibt ein blinder Fleck. Probleme und Konflikte zwischen Mehr- und Minderheiten werden kulturalistisch gedeutet, mehrfach geht es um »ethnisch-kulturelle Gruppen« oder Milieus: Im Gegensatz zu dieser ethnischen Differenzierung der Quartiersbewohner bleiben soziale Unterschiede zwischen ihnen unterbelichtet. Ziele wie »Berücksichtigung der Interessen [...] der verschiedenen ethnisch-kulturellen Gruppen« (ebd.: 10) deuten auf eine statische Kopplung zwischen Kultur und Ethnie, die für den deutschen Multikulturalismus charakteristisch ist. Daraus resultiert der Effekt, dass das Quartiersmanagement soziale Probleme und Konflikte tendenziell ethnisiert. Als dessen Hauptziel gilt neben »mehr Gleichwertigkeit in den Lebensbedingungen« die »soziale und ethnische Integration« (Geiss u.a. 2003: 75). Das Abspalten einer sozialen von einer ethnischen Integration – da unter ›Ziele‹ nur soziale Merkmale genannt werden, bleibt bezeichnenderweise unklar, was das bedeuten mag – deutet auf eine Konstruktion der Einwanderer als Sondergruppe.

Die wissenschaftliche Interpretation des Quartiersmanagements fällt widersprüchlich aus: Die offizielle Evaluation durch das Politikberatungsinstitut »empirica« erkannte beachtliche Erfolge und empfahl »auch in Zukunft eine zentrale Rolle« dieses integrierten Entwicklungsprogramms in der Berliner Politik (Geiss u.a. 2003: 3). Die Autoren kritisierten aber eine zu starke Konzentration auf Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds und der Infrastruktur auf Kosten von Strategien, die soziale Lebenschancen der Bewohner in den Blick nehmen. Andreas Kapphan deutete dagegen die Effekte durchgängig positiv und sah nur »Probleme bei der Umsetzung«, die etwa aus einer falsch interpretierten Rolle des Quartiersmanagements durch kritische Bewohner resultierten: Er vermerkt positiv, dass »die Abwanderung mittlerer Schichten verhindert werden soll« anstatt die debattierten »Zuzugssperren für arme Haushalte einzuführen« (Kapphan 2002a: 98). Zwar geht Kapphan davon aus, dass das Quartiersmanagement die soziale Segregation nicht beseitigen könne (2002: 183). Erstmals bekämpfe aber die Politik auf lokaler Ebene Armut und Ausgrenzung und nehme Probleme der Betroffenen ernst. Gerade dies stellen kritische empirische Studien in Frage:

»Unklar bleibt in der Aufgabenstellung stets, ob es sich um eine [...] Verbesserung der Lebenschancen der Armen und Ausgegrenzten oder um eine Orientierung an den Problemen der Mittelschichten handelt, für die die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, Bedrohungsgefühle durch vermeintliche ›gangs‹ von Migrantenjugendlichen und durch Migranten besetzte Schulklassen Gründe des Wegzuges sind« (Groeger 2001: 350).

Unterhalb einer vagen Zielstellung, so Bernt/Fritsche (2005: 205ff.), die alles und zugleich nichts vorgebe, lassen sich in den Aktivitäten des Quartiersmanagements neben diversen Partizipationsverfahren vor allem Projekte identifizieren, die das Erscheinungsbild der Quartiere aufwerten und die lokale Wirtschaft fördern sollen. Da die privatwirtschaftlich agierenden Quartiersmanager vom Wohlwollen ihrer öffentlichen Auftraggeber abhingen und stets vorzeigbare Erfolge benötigten, bevorzugten sie »konfliktarme, leicht zu realisierende und gut über aussagekräftige Bilder zu kommunizierende Vorhaben« (ebd.: 211). Viele Partizipationsverfahren erhielten so einen Placebo-Charakter, um mögliche Konflikte würden Tabuzonen errichtet. Da eine anerkannte Aktivität private soziale Netze oder Ressourcen wie Organisationsfähigkeit erforderten, erhielten effektive Beteiligungsprofis den Vorzug. Als Ergebnis solcher Selektionsmechanismen fächerten sich Beteiligungsformen hierarchisch auf, wobei eine »durchsetzungsstarke Beteiligungselite« (ebd.: 215) über benachteiligte Bewohner dominiere (vgl. auch Groeger 2002; Mohr

2000). Von Seiten der Behörden, so Kathrin Mohr (2000: 128f.), stehe das Ziel verstärkter Partizipation unter dem »instrumentellen Primat«, Legitimation zu produzieren und langfristig die öffentliche Hand zu entlasten. Die offizielle Evaluation verweist darauf, dass die Verfahren »Bewohner nichtdeutscher Sprache und Kultur« (Geiss u.a. 2003: 182) zu wenig einbänden. Frederick Groeger kritisiert, dass das ›Hilfe zur Selbsthilfe‹-Konzept prekäre Selbstbehauptungsstrategien der Armen entwerte. Denn diese passten nicht in die eingeforderten zivilgesellschaftlichen »Konfliktlösungs- und -bearbeitungsmuster«, die an den Maßstäben der Mittelklassen orientiert seien. So entstehe eine neue Gruppe von ›unwürdigen Armen‹, denn »wehe dem, der das großzügige Angebot zur Selbsthilfe nicht annehmen will oder kann« (Groeger 2001: 358). Auch der Gewalt/Kriminalitäts-Topos des öffentlichen Redens über normabweichende Gebiete verstärke sich mit den permanenten Hinweisen, etwas gegen Gewalt zu unternehmen, obwohl diese dort kein überdurchschnittliches Niveau aufweise. Groeger stellt zudem fest, dass sich die Redeweisen der von Armut betroffenen Deutschstämmigen in persönlichen Gesprächen und in der öffentlichen Selbstthematisierung erheblich unterscheiden: Lediglich letztere bediene sich häufig eines ethnischen Musters, wonach Deutsche ›benachteiligt gegenüber den Ausländern‹ seien: Da im öffentlichen Reden über Armut ethnisierende Deutungsmuster vorherrschten, gebe es keine ›legitime öffentliche Sprache für die Weltsicht und die Probleme der unteren Klassen [...] außer eben dem ›Ausländerdiskurs‹‹ (ebd.: 357).

Da es den Wegzug ›stabiler Bewohner‹ verhindern soll, orientiert sich das Quartiersmanagement häufig an Bedürfnissen organisierter Gruppen mit deutscher Herkunft, die Probleme mit hohen Migranten-Anteilen, Müll, Lärm und Kriminalitätsängsten haben (Groeger 2002). In manchen Fällen, so Eick/Grell (2002: 189), reproduzieren die Maßnahmen solche Problemwahrnehmungen lediglich und leiteten »Exklusionsprozesse gegen sogenannte Randgruppen« ein: Während in einigen Gebieten »sonderpolizeiliche Befugnisse und mittelstandsorientierte Ordnungs- und Sauberkeitsvorstellungen unter der ›Flagge‹ der Integration ineinander greifen [...], wird in anderen explizit das Ziel formuliert, den Anteil von nichtdeutschen BewohnerInnen zu begrenzen« (ebd.). So entstanden als ›Integrationsmaßnahmen‹ Sicherheits- und Ordnungsdienste, die gegen Obdachlose oder Punks eingesetzt wurden (Eick 2002). Um das offizielle Ziel der ›ausgewogenen sozialen Mischung‹ zu erreichen, legen kommunale Wohnungsgesellschaften, die mit dem Quartiersmanagement kooperieren, teilweise ›Ausländerquoten‹ für die Vermietung ihrer Bestände fest. So verkündete im Neuköllner Rollbergviertel ein Vertreter des ›Sozialmanagements‹, das die Wohnungsgesell-

schaft ›Stadt und Land‹ eingeführt hatte und das im ›Wettbewerb Soziale Stadt 2000‹ als vorbildliches Projekt eingestuft wurde, 35 Prozent ›Ausländer‹ seien genug: »arabische Familien nehmen wir hier nicht mehr.« »Und auch Türken, wenn nicht alevitischen Glaubens und daher vermeintlich ›integrationsfähiger‹ [...] hätten keine Chance mehr auf eine Wohnung« (Eick 2001: 20).

Kritische Analysen bewerten die Effekte des Quartiersmanagements also als hochgradig ambivalent. Einerseits erhöhe es die Flexibilität und die Anpassungsfähigkeit der Stadtentwicklungspolitik an lokale Situationen, sei in der Lage netzwerkartig zu arbeiten und Projekte hoher Qualität zu generieren. Andererseits könne es Armut nicht bekämpfen und wirke tendenziell auf Kosten der am stärksten marginalisierten Bewohner sozial selektiv. Es fragmentiere die Stadtentwicklungspolitik in eine unüberschaubare kurzfristige Projektlandschaft und dethematisiere gesamtstädtische Zusammenhänge sowie die Ursachen für fortschreitende Verarmungsprozesse, die eine wettbewerbsorientierte Politik mit zu verantworten habe (vgl. Bernt/Fritsche 2005; Mohr 2000). Im Grundsatz führt das Quartiersmanagement das Modell der behutsamen Stadterneuerung fort. Zwar basiert seine Implementation auf der These, dass die Folgen des Neoliberalismus den sozialen Frieden in den Städten bedrohen. Trotzdem basiert das Programm nicht auf einem wohlfahrtsstaatlichen Konzept sozialer Gerechtigkeit, das auch einen staatlichen Rahmen schaffen müsste, um materielle Ressourcen umzuverteilen, sondern ruht auf den neoliberalen Pfeilern Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung. Der Versuch, einen gleichsam »nachhaltigen Neoliberalismus« (Hirsch 1998) zu etablieren, zeigt sich in der Betonung der Kategorien Chance, Teilhabe, Gemeinschaft und Moral, die das Programm durchziehen (vgl. Ehrke 1999; Lanz 2000). So können Verfahren des *Empowerments* oder der Partizipation an lokalen Entscheidungsprozessen zugleich als Versuch gelesen werden, lokale Politik zu demokratisieren und für bisher ausgeschlossene Bewohnergruppen zu öffnen, wie auch als Kompensation für die Einschränkung sozialer Rechte durch den ›Workfare‹-Staat (vgl. Jessop 2002). Und die das Quartiersmanagement durchziehende Emphase von Nachbarschaft und lokaler Gemeinschaft enthält das Potential eines verbesserten Zusammenlebens verschiedener sozialer Milieus ebenso wie jenes der sozialen Kontrolle und der Abgrenzung gegenüber Randgruppen.

Die Wirkung des Quartiersmanagements auch aus der Perspektive des Immigrationskomplexes kann daher nur am Einzelfall studiert werden. Gleichwohl scheinen die Thesen gerechtfertigt, dass der spezifische Typus des sozialdemokratischen Integrationsdiskurses und der dominierende Forschungsansatz der wissenschaftlichen Sozialstudien einige

zentrale Probleme des Quartiersmanagements bewirkten. Dieses stellt eben in erster Linie keine Armutsbekämpfung dar und kann einen erforderlichen Wandel »von stadtpolitischem Handeln als Prinzip« (vgl. Alisch 2002: 66) nicht umsetzen. Die Tendenz, soziale Probleme kulturalistisch zu interpretieren sowie Einwanderergruppen ethno-kulturell zu sortieren und von der Mehrheitsgesellschaft abzuspalten, kann dazu beitragen, die diskursive Spaltung der städtischen Gesellschaft in ethnische Gruppen weiter zu forcieren. Durch den Fokus auf soziale Mischnung und damit auf die Bedürfnisse der umworbenen Mittelklassen tendiert das Programm zudem dazu, selbst zur weiteren Ausgrenzung benachteiligter Milieus beizutragen. Dies gilt sowohl für die Repräsentation der Quartiere und die Definition von Problemen, Zielen und zulässigen Praktiken, die aus dem Blickwinkel des gesellschaftlichen Zentrums vorgenommen werden, als auch für Inhalte und Funktionsweise der Projekte und Verfahren.

3.6 Images und Kulturen des Neuen Berlin: *Global City, nationale Hauptstadt, multikulturelle Metropole*

Die Konstruktion einer nationalen Hauptstadt

Nach Mauerfall herrschte in Berlin ein allgemeiner Konsens, dass die Stadt eine neue Identität benötige, da ihre globale Bedeutung als Symbol und Frontstadt des Kalten Krieges implodiert war. Manuel Castells (1983: 301ff.) bezeichnet eine solche Identität als »*urban meaning*«, das einer Stadt entsprechend den Interessen und Werten der jeweils herrschenden sozialen Akteure zugewiesen werde. Die Definition eines herrschenden *urban meaning*, das mit oppositionellen Bedeutungen konkurrierte, erfolgte in einem konfliktiven sozialen Prozess, der nicht nur ein kulturelles Set von Ideen transportierte sondern auch ökonomische, politische und technologische Operationen beinhaltete. Ein institutionalisiertes *urban meaning* prägt daher neben der Repräsentation einer Stadt auch ihre Politik und ihre alltäglichen sozialen Praxen, insofern diese als legitim oder illegitim gelten und gefördert, geduldet oder bekämpft werden. Peter Marcuse konfrontiert so die offizielle Selbstbeschreibung Berlins als »*biggest construction site in Europe*« mit der Frage: »*construction of what?*«: Was in Berlin vor allem konstruiert werde, könne sicherlich als *meaning* bezeichnet werden, man könne es aber auch Macht (»*power*«) nennen (Marcuse 1998: 333).

In den ersten Nachwende-Debatten um die künftige Identität Berlins hatte die Vorstellung einer ›multikulturellen Metropole‹ noch eine wichtige Rolle gespielt (vgl. Kap. 3.1). Als diese mit dem Metropolenrausch sowie den suggestiven Ängsten vor unkontrollierten ›Zuwanderungsfluten‹ in der Versenkung verschwunden war, entwickelten sich zwei teils konkurrierende, teils sich ergänzende Imaginationen des Städtischen zu den dominanten *urban meanings* oder Raumbilder der 90er Jahre: die ökonomische Vorstellung von Berlin als »*European World City*« und die politische von der nationalen Hauptstadt »als Ort an dem die erneuerte deutsche Identität einen machtvollen Ausdruck finden könne« (Cochrane/Jonas 1999: 147). Während das erste Raumbild von einer breiten städtischen Wachstumskoalition getragen wurde, forcierten primär nationalkonservative Kreise der CDU, die in den 90er Jahren durch die jeweiligen Innensenatoren repräsentiert wurden, ein Verständnis von Berlin als Hauptstadt der ethnisch Deutschen. Die Art und Wiese, wie am Beispiel Berlins die Frage der nationalen Integration als Projekt debattiert wurde, um die kollektive Identität der lediglich ethnisch definierten Deutschen herzustellen, produzierte für die Einwandererbevölkerung symbolische Exklusionserfahrungen (vgl. Mannitz 2001).

Die schnelle Durchsetzung solcher neuen *urban meanings* erklärt nicht zuletzt die These der Historikerin Alexandra Richie, dass Berlin historisch durch eine kontinuierliche Serie von Re-Imaginationen definiert sei. Berlin sei eine Stadt des Mythos, der Legende sowie der frei-zügigen Manipulation von Geschichte und seine Identität sei immer auf Wandel und nie auf Stabilität gegründet gewesen (1998: xvii ff.). Bezeichnenderweise war der zentrale Slogan des zwischen 1996 und 2002 offiziellen städtischen Marketings ›Das neue Berlin‹ identisch mit jenem der sozialdemokratischen Administration in den 1920er Jahren sowie mit dem Titel des offiziellen Berlin-Führers, den die Nationalsozialisten zu den Olympischen Spielen 1936 herausbrachten. Gerade die bemerkenswerte historische Kontinuität zum NS-Berlin wurde meines Wissens nie reflektiert. In den 90er Jahren prangte dieser Slogan auf allen möglichen offiziellen Broschüren oder Plakaten und musste als Titel für Publikationen wie ein Berlin-Buch der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Mönninger 1991) oder einen Artikel des liberalen CDU-Politikers Volker Hassemer (1999) herhalten, der bis 1996 Senator für Stadtentwicklung war und danach die für das offizielle Stadtmarketing gegründete *Public-Private-Partnership* ›Partner für Berlin GmbH‹ leitete.

Die wesentliche Botschaft der ›Partner für Berlin‹, die maßgeblich das ›*European World City*‹-Konzept vorwärts trieben, suggeriert Berlin als Stadt der Zukunft, als kulturelle Hauptstadt des 21. Jahrhunderts (Hurtado 2005). Auffällig ist in diesem ersten, ökonomisch motivierten

Raumbild die geringe Bedeutung der Hauptstadtrolle sowie der Geschichte Berlins. Vielmehr setzt es auf die Topoi ›kreative Stadt‹ – gemeint ist Berlin als Stadt der Jungen und der künftigen Unternehmensgründer –, ›Kulturmétropole‹ und ›lebenswerte Stadt‹ und fasst dies mit den Attributen kosmopolitisch, urban und vielfältig. Die Manipulation der Geschichte für die Produktion eines *Global City*-Images zeigt sich insbesondere am Potsdamer Platz, den die Wachstumskoalition als Vehikel nutzte, um Berlin als Weltstadt zu promoten. Dort sollte, so Eberhard Diepgen, ›das tote Herz‹ der Stadt wieder zu schlagen beginnen (Cochrane/Jonas 1999: 147). »Um das Gelände nicht nur im kollektiven Gedächtnis und in der gelebten Realität der Stadt, sondern auch im Portfolio multinationaler Investoren neu zu repräsentieren« (Lehrer 2000: 106), war eine Bilderproduktion von Nöten, die alle jene historischen Aspekte ausblendete, die zum einen an die düsteren Zeiten des Nationalsozialismus oder des Todesstreifens an der Mauer und zum anderen an Hoffnungen erinnerte, die ein anderes Umgehen mit Stadt und Hegemonie versprachen – wie informelle Märkte, alternative Wagensiedlungen oder Biotope, die auf der vorgeblichen Brachfläche existierten. Die ›Partner für Berlin‹-GmbH sah ihre Hauptaufgabe in der »Bilderproduktion für die Zitadellenökonomie« (ebd.: 109). Diese verfolgte sie etwa durch eine jährlich zweimonatliche Transformation der Großbaustellen in ›Schaustellen‹ für kulturelle Spektakel, die Berliner Geschichte selektiv ausschlachteten. Als die städtische Realität und die Zukunftsversprechungen immer weiter auseinander klafften, dienten oftmals künstlerische Installationen dazu, leerstehende Läden zu dekorieren und urbane Lebendigkeit zu simulieren. Ein »Mix aus ›Artitecture‹ und ›Architainment‹« sollte bei wachsendem Leerstand neue Bürogebäude am Markt platzieren und ein Stadtbild fixieren, dessen Realisierung noch ausstand und zunehmend unsicherer wurde (Becker 1998: 183). Nicht nur am Potsdamer Platz ließ sich im Berlin der 90er Jahre eine »Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik« beobachten, die Spaß- und Spiel-Inszenierungen zum »Kristallisierungspunkt der Stadtentwicklung« (Häußermann/Siebel 1993: 8) erhob. Bilder, Festivals und Spektakel aller Art sollten die globale Sichtbarkeit Berlins erhöhen, ein vermarktbare städtisches Image produzieren, die touristische Attraktivität steigern und die fragmentierten Lebenswelten der städtischen Milieus und der sich global orientierenden Angehörigen der Business-Klassen, Popkulturen oder Politik symbolisch integrieren. Indem sie »Gemeinsinn und Identifikation mit politischen Institutionen« (ebd.: 23) inszenierte, suchte eine solche Festivalisierungspolitik nicht zuletzt, soziale und politische Konflikte zu übertünchen.

Mit dem Hauptstadtbeschluss des Bundestages von 1991 hatte gleichzeitig ein »einzigartiger diskursiver Prozeß« eingesetzt, den man als »das Machen einer Kapitale [...] bezeichnen könnte«. Eine »Berlinisierung des nationalen Diskurses« sollte »die neue und alte Hauptstadt der nationalen Gemeinschaft« nahe bringen (Schneider 2001: 97). Dem Beschluss war eine extrem kontroverse Debatte vorausgegangen, deren Positionen Dieter Hoffmann-Axthelm (1991: 42) als ein »Panoptikum deutscher Ängste« bezeichnete, bei der die Stadt als »zentrale Projektionsfigur [...] im Bewußtseinshaushalt der Deutschen« gedient habe. So ließen nicht zuletzt die nationalistische Absicht, sich gegenüber Ost-europa abzuschotten, sowie der Charakter von Berlin als multikulturelle Metropole nationalkonservative Kreise gegen die frühere Frontstadt stimmen. Das deutsche Volk, betonte dagegen Oberbürgermeister Diepgen, benötige zur Flagge und zur Nationalhymne Berlin als funktionierende Hauptstadt, um die Identität Deutschlands als liberales westliches Land mit einer Basis im Osten definieren zu helfen (vgl. Cochrane/Jonas 1999).

Neben der – bereits in vorhergehenden Kapiteln (3.4, 3.5) analysierten – Bezugnahme politischer Debatten und behördlicher Praxen auf die vorgebliche »Normalität« einer Kapitale zeitigte die Imagination von Berlin als »Hauptstadt der Deutschen« (Innensenator Schönbohm) oder »als Werkstatt der deutschen Einheit« (Eberhard Diepgen) massive materielle Effekte für die Stadtentwicklung. Ungeachtet der Tatsache, dass der nationalsozialistische Vordenker Moeller von den Bruck den Begriff des »Preußischen Stil« geprägt hatte (Rada 2002: 186), setzte sich im Senat die stark umstrittene Auffassung einer vorgeblich historischen preußischen Architektur durch, deren »Machtallüre« (Klotz 1994) die Architekturzeitschrift Arch+ von einem Weg Berlins in Richtung »Neututonia« sprechen ließ (1994, Heft 122). Der vom britischen Stararchitekten Norman Foster »de-preußifizierte« Reichstag (Cochrane/Passmore 2001) verdeutlicht allerdings die gleichzeitige Strategie, historisch de-kontaminierte Symbole nationaler Repräsentation zu schaffen. In jedem Fall zeigte die Symbolik des neuen Regierungsviertels die Absicht, »die Macht und den Reichtum des Deutschen Staates« zu reflektieren und zu stärken (Marcuse 1998: 335). Eine heftig debattierte Kulturpolitik der Normalisierung wiederum investierte einerseits in nationale Denkmale – wie das Holocaust-Denkmal – sowie in das kulturelle Erbe – wie die Museumsinsel oder das Deutsche Historische Museum – und beseitigte andererseits die DDR repräsentierende Gebäude und Denkmale (Cochrane/Passmore 2001). Auch maßgebliche Printmedien zeigten sich engagiert, der Nation die wichtigsten Bauprojekte der Hauptstadt zu Augen zu führen. So präsentierte das Magazin Stern (24/95) anlässlich der Ver-

hüllung des Reichstags durch die Künstler Christo und Jeanne Claude ein herausnehmbares 360°-Panorama des künftigen Zentrums, dessen *cleanes* Szenario nur »freundliche Kunden weißer Hautfarbe« (Becker 1998: 183) bevölkerten: »Eine neue Geschichte wird für ein neues Berlin und ein neues Deutschland konstruiert, in der eine Linie unter die Vergangenheit gezogen und eine von Schuld freie Zukunft konstruiert werden kann« (Cochrane/Jonas 1999: 153). Die Konstruktion von Berlin als nationales Symbol, so Jens Schneider, ist auch durch einen gefühlten Mangel an einem »metropolitanen Ausdruck der deutschen Nation« erklärbar:

»Dadurch hat Berlin heute eine diskursive Funktion, die über die Repräsentationsfunktionen einer Hauptstadt hinausgeht. Alle Grundfragen der nationalen Eigendefinition – der Umgang mit der NS-Vergangenheit, die zunehmende Multikulturalität [...] werden am Beispiel Berlins auf nationaler Ebene diskutiert« (Schneider 2001: 99).

Cochrane/Passmore (2001) beantworten ihre Frage, ob die treibende Kraft des Berliner »Stadt-Bauens« der 90er Jahre die Globalisierung oder der Nationalismus sei, mit einem sowohl als auch. Das »*Worlding*« Berlins zeige, wie auf das Nationale setzende politische Agenden und spezifische Aspekte der Globalisierung ineinander fließen. Die »Nationalisierung Berlins« (ebd.) hatte zur Vorstellung der Weltstadt konkurrierende wie korrelierende Aspekte. So widerspricht eine restriktive Ausländerpolitik oder ein völkisches Verständnis von Nation, das innerhalb der CDU vorherrschte, dem kosmopolitischen Charakter einer *Global City*. Aber auch der Zugriff der Großen Koalition auf das Raumbild »Weltstadt« war selektiv und beschränkte sich auf das Ziel, Berlin zu einem Knotenpunkt der globalen Ökonomie zu entwickeln. Nur im Kontext einer derartigen Verkürzung konnten sich die geschilderten Versuche, innerstädtische Räume zu normalisieren und als störend geltende Subkulturen daraus zu verdrängen (vgl. 3.4), neben dem *urban meaning* der »nationalen Hauptstadt« auch auf jenes der »Weltstadt« berufen. Zieht man dagegen die mit der Globalisierung einhergehende Verdichtung von Raum und Zeit (vgl. Harvey 1989) in Betracht, impliziert Weltstadt eine permanent fortschreitende kulturelle Vielfalt, die nicht nur die »Proliferation von Subkulturen und Lebensstilen in der bereits ansässigen Bevölkerung« (Welz 1996: 139) sondern auch durch globale Einwanderungsprozesse und temporäre Formen der Migration entsteht. Von einer Weltstadt kann erst gesprochen werden, so der Sozialanthropologe Ulf Hannerz, wenn sich dort viele kulturelle Strömungen gegenseitig dynamisieren und sich Formen der Produktion kultureller Bedeutungen auf

eine Weise überlagern, dass diese Stadt in der Lage ist, globale Bedeutungsökonomien mit zu steuern. Dies erfordere neben einer hohen Dichte von global mobilen Eliten, Kulturschaffenden und Touristen auch vielfältige Diasporagemeinden jener globalen Migranten, die vor Armut und Verfolgung fliehen, auf kulturelle Selbstbestimmung und sozialen Aufstieg hoffen oder von einer weltstädtschen Urbanität fasziniert sind. Denn urbanes Innovationspotential produzieren nicht zuletzt Migranten, deren Herkunftsbindungen zwangsläufig geschwächt sind (ebd.: 142ff.). Gerade die sich gegen Einwandererviertel richtenden Ghetto-Diskurse verdeutlichen, dass die in Berlin vorherrschenden politischen und medialen Diskurse diesen kulturellen Charakter von Weltstadt weitgehend negierten. Gleichzeitig zeigen die Verlautbarungen der vom CDU-Politiker Hassemer geführten ›Partner für Berlin‹, die dagegen die Kosmopolitität Berlins betonten, dass selbst innerhalb der CDU bereits zu dieser Zeit minoritäre Positionen existierten, die ›kulturelle Vielfalt‹ als wichtigen Standortfaktor interpretierten, um das angestrebte Ziel, Berlin zu einer *Global City* zu entwickeln, erreichen zu können.

›Arm aber sexy: Berlin als Subkulturmetropole

Die nun folgenden Abschnitte beschreiben, wie sich Ende der 90er Jahre im Kontext der vorherrschenden Stadtentwicklungsprozesse die beiden konkurrierenden Raumbilder durch einen instrumentellen und selektiven Zugriff auf bis dahin ausgeblendete oder unterdrückte *urban meanings* zu wandeln begannen und welche Effekte dies auf In- und Exklusionsmechanismen von Einwanderern hatte. Dabei geht es einerseits um eine Imagination von Berlin als Metropole der Subkultur und andererseits um das Bild von Berlin als multikultureller Stadt.

Unmittelbar nach Mauerfall hatten sich Ost-Berliner Innenstadtbezirke in Laboratorien musikalischer und künstlerischer Subkulturen verwandelt. Dies steigerte die Attraktivität Berlins für junge Erwachsene, die urbane Abenteuer suchten um sich selbst zu verwirklichen, schlagartig. Massenhaft leerstehende Wohngebäude und Industriebachen verführten in Kombination mit unklaren Eigentumsverhältnissen und einem temporären Legalitätsvakuum dazu, sie zu besetzen oder billig anzumieten und als Galerien und Ateliers oder – meist illegaler Weise – als Clubs und Bars zu zweckentfremden. Auch die wahrgeommene Authentizität des ›Wilden Ostens‹ als vorgebliches Niemandsland, auf dem man die »Signaturen noch eintragen kann« (Steglich 1998) sowie der Mythos und der morbide Charme gerade des Scheunenviertels erzeugten auf Künstler und Bohemiens eine Magnetwirkung, die das »Zentrum der neuen Stadt [...] in ein großes schwarzes Loch« ver-

wandelte, das »Kunst und Politik, Gegenkultur und gutes Essen, Mode und Musik« ansog, wie es Diedrich Diederichsen ausdrückte (1999: 31). Während es in West-Berlin »vor der Wende kaum noch einen freien Quadratmeter für Underground-Abenteuer« (Hegemann 2005: 136) gegeben hatte, fand gerade die aufkommende ›Techno‹-Szene hier ideale Bedingungen vor, um brachliegende Räume temporär zu besetzen und dort illegale Partys feiern oder Clubs zu betreiben, ohne in direkte Konfrontation mit dem Staat zu geraten (vgl. Schwanhäußer 2005). Auf der Basis dieser »temporären autonomen Zonen« (Bey 1994) konnte sich Berlin zu einer der weltweit führenden Städte für elektronische Musik und diverse Kunstszenen entwickeln. Da sich wie beschrieben (Kap. 3.4) vor allem die zentralen Lagen von Mitte und Prenzlauer Berg im Verlauf der 90er Jahre in gentrifizierte *Festival Market Places* transformierten, verlagerten sich politische und nicht kommerzielle Subkulturen – etwa verschiedene Stile elektronischer Musik – nach Friedrichshain und in jüngster Zeit zurück nach Kreuzberg.

Zwar brachte die Subkulturszene einigen Widerstand gegen die neo-liberale Stadtentwicklung hervor, wie die ›InnenStadtAktionen‹ oder die karnevalesken Straßenpartys ›Reclaim the Streets‹, die mit oft illegalen Aktionen gegen die Privatisierung öffentlicher Räume und gegen die Ausgrenzung marginalisierter Milieus protestierten (vgl. Grothe 2005). Ein großer Teil der Nachwendeszene orientierte sich jedoch schon in den frühen 90er Jahren unternehmerisch (vgl. Bader 2005). Für die Definition der daraus hervor gegangenen Clubkultur oder Kunstinstitutionen leitet der Begriff Subkultur, der sowohl ein Gegen als auch ein Gefälle zu einer dominanten oder hegemonialen Kultur beinhaltet, damit eher in die Irre. Vielmehr führte der Weg ihrer Organisationseliten »aus der Kulturindustrie [...] geradewegs in dieselbe wieder hinein« (Vogt 2005: 48). Als »Culturepreneurs« (Lange 2005), »kreative Klasse« (Florida 2002) oder »kreatives Milieu« (Vogt 2005) bilden sie einen Akteurstypus, der Kultur und Wirtschaft nicht als Gegensatz versteht und »für ganz Berlin zum Motor für Kreativität und Kommerz geworden ist« (ebd.: 50). Hier zeigt sich, wie sich in der postmodernen urbanen Kulturgesellschaft »Begehrungsstrukturen und Praxismodelle ehemals subkultureller Gegenwelten« (von Osten 2003: 7) zu zentralen Größen der sich globalisierenden Ökonomie aufgeschwungen haben. Gerade Künstler und Nonkonformisten etablierten sich zu sozialen Rollenmodellen und verkörpern »jene erfolgreiche Verkettung von unbegrenzter Ideenvielfalt, abrufbarer Kreativität und smarter Selbstvermarktung, die heute als Aufforderung an alle gerichtet wird« (ebd.: 9).

Nicht nur raumwissenschaftliche Disziplinen (bspw. Florida 2002; Krätke 2002; Scott 2005) begannen ab Ende der 90er Jahre die Bedeu-

tung kreativer Milieus und ehemals subkultureller Festivals für metropolitane Ökonomien zu betonen, sondern auch die Politik. In den Vordergrund des städtischen Marketings rückte das Label der Jugendlichkeit Berlins. Gerade die ›Partner für Berlin‹ fokussierten »das junge Berlin: Berlin bekommt ein neues Gesicht: frisch, dynamisch, jung« (Berlin-Brief 99/01, zit. in: Frei 2003: 118f.) und wiesen darauf hin, dass die »zahlreichen Subkulturen der Stadt« ökonomisch die »kritische Masse« erreicht hätten (ebd.). Sie warben für Festivals wie den Techno-Umzug ›Love Parade‹, der Berlin »bundesweit und international als junge, weltoffene Stadt« zeige, den ›Karneval der Kulturen‹ (vgl. unten) oder den ›Christopher Street Day‹, »den Lesben und Schwule mit einer schrillen Parade feiern«, da sie »Tausende von in- und ausländischen Gästen in die Stadt« zögen (ebd.). Dass nun selbst Illegalität und ein oppositionelles politisches Selbstverständnis nicht mehr davor schützten, für das Stadtmarketing instrumentalisiert zu werden, zeigt der Fall des besetzten Subkulturzentrums ›Tacheles‹, dem monatelang die Räumung drohte während offizielle Berlinbroschüren mit der pittoresken Warenhaus-Ruine gleichzeitig für die subkulturelle Vielfalt der Stadt warben. Als sich Konzerne der Musikindustrie für Berlin zu interessieren begannen, witterten auch Politiker der Großen Koalition, dass die »facettenreiche Clubkultur« Berlin zu einer »Trend- und Talentschmiede« mache, so im Jahr 2001 der christdemokratische Wirtschaftssenator Branoner (zit. in: ebd.). Heute vermarktet sich Berlin mit dem Slogan »*City of Talents*« (Krätke 2005). In der weitgehend de-industrialisierten Metropole gilt ein Verschmelzen von Kulturindustrie und kreativer Arbeit, das der Begriff der ›creative industries‹ ausdrückt, als letztmöglicher Erfolgspfad und als neuer Exportschlager in der ökonomischen Dauerkrise. So schicken die ›Partner für Berlin‹ jährlich zahlreiche unternehmerische Web-, Mode- und Multimedia-Designer auf Reisen, um für das ›Neue Berlin‹ zu werben (Lange 2005).

Mit dem Wechsel der Bundesregierung zog die Figur des ›Culturepreneur‹ in das Raumbild von Berlin als nationaler Hauptstadt und in die Imagepolitik der neuen rot-grünen Koalition ein. Bei seinem Ansinnen, die nationale Identität nach der Kohl-Ära zu reformieren, hatte Bundeskanzler Schröder den *New Labour*-Slogan ›Cool Britannia‹ vor Augen. Sein politisches Konzept basierte auf der Imagination einer ›Neuen Mitte‹, die als dynamische, individualistisch orientierte urbane Mittelklasse den Hauptadressaten seiner Politik darstellen sollte. Dabei mutierte das Leitbild des »entrepreneurial self« zur »hegemonialen anthropologischen Figur« (Bröckling 2003: 132). Die zum Abenteuerspielplatz romantisierte Stadt erschien als offenes, *cooles* Territorium, so Bastian Lange, das *Entrepreneurs* optimale Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Dies bedeutete gleichzeitig, real existierende Risiken nicht als existenzielle Bedrohungen wahrzunehmen sondern als Chancen und zukünftige Möglichkeiten umzudeuten (Lange 2005: 87). In diesem Prozess gewannen öffentliche Diskurse über Berlin, die existenzielle Risiken und soziale Härten als natürliche Elemente einer metropolitanen Kultur interpretierten, zum Jahrhundertwechsel zunehmend an Bedeutung. Das mediale Bild der Stadt, das noch 1997 und 1998 von Szenarien eines urbanen Verfalls und den geschilderten Ghetto-Diskursen dominiert war, hatte sich mit dem Umzug der Regierung, in deren Schlepptau ein ganzer Tross von Journalisten in die Hauptstadt gezogen war, fundamental gewandelt. So jubelte 1999 die ›Spiegel‹-Nummer ›New Berlin – Aufbruch zur Weltstadt‹ (H. 36/99) die Stadt in der Nachfolge New Yorks zur paradigmatischen Welt-Metropole des neuen Jahrhunderts hoch. Das Heft zitiert Gerhard Schröder mit dem Satz, in der Mitte Berlins »basteln Gründer an Entwürfen für die Märkte von morgen und die Techniken von übermorgen« (ebd.: 34). Als »Menschenwerkstatt« und »Versuchslabor für überfällige Veränderungen«, so der ›Spiegel‹, ist »das pulsierende, quirlige Neu-Berlin von der alten Tristesse der restlichen Republik weit weg« (ebd.: 38). »Kapital-Youngster und Künstler«, die in den gründerzeitlichen Hinterhöfen von Berlin-Mitte am »Labor der Zukunft« bastelten, mutierten zu Leitfiguren für einen Umbau der als gelähmt geltenden Republik. »Soziale Gerechtigkeit«, so heißt es dabei, »halten sie für eine schöne, aber wirklichkeitsfremde Idee« (ebd.). Der Soziologe Heinz Bude, dessen Buch ›Generation Berlin‹ (2001) dem ›Spiegel‹ als theoretischer Stichwortgeber diente, fasste dies in dem Satz zusammen, »es wird härter als früher, aber auch spannender«. Im ›Kursbuch Metropole‹ wiederum räsonierte der Zeit-Redakteur Klaus Hartung, in Berlin-Mitte habe »sich die junge Generation des vereinten Deutschland festgesetzt. Über dem Viertel liegt der Schimmer von Großstadtintelligenz, Dienstleistungskonkurrenz, von Luxus, Raffinement, Mode und kraftvoll überlebender Stadtgeschichte« (Hartung 1999: 23). Prozesse sozialer Verdrängung, die die Sozialstruktur dieser Gegend umgestülpt hatten, blendet dieser Diskurs aus. »In der kommenden Berliner Szene«, so verheißt Hartung vielmehr, würden »Intellektuelle von der gefährlichsten Drogen lassen, [...] die ihre Debatten so drückend gemacht hat: die Drogen der sozialen Verantwortung« (ebd.: 33). In der aktuellen Berliner Stadterfahrung blieben das Primat der Sozialpolitik und die Integrationsphilosophie der alten Bundesrepublik auf der Strecke. Hartung koppelt dies zustimmend an neue Zuwanderungen aus Osteuropa. Die vormals umfassende Integrationsrhetorik beschränke sich nun auf Türken, die sich »naturwüchsigt ihre Ghettos« geschaffen hätten, während Polen und Russen einfach kämen und da seien. An ihrem Beispiel entwirft er das

Bild einer unübersichtlichen, ohne relevante Sozialpolitik auskommen- den metropolitanen Gesellschaft: »Die Einwohner sind nicht länger Objekte der Integration, sondern städtische Subjekte. Ihr Lebensrisiko ist in ihrer Verantwortung. Sie können nicht einfach mehr auf Garantien sozialer Sicherheit warten, sondern müssen sich selbst um die Regeln des zivilen Zusammenlebens kümmern« (ebd.: 34).

Dieser zum Jahrhundertwechsel zunehmend mächtige Berlindiskurs, darauf verweist diese Argumentation, deutete und instrumentalisierte *Culturepreneurs* sowie neue, unangeworben kommende Einwanderer gleichermaßen als avantgardistische Eliten eines neoliberalen gesellschaftlichen Umbaus. Dagegen musste spätestens der *Crash* der *New Economy* im Jahr 2001 die Frage aufwerfen, ob das davon primär betroffene »neue Unternehmertum« nicht eher eine »postmodern bohemian underclass« (Lange 2005: 82) ausbilde, die am Rande des sozialen Absturzes nur überleben kann, weil sie staatliche Transfers, kurzfristige Jobs und private Ressourcen miteinander kombiniert. Das Hochstilisieren unterbezahlter kreativer Berufe zu selbstbestimmter Arbeit, so Bastian Lange, habe es vor allem ermöglicht, den Sozialstaat weiter abzubauen und die ökonomische Selbstoptimierung der Individuen zu forcieren. Der Marketingslogan von den »creative industries« markiere den Versuch, kreative Arbeit zu kapitalisieren und eine Gesellschaft zu generieren, in der eigenverantwortliche Ich-Unternehmer ein normatives Rollenmodell darstellen. Diese wiederum entwickeln dagegen häufig subtile Widerstandspraxen, die sich einer »symbolisch-touristischen sowie symbolisch-konsumistischen Zentralität« verweigern (ders. 2005a: 62).

Gute Kulturen, schlechte Kulturen: Berlin als Multikulturmetropole

Gegen Ende der 90er Jahre begann also das offizielle Berlin, städtische Subkulturen selektiv in Anspruch zu nehmen. Wiesen sie ein Potential für das Wachstum der symbolischen Ökonomien auf oder waren sie für einen neoliberalen gesellschaftlichen Umbau instrumentalisierbar, mutierten sie zu Elementen der dominierenden Raumbilder. Dazu im Widerspruch stehende subkulturelle Praxen wurden ignoriert oder ausgeschlossen. In ähnlicher Weise gilt dies für Berlin als multikulturelle Stadt: Das Stilisieren von Berlin als Weltstadt und die Festivalisierung der Stadtpolitik begannen sich zu dieser Zeit auf Einwandererkulturen auszudehnen, die der öffentliche Diskurs daher zunehmend in »gute« – dafür nutzbare – und »schlechte« – dabei eher störende – selektierte. An vier Beispielen – dem jährlichen Festival »Karneval der Kulturen«, der Subkultur des »Oriental-Hip hop«, der Debatte um islamisch-religiöse Praxen

und der diskursiven Kategorie der ›Russen‹ – diskutiere ich im folgenden das komplexe Wechselverhältnis zwischen kulturellen Praxen, mehrheitsgesellschaftlicher Rezeption und politischem Zugriff. Primär geht es um die Frage, wie sich dabei die Grenzen gegenüber Einwanderern oder generell ›natio-ethno-kulturellen‹ Anderen verschoben haben.

Nicht zuletzt zeigt sich, dass Kulturpraxen jenseits der klassischen Einwandererviertel, die sich weder als erwünschte Elemente einer ›bunten Stadt‹ oder als Instrumente der Integrations- oder Wirtschaftspolitik noch als Symbole eines ausgrenzenden ›Ausländerdiskurses‹ anbieten, durch das Raster der Sichtbarkeitscodes fallen und die blinden Flecken der Debatten über Kultur und Immigration bilden. Der öffentliche und der wissenschaftliche Fokus auf das sozial marginale Einwandererquartier, so ist Ayşe Çağlar (1998, 2001) zuzustimmen, übersieht migrantische Aneignungspraxen im städtischen Zentrum und reproduziert hegemoniale Diskurse, die Einwanderer in ihrem ›Ghetto‹ verhaftet sehen. Am Beispiel von ›Türken‹ zeigt Çağlar (2001: 342f.), wie sich ›türkische‹ Bars oder Clubs zunehmend in der West-Berliner City ansiedeln und in Interieur, Musik oder Speisekarte nicht mehr die ›Türkei‹ als nationalen kulturellen Raum referieren sondern urbane Räume sowohl der Türkei als auch der globalen Metropolen. Sie besetzen zentrale städtische Areale, aus denen Einwanderer bisher ausgeschlossen waren und nabeln sich zugunsten multipler Positionierungen von traditionellen Identitäten wie Nationalität ab. Kulturelle Praxen junger Immigranten in Berlin sind von globalen Diskursen inspiriert, appellieren an diese und deuten sie in diskursiven wie performativen Praxen um. Die Jugendlichen sprechen als »Akteure aus eigenem Recht« und nicht als »Verkörperungen ihrer Kulturen« (Soysal 2004: 158). Dagegen besteht der öffentliche Integrationsdiskurs auf einer Vorstellung, die »das Nationale als entscheidenden Parameter für Identität und Zugehörigkeit begreift« und von jugendlichen Migranten erwartet, Deutsche zu werden: »Die inhaltliche Bestimmung des ›Deutschen‹ ist jedoch nur möglich durch einen Prozess des *othering*, durch den imaginäre Türken in der Tradition, in der Vergangenheit und im Orient, vor allem aber in einer incommensurablen Distanz zur Moderne und zur Gegenwart des Westens verortet werden« (ebd.).

Heiler Multikulturalismus: Der Karneval der Kulturen

Der ›Karneval der Kulturen‹ zog erstmals im Mai 1996 durch Kreuzberg und entwickelte sich seither zu einem jährlichen Megafestival, das über die nationalen Grenzen hinaus als touristische Attraktion ausstrahlt. Mehrere Tausend Akteure und bis zu einer Million Besucher vergnügen

sich Mitte der 00er Jahre neben dem Festumzug auf zahlreichen Partys und Club-Events, noch mehr verfolgen das Festival live im Fernsehen und im Internet. Ein verblüffender öffentlicher Konsens begrüßt den Karneval als Metapher für einen gelebten Multikulturalismus. Initiiert hatte das Festival die ›Werkstatt der Kulturen‹, die von der Ausländerbeauftragten Barbara John nach zehnjährigem Vorlauf im Jahr 1993 eingerichtet worden war, um ein »konkretes Zeichen zu setzen für die wachsende kulturelle Vielfalt« Berlins (John 2005: 9). John stellt den Karneval daher in die Tradition der kulturellen Projekte und Migrantenvereine, die der CDU-Senat seit 1982 mit seinem später aus Spargründen eingestellten Selbsthilfetopf gefördert habe. Von Beginn an, so ist Selbstdarstellungen der Organisatoren zu entnehmen, die der Alternativszene entstammen oder öffentlich geförderten Soziokultur-Projekten angehören, sollte der Karneval ›Ausländerfeindlichkeit‹ oder ›Überfremdungsängste‹ bekämpfen helfen, Vielfalt demonstrieren und Migranten die Gelegenheit geben, ihre kulturelle Identität auszudrücken (Frei 2003; Knecht 2005). Er folgte einem moralischen, zum Teil explizit antirassistischen Impetus sowie der Vorstellung von einem ›multikulturellen Miteinander‹ der städtischen Gesellschaft (Klausner 2005; Glinemann 2005).

Wie ist nun aus der Perspektive des städtischen Immigrationskomplexes der gigantische Erfolg des Karnevals zu erklären? Zunächst fällt er in die Kategorie urbaner Events, die kulturelle Vielfalt inszenieren und den städtischen Raum mit »Metaphern des kulturellen Überflusses« (Knecht 2005: 18) aufladen. Damit konterkariert er die mit Blick auf Einwanderer dominante Repräsentation der Metropole als sich desintegrierende soziale Problemzone. Dies entspricht nicht nur den Interessen der mittlerweile alle relevanten politischen, medialen und wirtschaftlichen Kräfte umfassenden Wachstumskoalition für die symbolischen Ökonomien sondern kommt auch weltoffenen multikulturellen Milieus entgegen, die sich durch solche Festivals ein Klima versprechen, das Einwanderer akzeptiert und rassistische Positionen zurückdrängt. Darüber hinaus – so die Ethnologin Michi Knecht – kann der Karneval der Kulturen als Institution gelten, die spezifische Rationalitätsformen und Moralbegriffe produziert, mit Legitimität ausstattet und fraglos macht. Das Festival lehre »kulturelle Vielfalt in einer bestimmten Form zu sehen und zu verstehen« (ebd.). Es handelt sich nicht um einen klassischen Karneval, der in spielerisch entgrenzter Form die herrschende Ordnung mit einer eigenen Welt konfrontieren würde, sondern um ein »Identitätsspektakel«, das Markierungen von Ethnizität oder Kultur einsetzt, um ›Identitätsgruppen‹ zu umgrenzen und »innerhalb eines ›Imaginären der Vielfalt‹ ihre ›kulturelle Spezifität‹ darzustellen« (Soy-

sal 2005: 272). Dabei folgt es einer kulturellen Logik der Publikumsorientierung (Welz 1996: 283).

Entscheidend für die Motivation, am Karneval teilzunehmen, ist dessen Ökonomie, die Sichtbarkeit, Kontakte und Austauschverhältnisse ermöglicht. Für professionelle Teilnehmer bringt dies prekäre Arbeitsverhältnisse hervor, deren Informalität oder Flexibilität jenen der *Culturrepreneurs* entspricht und deren häufig familiärer, transnationaler Netzwerkcharakter klassische Elemente der Einwandererökonomie aufweist (Knecht 2005). Vor allem ist der Karneval Element einer ethnischen Repräsentation – und damit eines »ambivalenten Verhandlungsraum[s] der Konstruktion von Fremd- und Selbstbildern« (Färber 2005: 12) – sowie einer Politik der Kulturalisierung. Obwohl grundsätzlich auch hybride oder subkulturelle Genres teilhaben können und niemand ausgeschlossen wird, geht der »multikulturelle Denkstil, den der Karneval verkörpert, [...] von einer klaren Unterscheidbarkeit verschiedener Kulturen aus, die nebeneinander ko-existieren« (Knecht 2005: 26).

Bereits die Webseite des Festivals demonstriert einen Kulturalismus, »der Unterschiede, die im Idiom von Kultur darstellbar sind, gegenüber sozialen Unterschieden und politischen Interessenskonflikten privilegiert und andere Formen der Vielfalt aus dem Blick räumt« (ebd.): Dort kritisiert die einleitende Selbstdarstellung politische Stimmen, die »eine Entspannung der Verhältnisse durch ›Angleichung‹ von allem Fremden« suchen, mit dem Argument, dass dies weder »die nach Gestaltung drängende schöpferische Kraft der zugewanderten Gruppen berücksichtigt, noch bei der angestammten Bevölkerung Verständnis für neue kulturelle Einflüsse erzielt« (www.karneval-berlin.de, Zugriff 09.05.06). Diese kulturelle Deutung blendet die Frage nach politischen und sozialen Rechten für Einwanderer aus. Insofern sie die nicht themisierte Kultur der ›eigenen‹ Bevölkerung als fraglose Norm voraussetzt und einfordert, Minderheitenkulturen zu berücksichtigen, weist diese Logik der Repräsentation fremder Kulturen einen hierarchischen Charakter in der Tradition des deutschen Multikulturalismus auf (vgl. Zweiter Exkurs). Mit ihr kontrollieren die »im politischen wie symbolischen Sinne herrschenden Gruppen [...] die Bühnen und Formen der Selbst- und Fremdrepräsentationen« (Niedermüller 1998: 293), während die eher machtlosen Gruppen diesen Raum akzeptieren müssen, um mit immer neuen Repräsentationsstrategien ihre soziale und politische Position zu verbessern. Knecht erkennt im Karneval der Kulturen die »Ubiquität [eines] pädagogischen Multikulturalismus«, dessen symbolische Struktur kaum noch legitime Gegenpositionen zulasse: »Wer nicht mitmachen will, gerät leicht in den Verdacht, hinterwäldlerisch, bildungsarm, zu religiös, intolerant oder sonst wie inferior zu sein. Alles, was nicht multikulti ist, so bringt es

John Borneman auf den Punkt, gleiche in dieser Struktur einer ›Schweinerei‹ (Knecht 2005: 27).

Die latente Selektivität zwischen erwünschten und ›verdächtigten‹ Kulturen offenbart sich in der Zusammensetzung der teilnehmenden Akteure und in der öffentlichen Rezeption des Karnevals. Körperbetonte, farbenfrohe und ›exotische‹ Tanzgruppen sind auffällig stark vertreten. Ihre positive mediale Rezeption und dabei das sexistische und rassistische Hervorheben ›rassiger Brasilianerinnen‹ (Klausner 2005) erweckt fast den Eindruck, als bestünde die multikulturelle Karnevalsgesellschaft vor allem aus »Samba, Rio de Janeiro und halbnackte[n] Frauen« (Frei 2003: 165). Auf der anderen Seite problematisiert der seriöse Mediendiskurs zwischen FAZ und taz die mangelnde Teilnahme von ›Türken‹, die nicht als Musiker sondern als Repräsentanten ihres ›Volkes‹ wahrgenommen werden, und unterstellt ihnen häufig eine zu traditionalistische und wenig leichtlebige Kultur (vgl. Früh/Schmidt 2005). Offenbar ist hier mit Gisela Welz (1996: 198) das einem »enzyklopädischen Multikulturalismus« folgende »Prinzip der gleichgewichtigen Repräsentanz von Einwanderergruppen« verletzt, nach dem multikulturelle Events funktionieren. Durchgängig unterscheiden Medienberichte kulturalisierend zwischen Anwohnern und Fremden sowie Deutschen und Ausländern und kritisieren oft die mangelnde Authentizität von Darstellungen, an denen auch Deutschstämmige partizipieren. Gerade Berliner Jugendliche türkischer Herkunft, die mit HipHop-Soundsystems auftreten, fallen durch das Raster dieser dichotomen Selektion und werden erst gar nicht wahrgenommen. Diesen Effekt kommentierte ein interviewter Jugendlicher mit dem Satz, »ich kann mir ja ein T auf die Stirn malen, vielleicht raffen die das dann« (zit. in: Frei 2003: 163). Da nur das ›Fremde‹ und ›Exotische‹ Erfolg zu haben scheint, bedient und reproduziert der Karneval tendenziell kulturelle Stereotype, obwohl er interkulturelle Potentiale zu stärken sucht. Dies gilt anders herum auch für migrantische Teilnehmer, deren »Identitätsmanagement« (Gisela Welz) der von der Mehrheitsgesellschaft subtil an sie gerichteten Botschaft »folklorisiere Dich oder stirb!« folgt (Diederichsen 1995: 130). So stellt zwar die Kategorie Kultur eine Chance dar, den eigenen Status zu verbessern, erfordert aber gegebenenfalls kulturelle statt politische und bis hin zu Stereotypen traditionale statt moderne Anpassungsstrategien: »Es ist also eine ›eigene Logik‹ der Teilnehmer, ihren Lebensraum ›kulturell‹ zu definieren, um sich in der sozialen Ordnung der Mehrheitsgesellschaft zu positionieren« (Frei 2003: 168f.).

Für Kreuzberg wiederum erzeugte der Karneval Ende der 90er Jahre den Effekt, dem stigmatisierenden Ghetto-Image ein Stück weit zu entkommen. Überwiegend bilden lokale und überregionale Medien-Berich-

te Kreuzberg als »multiethnischen, friedlichen, fröhlichen Stadtteil« (Früh/Schmidt 2005: 70) ab und deuteten den ›Multikulti-Kiez‹ als ›natürliche‹ Heimat des Karnevals. Auch politische Stellungnahmen präsentieren Kreuzberg als Aushängeschild der Hauptstadt, das ein tolerantes und vielfältiges Deutschland bezeuge: »Bessere Bilder können von der Hauptstadt gar nicht ausgehen«, kommentierte etwa der Anfang 2002 mit einer rot-roten Koalition ins Amt gelangte Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (zit. in: ebd.). Zumindest im Diskurs über den Karneval der Kulturen mutiert das ›Phänomen Kreuzberg‹ zum multikulturellen Vorbild für Berlin. Selbst bei dieser positiven Rezeption fehlt allerdings jegliches Verständnis von Transkulturalität und es wird stereotyp die Differenz zwischen Ausländern und Deutschen reproduziert.

Während Barbara John mutmaßt, dass die Vorstellung des Karnevals als »Völkerschau« Befindlichkeiten der deutschen Einwanderungsgeellschaft widerspiegele, die gerade dieses Festival zurückdrängen könne (John 2005), argumentiert Michi Knecht überzeugend, dass der Karneval »die transnationalen Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten mit ihren vielfältigen Transfers und ihren multiplen Bezügen, die Dynamik weltweiter Freundschaftsnetzwerke und die große interne Heterogenität kultureller Gebilde oder Einheiten« (2005: 27) nicht repräsentieren könne. Denn er betreibe selbst eine Politik der Kulturalisierung, die kulturelle Vielfalt klassifiziert und bestimmte Praxen entweder sichtbar oder unsichtbar macht. Insofern sie ihren eigenen sozialen Ort nicht reflektiere, könne gerade die moralisch-normative Dimension des Karnevals zu neuen Formen der Ausgrenzung führen. Der Erfolg des Festivals erklärt sich im Wesentlichen daraus, dass er beide Codes einer im gegenwärtigen Berlin erfolgreichen ethnischen Repräsentation bedient: den Code der »Konsumförmigkeit ethnischer Kulturen« und den »Code der integrativen Lokalität, die ethnische Kultur in Soziokultur verwandelt« und soziale Problemlagen harmonisieren soll (Färber 2005: 12f.). Während ersteres, so Martin Greve, einem »Exotismus« folgt, führt das »soziale Engagement« des letzteren zu einer Vereinnahmung von Kultur für soziale Zwecke (2003: 368). Insofern man sie zunehmend für integrationspolitische Ziele in Anspruch nehme, werde Kultur mit »beinahe utopisch anmutenden Heilserwartungen« (ebd.: 404) aufgeladen. Repräsentationspraxen, die innerhalb dieser Codes agieren, ermöglichen zwar Sichtbarkeit und den Zugang zu Geldern wie dem Senatsprogramm »zur Förderung der Kulturaktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern ausländischer Herkunft« oder diversen Töpfen im Rahmen der Quartiersmanagementverfahren. Als der Integration dienende soziokulturelle Arbeit werden sie aber symbolisch in die Zweitklassigkeit degradiert. So protestieren türkischstämmige Kulturproduzenten immer wieder gegen

einen ›Türken-Bonus‹, der einer Tradition folge, türkische Einwanderer als schützenswerte und kulturell rückständige Opfer zu stigmatisieren oder sie als Orientalen zu exotisieren (vgl. ebd.). Da dies einen der wenigen Pfade zum Erfolg eröffnet, inszenieren sich zugleich viele türkischstämmige Kulturschaffende mehr oder weniger spielerisch selbst als ›Orientalen‹.

Rebellion ›zwischen den Kulturen‹: Der ›Oriental HipHop‹

›Das komplexe Spannungsfeld zwischen Vermarktung [...], Sozialarbeit und Selbst-Orientalisierung‹, so Martin Greve (ebd.: 440), lässt sich am Beispiel des ›Oriental HipHop‹ diskutieren, der Mitte der 90er Jahre als vorgeblich autonomer Straßenprotest deutsch-türkischer Jugendlicher und als »Agitpop aus dem Ghetto« (Spiegel 17/95) in das Blickfeld der Öffentlichkeit rückte. Da mit Rap und HipHop Bilder von Ghetto, Rebellion und Gewalt assoziiert waren, boten sie sich als musikalisches Pendant zum grassierenden Klischee über sich re-ethnisierende, gewaltbereite oder islamistische Jugendliche an, die orientierungslos ›zwischen den Kulturen‹ lebten. Die aus der New Yorker Bronx stammende afro-amerikanische Subkultur des HipHop, in deren politischer Variante marginalisierte städtische »*communities of color*« global interagieren (El Tayeb 2004: 101), kam sowohl dem Lebensgefühl türkischstämmiger Jugendlicher als diskriminierter Minderheit entgegen, als sie sich aus integrationspolitischer Perspektive dafür eignete, soziale Spannungen zu sublimieren. Da der Berliner Senat Jugendzentren in Einwandererquartieren seit Beginn der 90er Jahre dabei gefördert hatte, HipHop-Events und -Workshops zu organisieren, bezeichnet Ayşe Çağlar (1998) die Szene als »verordnete Rebellion«. So gründete sich mit ›Islamic Force‹ deren wichtigste Band im Kreuzberger Jugendzentrum ›Naunynritze‹. Obwohl sich die Rapper als Vorkämpfer sozial Benachteiligter verstanden, grenzte sich ›deutsch türkischer HipHop längst nicht so eindeutig gegenüber den Machtstrukturen des Zentrums ab, wie oft vorgegeben wird, so dass das Image der authentischen und subversiven Minderheiten durchaus auch einfach als erfolgreiche Marketingstrategie verstanden werden könnte‹ (Çağlar 1998: 47). In Mainstream-Medien hoben die Rapper den sozial ermächtigenden Charakter ihrer Musik hervor und präsentierten sich als eine Art Sozialarbeiter, die Kids von Gewalt und Drogenmissbrauch abhalten. So publizierte ›Der Spiegel‹ unter der bereits erwähnten Titelstory »Gefährlich fremd« (16/97) ein Interview mit ›Killa Hakan‹ von Islamic Force, in dem sich dieser von seiner Zeit in der berüchtigten Kreuzberger Jugendgang ›36 boys‹ abgrenzte. »Wir machen das, was eigentlich die Jugendheime versuchen: dass die Kids

nicht auf der Straße dies und das tun, sondern dass sie ins Jugendheim kommen. [...] Die brauchen Vorbilder«, erzählt an anderer Stelle sein Kollege ›Boe B.‹ (zit. in: Greve 1997: 25).

Für Ayşe Çağlar übernahmen die Rapper zentrale Kategorien des hegemonialen Diskurses über Deutsch-Türken wie den Multikulturalismus oder über das Bild der türkischen Frau in Deutschland. Dieses Phänomen lässt sich allerdings nicht befriedigend mit dem Verdacht der staatlichen Manipulation oder mit den Gesetzen des Marketings erklären. Lediglich auf den institutionell ›verordneten‹ Charakter der Subkultur zu verweisen, verkennt die Dynamik von Aneignungsprozessen, die sich wie Christopher Liell (2001) in einer Studie über Berliner Rap-Gruppen zeigt, teils von Institutionen lösen oder diese gar instrumentalisieren. Bereits Stuart Hall zeigte, dass das dominante Repräsentationssystem des Kolonialismus die Macht besaß, den Unterdrückten ein Wissen zu internalisieren, das diese sich selbst als ›Andere‹ wahrnehmen ließ und sie nicht zuletzt »durch die Macht des inneren Zwangs und durch subjektive Anpassung an die Norm« (Hall 1994: 30) unterwarf. Kulturelle Identität entsteht demnach innerhalb und nicht außerhalb der Repräsentation, sie ist aber nicht als Wesen sondern als Positionierung zu verstehen, die immer eine Identitätspolitik mit sich bringt, »für die es keine absolute Garantie eines unproblematischen, transzendentalen ›Gesetzes des Ursprungs‹ gibt« (ebd.). Die Strategien der ›türkischen‹ Rapper – die Bands waren in Wirklichkeit meist multinationaler Herkunft – können so als Identitätspolitik interpretiert werden, die zwar auf verinnerlichten Normen der Mehrheitsgesellschaft basiert, aber innerhalb des bestehenden Repräsentationssystems sehr wohl Machtverschiebungen produzieren kann.

Einige Rapper grenzten sich durch einen kritiklosen Bezug auf das Türkentum von der Dominanzgesellschaft ab, der eine »gefährliche Gratwanderung« zwischen »Anti-Rassismus und türkischem Nationalismus« (Ayata 1999: 284) darstellte. Im Umfeld des HipHop schlossen sich 1998 bundesweit aber auch Kulturschaffende und Intellektuelle mit meist migrantischem Hintergrund zur Initiative ›Kanak Attak‹ zusammen, um gegen eine Identitätspolitik und einen Multikulturalismus zu agitieren, die zwischen ›Deutschen‹ und ›Migranten‹ unterschieden und ›ethnische Kulturen‹ eindimensional in konsumierbare und fundamentalistische selektierten. Deren Mitglieder sehen sich bezogen auf »das Verhältnis von Repräsentation, Differenz und die Zuschreibung ethnischer Identitäten« »in einem Strudel von nicht auflösbaren Widersprüchen« gefangen (Kanak Attak 1998, ohne Seite). Neben politischen Aktivitäten wie einer ›Kampagne zum Recht auf Legalisierung‹ produzierte Kanak Attak kulturelle Events im Kreuzberger Traditionsclub ›SO

36< oder in der Volksbühne sowie gemeinsam mit einigen Mitglieder der Kreuzberger Szene einen HipHop-Song (vgl. El Tayeb 2004; Loh/Güngör 2002). Analog zu einigen HipHop-Bands, die mit einer imaginären türkischen Ghetto-Kultur kokettierten (vgl. Greve 2003), deutete die Initiative das rassistische Schimpfwort ›Kanake‹ um, distanzierte sich aber davon, ein »Kind des Ghettos« zu sein:

»So hätten es die Spürhunde der Kulturindustrie gerne, die auf der Suche nach authentischem und exotischem Menschenmaterial sind, das den vermeintlich grauen Alltag bunter werden lässt. Dazu passt die Figur des jungen, zornigen Migranten, der sich von ganz unten nach oben auf die Sonnenseite der deutschen Gesellschaft boxt. Was für eine röhrende neoliberalen Geschichte könnte da erzählt werden, wie sich Wut in produktives kulturelles und ökonomisches Kapital verwandelt« (Kanak Attak 1998, o. S.).

Dieses Zitat verdeutlicht die Gefahr, aus einer antirassistischen Perspektive auf Subkultur zu setzen, da die postmoderne Kulturgesellschaft subversives Potential zum chichen Verkaufsmittel domestiziert und »Minderheiten mit Körper, Emotion und Erotik« identifiziert (El Tayeb 2004: 103ff.). Trotzdem bleibt

»HipHop die wichtigste Artikulationsform ›ethnischer Außenseiter‹ und bislang der einzige Bereich, in dem die Essentialisierung, Ethnisierung und Getoisisierung Nicht-Mehrheitsdeutscher im öffentlichen Diskurs erfolgreich durchbrochen [ist] und eine dezidiert eigene Position eingebracht wird, die die gängigen Definitionen von ›Deutschen‹ und ›Ausländern‹ nachhaltig durcheinander bringt« (ebd.: 108).

Ayhan Kaya zeigt am Beispiel der »*Turkish Hip-Hop Youth*« in Kreuzberg, dass sich diese einen diasporischen Raum innerhalb einer symbolischen Festung geschaffen habe, die sie gegen »*racialisation, unemployment, misrepresentation, exclusion and discrimination*« schütze (Kaya 2001: 210). Der Diaspora-Begriff verweist darauf, dass sich in Deutschland geborene Nachkommen von Einwanderern kulturelle Identitäten erworben haben, die sich gleichermaßen aus elterlichen, dominanzgesellschaftlichen und globalen Quellen speisen (ebd.: 72). Generell sind unter Diaspora transnationale, durch die globale Verdichtung von Raum und Zeit forcierte soziale Netzwerke, Formen des Bewusstseins und der kulturellen Produktion zu verstehen, die kulturelle Elemente einer imaginären Heimat mit dem jeweils realen Lebensraum zu koppeln suchen (vgl. Greve 2003: 13f.). Die Identitäten der Diaspora sind mit Stuart Hall (1994: 41) nicht von Essenz und Reinheit bestimmt sondern produzieren und reproduzieren sich durch Transformation und Differenz ständig aufs

Neue. Eine Praxis der *Bricolage*, die Elemente verschiedener kultureller Traditionen, Quellen und sozialen Diskurse permanent miteinander kombiniert, so zeigt Ayşe Çağlar am Beispiel türkischer Migranten in Westeuropa, erzeugt dynamische ›Identitätspatchworks‹ (vgl. Greve 2003: 14f.). Diese können mit Begriffen wie synkretistisch, kreolisch, übersetzend oder hybrid gefasst werden und schaffen jenseits der binären Logik der Moderne »*third spaces*« (Homi Bhaba, Edward Soja) oder »*third cultures*« (Mike Featherstone).

Gerade Kreuzberg, so Ayhan Kaya, bilde aus der Perspektive türkischer Migranten einen diasporischen Raum, in dem sich reales Hier und imaginäre Heimat überlagern (Kaya 2001: 87). Die Vielfalt und Dichte der Institutionen türkischstämmiger Minderheiten konstruierten gerade keine homogene ›heimatliche‹ Gemeinschaft sondern beziehe sich als Netzwerk im Kern auf die Mehrheitsgesellschaft. Während sich Jugendliche aus der Arbeiterklasse mit Kreuzberg – nicht aber mit Deutschland oder Berlin – identifizierten, weil sie nur dort ihren Lebensraum kontrollieren und sich ›sicher‹ fühlen können, verfügen Jugendliche der Mittelklassen eher über eine kosmopolitische Identität. Entwickelten erstere einen widerständigen Begriff des Multikulturalismus, der sich gegen eine sie ausgrenzende dominante Version richtet, fühlten sich letztere eher der offiziellen Diktion des ›multikulturellen Berlin‹ zugehörig. Gerade sie registrieren besonders stark die Grenzen, die ihnen die diskriminerende Wahrnehmung von ›Türken‹ und von Kreuzberg bei Arbeitgebern, Schulverwaltungen oder Wohnungsunternehmen setzt. Ebenso wie auf Kreuzberg als ›eigenen‹ Ort beziehen sich Jugendliche in diesem Kontext auf kulturelle Elemente wie imaginäre Heimat und deren Geschichte, Ethnizität oder ihre ›andere‹ Religion Islam, da diese der Definitionsmacht der Mehrheitsgesellschaft entzogen und somit ihnen zu ›gehören‹ scheinen. Der *Oriental HipHop* zeigt für Kaya beispielhaft, wie aus der multikulturellen Kompetenz der Jugendlichen, zwischen verschiedenen Lebens- und Bedeutungswelten springen zu können, eine synkretistische ›*third culture*‹ erwachse, die letztlich nichts anderes darstelle als eine »Globalisierung von unten«.

Die Mehrheitsgesellschaft und das Kopftuch

Werner Schiffauer (2003) demonstriert in seiner Auftragsstudie ›Migration und kulturelle Differenz‹ für die Berliner Ausländerbeauftragte am Beispiel des Verhaltens von Lehrern während einer Schulstunde, auf welch subtile und unbewusste Weise Muslime als kollektive Subjekte gebildet werden. Die ihnen zugeschriebenen Mentalitäten zwangen Schüler gegen ihren Willen in bestimmte Rollen und Deutungsfolien,

die sie kränkten. Die dabei erst konstruierte ›Kultur‹ gelte als Fortschrittshemmnis, auf sie werde lediglich zugegriffen, um Probleme zu erklären. Als Folge solcher »Zuschreibungs- und Ausgrenzungsprozesse der deutschen Gesellschaft« (ebd.: 58) sei es für zahlreiche der bereits in Deutschland geborenen Jugendlichen selbstverständlich, sich als Ausländer zu fühlen. Ein zentrales Strukturelement der dritten Einwanderer-generation bestehe darin, sich Ausgrenzung positiv anzueignen und sie mit eigenen Inhalten zu füllen. Diese Selbst-Ethnisierung bedeute aber keine Absage an die deutsche Gesellschaft. Vielmehr ermögliche es im Rahmen der stigmatisierenden Verhältnisse erst ein solches oppositionelles Markieren von Differenz, sich mit ihr freiwillig zu identifizieren.

Auch die Hinwendung der dritten Einwanderer-generation zum Islam, die der öffentliche Diskurs seit Jahren skandalisiert, kann vor diesem Hintergrund gelesen werden. So markiert die immer wieder aufflammende politische und mediale Kopftuch-debatte junge Frauen in islamischer Kleidung wahlweise als passive Opfer ihrer Familien oder als sich der Integration verweigernde ›Ausländerinnen‹. Im städtischen Raum werden sie häufig gar als Terroristinnen beschimpft oder sind zumindest abschätzigen Blicken ausgesetzt. In einer Studie von Synnøve Bendixsen (2005) über junge weibliche Muslime in Berlin beschreibt eine Interviewpartnerin, sie habe Deutschland immer als ihr Heimatland empfunden, aber seit sie das Kopftuch trage, habe sich dieses Gefühl geändert, da sie nun wie eine Ausländerin behandelt werde, die nicht hierher gehöre. Auch andere Untersuchungen bestätigen, dass ein durch – männliche – Verwandte erzwungenes Kopftuch eher die Ausnahme darstellt. Pauschale Unterstellungen eines erzwungenen Verhaltens bezeichnet Schiffauer daher als Projektionen im Rahmen gesellschaftlicher Normalitätsvorstellungen. Gerade die vehementen majoritären Ablehnung verwandelt das Kopftuch für ihre Trägerinnen in ein Vehikel, um Diskriminierung und soziale Exklusion zu thematisieren: So fragte sich eine Interviewpartnerin von Bendixsen (2005: 90), ob sie dem Kopftuch soviel Bedeutung zuweisen würde, wenn das die Mehrheitsgesellschaft nicht täte. In ihrer überwiegenden Mehrheit entscheiden sich junge ›Neo-Muslims‹, die meist erfolgreich die deutsche Schulsozialisation durchlaufen haben, offenbar bewusst und freiwillig für eine islamische Kleidung, um sich von einer unreflektierten religiösen Praxis der Eltern abzusetzen, sich in ihrer *Community* Respekt zu verschaffen und um der Mehrheitsgesellschaft offensiv zu demonstrieren, dass sie nicht mehr bereit sind, sich deren Regeln zu unterwerfen (Schiffauer 2003). Ihre Islamisierung ist im Kern als identitätspolitische »Strategie der Hyper-Integration« (Nökel 2002: 21) zu verstehen, die mit Hilfe einer Transformation des Selbst darauf zielt, in Bezug auf Klasse, Ethnie und Ge-

schlecht die eigene soziale Position zu verbessern (ebd.: 265ff.). Der fundamentale Islam, so Sigrid Nökel, repräsentiert eine reflektierte Selbstkontrolle sowie eine Distinktion gegenüber unteren Schichten. Er mache Selbsttechnologien und symbolisches Kapital verfügbar, um einen Habitus produzieren zu können, der für einen sozialen Aufstieg erforderlich ist. Indem die Frauen auf einen egalitären Ur-Islam rekurrieren, um die Gleichheit der Geschlechter einzufordern, weisen sie ihre gesellschaftlich fixierte Opferrolle zurück und transformieren sich vom Mündel zum Bürger: »Islamisierung ist damit gleichzusetzen mit Verbürgerlichung« (ebd.: 276). »Neo-Muslims« begründen ihre islamische Kleidung wie ihre Kritik an paternalistischen Ordnungen konservativer islamischer Gemeinden häufig mit vertrauten feministischen Argumentationen. Junge Frauen, die einem islamischen Lebensstil folgen, wollen damit weder in einer antimodernistischen ethnischen *Community* untertauchen noch aus der Öffentlichkeit verschwinden: »Der islamische Lebensstil ist für sie ein Mittel, ein unabhängiges Selbst innerhalb der westlichen Gesellschaft zu entwickeln« (Karakoçlu 2003: 123; vgl. Apitzsch 2003). Barbara John weist daher Positionen, die Kopftuch tragende Migrantinnen der Integrationsunwilligkeit bezichtigen als Stereotype zurück und versteht Integration erst dann als gelungen, wenn der Respekt gegenüber Pluralität zum bestimmenden Lebensgefühl werde. Ein Laptop, so variiert sie süffisant einen Marketingslogan der CSU, sei mit einem Kopftuch ebenso vereinbar wie mit einer Lederhose (John 2003).

Ob solche Ergebnisse auch für soziale Gruppen mit einem geringeren kulturellen Kapital gelten oder ob reaktionäre Formen der Islamisierung an Boden gewinnen, die bezüglich der Kleiderordnung auf Zwang setzen, bleibt in diesen Studien offen. Deutlich wird in jedem Fall eine »Zunahme des partikularistischen ethnischen bzw. religiösen Selbstbewusstseins« (Schiffauer 2003: 68). Die Bezugnahme auf religiöse Wurzeln, so argumentiert Ursula Apitzsch (2003: 91), die auch jüdische und christliche Einwanderer-Minderheiten in europäischen Städten betrachtete, generiere zumindest das Potential für eine postnationale und postethnische biographische Reflexivität. Gerade die Suche nach *roots* verweist auf den dynamischen Charakter von Kultur. Denn sie erfolgt als reflexiver Prozess, der kulturelles Erbe nicht einfach übernimmt sondern Traditionen in einem aktiven Selektionsverfahren neu erfindet und laufend neue Identitäten, Selbstentwürfe oder symbolische Abgrenzungen produziert. Wenn dies irgendwo dazu führe, sich von der deutschen Zivilgesellschaft abzugrenzen, so konstatiert Werner Schiffauer, dann bei »islamistischen Gemeinden türkischer Arbeitsmigranten« (2003: 68). Aber selbst dort beobachtet er eine Arena kultureller Debatten, die inter-

ne Brüche und Oppositionen zwischen den Polen eines dramatisierenden Verbalradikalismus und einer diskursiven Assimilation produziere, und plädiert für eine Politik der Differenz, die auch oppositionelle Repräsentationsbedürfnisse anerkennt und sie nicht mit stigmatisierenden Zuschreibungen überzieht.

Bezüglich des Islam kann auch in Berlin von einer solchen Politik bislang kaum gesprochen werden. Studien im Auftrag der Ausländerbeauftragten (vgl. Jonker/Kapphan 1999) verweisen auf eine jahrzehntelange »gesellschaftliche Nicht-Anerkennung« (Gesemann/Kapphan 2001: 408) des über 200.000 Angehörige zählenden Islam und auf eine behördliche und politische Tradition, religiöse Praxis in gesellschaftliche Randzonen zu verbannen. Diese beginnt erst seit kurzem aufzubrechen: etwa durch einen repräsentativen Moscheebau in Neukölln – bezeichnenderweise auf einem Grundstück des türkischen Staates – oder jüngst durch das Recht auf islamischen Religionsunterricht an Schulen, das gegen behördliche Ablehnungsbescheide gerichtlich erzwungen werden musste. Bis vor wenigen Jahren waren Moscheen in gewerbliche Hinterhöfe verbannt, wo sie überteuerte Mieten zu bezahlen hatten, während die Politik Baubegehren wegen der »überdurchschnittlichen Konzentration ausländischer Wohnbevölkerung« ablehnte, um überregional ausstrahlende Zentren für Muslime zu verhindern (Gebhardt 1999; Przybyla 1999). Der Kreuzberger CDU-Vorsitzende Wansner argumentierte anlässlich des Baus der Moschee »Maschari Center« noch im Jahr 2004, dass »neue Moscheen die Bevölkerungsstruktur im Kiez verschlechtern könnten und immer mehr Deutsche den Bezirk verlassen würden« (zit. in: Berliner Morgenpost, 03.06.04). Bis heute lösen Neubaupläne heftigste Anwohnerproteste aus – so im Jahr 2006 die Moschee der »Ahmadiyya«-Gemeinde in Pankow, die auch der christdemokratische Spitzenkandidat Pflüger ablehnte (vgl. Tagesspiegel und taz, 20.04.06).

Politiker stellen die Ausübung des Islam häufig unter den pauschalierenden Generalverdacht, der ›Integration‹ muslimischer Einwanderer im Wege zu stehen: So wollte der Bezirk Neukölln im Jahr 2004 laut Baustadträtin Vogelsang Moscheebauten »vorläufig nicht genehmigen«, da es zwischen Religionsfreiheit und Terrorismus abzuwägen« gelte und Anfragen beim Verfassungsschutz »zwingend notwendig« seien (zit. in: Berliner Zeitung, 04.06.04). Meistens fällt dabei unter den Tisch, dass die Mehrheit der islamischen Gotteshäuser sozial integrative Sprach-, Nachhilfe- oder Qualifizierungskurse anbietet, ihre Mitglieder bei Behördenkontakten und sozialen Problemen berät oder mit Jugendlichen arbeitet, um sie »von Straßenleben, Kriminalität und Drogen fernzuhalten« (Eisenberg/Meister/Winkler 1999: 34; vgl. Best 1999a; Chourabi/El-Solami 1999). Zumindest die Quartiersmanager haben dies allerdings

in der Regel erkannt und versuchen meist mit lokalen Moscheen zu kooperieren. Dies bewegte den Journalisten Eberhard Seidel bereits zu der These, ein Teil der politischen Klasse spiele die gefährlichen anti-demokratischen Tendenzen des Islamismus herunter, um »die Ressource Islam im allgemeinen und islamistische Gruppen im besonderen als kommunitarisches Netzwerk nutzen zu können, um die Folgen von Arbeitslosigkeit und dem sozialen Niedergang in den Einwanderervierteln entgegenzuwirken« (Seidel 2003: 276). Offenbar traue der Staat den Imamen einen »Einfluss auf die Ghettos zu, der den inneren Frieden sichern soll« (ebd.: 277). Allerdings weist auch Seidel darauf hin, dass der Islam noch weit davon entfernt ist, »ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft zu sein« und fordert, ihn aus der »Schmuddelecke« herauszuholen (ebd.). Denn eine volle Gleichberechtigung des Islam bedeutet keinen Gnadenakt sondern löst die normativen Postulate überhaupt erst ein, die den säkularen Rechtsstaat legitimieren (Gesemann/Kapphan 2001: 412).

Tribalisierung von oben: Die Kategorie der ›Russen‹

Ein weiteres Beispiel für eine im Strudel zwischen Ausländerpolitik und kulturalistischen Zuschreibungen vollzogene Selektion von Einwanderern, die sich komplett von deren eigenen Identitätsentwürfen und sozialen Praxen abkoppelt, brachte die Migration aus der ehemaligen Sowjetunion nach Berlin hervor. Für diese sah die Bundespolitik neben individuellen Wegen wie Heirat oder Asylantrag die regulären Kategorien ›jüdische Kontingentflüchtlinge‹ und ›deutschstämmige Spätaussiedler‹ vor. Beide stellen »administrativ verankerte, ethnisch-konfessionelle Identifikationen« dar, die als »›Nebenprodukte‹ des deutschen nationalen Selbstverständnisses entstanden sind« (Darieva 2004: 46). Während die Aufnahme der Juden als »moralische Politik« (Becker 2001) die historische Verantwortung des deutschen Staates demonstrieren und die überalterten jüdischen Gemeinden revitalisieren sollte, bezog sich die Aufnahme der Aussiedler auf die völkische Identität und das ethno-kulturelle Verständnis deutscher Staatsbürgerschaft. Beide Konstellationen führten zu der Erwartung an die Migranten, sie mögen die »richtigen ethno-kulturellen Traditionen und Lebensweisen zeigen« (Darieva 2004: 46), um die erhaltenen staatlichen Leistungen zu rechtfertigen. Tsypylma Darieva bezeichnet diesen Vorgang, aus einem politischen Interesse von oben herab neue identitäre Gruppen zu konstruieren, analog zum Kolonialismus als Re-Tribalisierung. Denn Alltagspraktiken von Sowjetbürgern waren generell nicht von einem ethnischen Bewusstsein geprägt und gerade Deutschstämmige und Juden an sowjetische Kultur-

muster assimiliert. Ihre jeweiligen ethnischen Labels waren daher eher diskriminierende Fremdzuschreibungen als Selbstentwürfe gewesen. Um nach Deutschland zu gelangen, waren die Ausreisenden aber gezwungen, sich in die ethnisierenden Identitätsvorgaben des deutschen Staates zu fügen und sahen sich nach ihrer Ankunft nicht in der Lage, den hiesigen Bildern des Deutsch- bzw. Jüdischseins zu entsprechen.

Ab Mitte der 90er Jahre thematisierten die Medien eine Renaissance jüdischen Lebens. Ähnlich wie die boomenden Stadtführungen präsentierte sie das wieder als »jüdisch« geltende Scheunenviertel »in Form touristisch verwertbarer Kulturszenierungen« (Becker 2001: 74). Mit der Terminologie der 20er Jahre sprach »Der Spiegel« (02.10.95, zit. in: ebd.: 73ff.) von »Ostjuden«, die in die ehemalige »Hauptstadt der Endlöser« flüchteten und das Scheunenviertel mit jiddischem Theater, jüdischen Restaurants oder Klezmer-Musik bereicherten. Solche Deutungen veranlasste die jüdische Gemeinde zur Kritik, sie würde von Nichtjuden majorisiert, die ihnen sagten was jüdisch sei. Da diese Überhöhung des Jüdischen in Kontrast zum Habitus der realen Einwanderer stand, denen es mehrheitlich an religiöser Identifikation fehlte, galten diese als defizitär. Ihr mediales Bild mutierte – so demonstrieren die Presseanalysen von Becker (2001) und Darieva (2004) – binnen weniger Jahre von »verfolgten Juden« zu »nichtjüdischen Trittbrettfahrern«, die den deutschen Staat illegitimerweise belasteten. Mit Hilfe antisemitischer Klischees wandelte sich ihr Etikett vom positiv aufgeladenen Kontingentflüchtling mit kulturjüdischem Habitus zum negativ konnotierten Stereotyp des »Russen«. Dieses stellte die abgespaltene Seite der philosemitischen Überhöhung dar und setzte sich aus den Diskursfragmenten Illegaler, Mafioso, fremder Eindringling, protziger Neureicher und unselbständiger »homo sowjeticus« zusammen (Becker 2001: 76). Männer wurden mit den Kategorien Gefahr und soziale Unordnung assoziiert, Frauen galten als dekadent. Spätestens als schlechte Berufschancen und gesellschaftliche Diskriminierung bei den Spätaussiedlern, die dem bürgerlichen Durchschnittsgeschmack als fremd und hinterwäldlerisch erschienen, soziale Probleme erzeugten, galten auch sie als in einer »geschlossenen Gesellschaft« (Die Zeit, 30.03.00) verharrende Russen. Sie mussten sich nun für ihre gescheiterte Integration verantworten, als deren Ursachen nicht gesellschaftliche Strukturen sondern zugeschriebene kulturelle Identitätsmuster galten (Darieva 2004: 92ff.).

Als die Zahl der »russischen« Einwanderer anstieg, etablierten sich ethnische Entrepreneurs, die verschiedene Medienbetriebe gründeten. Deren Kapital entstammte meist einem transnationalen informellen Pendelhandel, der sich nach Grenzöffnung zwischen Ost und West für kurze Zeit etabliert hatte. Neue Zeitungen wie »Russkij Berlin« wiesen herr-

schende Identitätszuschreibungen zurück, die Juden, Aussiedler und sonstige ›Russen‹ voneinander abspalteten und boten eigene Identitätsmodelle an. Im Gegensatz etwa zum öffentlich-rechtlichen Berliner ›Radio Multikulti‹, das russische Einwanderer in Juden und Deutsche aufspaltete, konstruierte das in einer Auflage von 50.000 Exemplaren erscheinende ›Russkij Berlin‹ die russischsprachige Leserschaft als homogene ethnische *Community*. Solche selbst-exotisierenden Tendenzen weisen darauf hin, dass »die russische Identität erst nach der Migration als eine wertvolle Ressource entdeckt wurde« und dass die »ethnokulturellen Argumentationsstrategien in den russischsprachigen Zeitungen eine Option für soziale Interaktionen innerhalb [...] der Aufnahmgesellschaft darstellen« (ebd.: 182). Diese Medien erzeugen eine *Bricolage* »parallel existierender Identitätssegmente« (ebd.: 260), in deren Rahmen Begriffe wie Heimat oder Vaterland nicht auf eine nationale Zugehörigkeit verweisen sondern eine neue, häufig transnational agierende Migrantengruppe in der multikulturellen Stadt markieren (ebd.: 212).

Ende der 90er Jahre begann sich – parallel zum neuen öffentlichen Blick auf Berlin als kommende Metropole und zur politischen Umdeutung informeller Bastelökonomen zum wünschenswerten ›Ich-Unternehmertum‹ – das mehrheitsgesellschaftliche ›Russen‹-Bild zu diversifizieren. Plötzlich stieg ›das neue russische Berlin‹ – so betitelte die ›Partner für Berlin GmbH‹ eine thematische Broschüre (Chevreko-ko/Kusnezowa 2002) – zum Werbeträger für die Hauptstadt auf. Mit dem Image der dynamisch innovativen Einwanderer war allerdings nicht das ›russische Marzahn‹ gemeint, das die Alltagspraktiken der circa 14.000 dort lebenden Aussiedler hervorbrachten, die überwiegend aus Sibirien und Kasachstan stammten. Während die Broschüre den Beitrag der russisch genannten Szene zur kulturellen Vielfalt Berlins fast ausschließlich mit Einrichtungen in Mitte oder dem Westen Berlins feierte, tauchte der städtische Osten nur in urbanen Problemdiskursen auf. Da ihre Alltagspraktiken nicht als multikulturelle Bereicherung sondern als Bedrohung der gesellschaftlichen Integration gelten, bezeichnetet Uwe Rada (2002: 20) die ›Russen‹ in Marzahn als ›Türken‹ des Ostens. Dass sich die Plattenbauperipherie Marzahn überhaupt zu einem Einwandererviertel entwickelte, so Wolfgang Kil, verdankt sie demselben Phänomen, das seinerzeit Kreuzberg für Türken interessant gemacht hatte. Damals hatten der Stadt innerstädtische Mietskasernenviertel als »Abschiebeplätze« gedient, so zitiert er Karl Schlögel, »auf der sie sich des Störenden, Dysfunktionalen, Unangepassten erledigt« (Kil 2002: 231). Heute schaffe der Imagewandel der Plattsiedlungen, deren Verrufenheit »die geballte Medienarroganz des Westens« (ebd.: 230) miterzeugt

habe, eine Krisensituation, die Freiräume für Zuwanderer aus nah und fern eröffne.

Neben der zurückweichenden Figur des ›bösen Russen‹ etablierte sich im öffentlichen Diskurs Ende der 90er Jahre jene des ›Kulturrussen‹. Sie dockte an den metropolitanen Glanz der ›goldenens 20er‹ und an das weltbekannte Kulturerbe von ›Charlottengrad‹ an (vgl. Kap. 2.3). Zu ihren wichtigsten Symbolen gerieten das Partyformat ›Russendisko‹ und als ihr Co-Gründer der nach der Wende aus Russland eingewanderte Schriftsteller Wladimir Kaminer, dessen Geschichten seinen Alltag als ›Russe‹ in Berlin beschreiben. Indem die Russendisko ethnische Stereotype ironisch aufgreift und zu einer fremden Festkultur exotisiert, zieht sie eher mehrheitsgesellschaftliche als russischstämmige Besucher aus der Kulturszene an. Auch das überregionale Feuilleton goutiert dieses, sich in den Typus der konsumierbaren ethnischen Kulturen einreichende Event als ›frische Exotik aus Russland‹ (Darieva 2004: 109). ›Aussiedlerdiskotheken‹, in denen sich die eingewanderte Jugend trifft, tauchen hingegen lediglich in öffentlichen Debatten über Gewalt, Drogen und Desintegration auf. Darieva folgert aus ihrer Studie, dass ›beide Muster der medialen Konstruktion der russischsprachigen Fremden als ›isolierte Mafia‹ und als ›positive Exoten‹ [...] zu den kulturellen Bausteinen der kollektiven Symbolik des neuen Berlins als Hauptstadt‹ gehören (2004: 114). Dieses widersprüchliche Verhältnis zu russischen Einwanderern lässt sich zum einen aus dem kulturellen Selbstverständnis der deutschen Nation ableiten, das sich in vehementer Abgrenzung zum Osten konstruierte, den man als kulturlose Steppe imaginierte (vgl. Kap. 2.2). Zum anderen scheint darin die Erinnerung an den von Intellektuellen und Kulturschaffenden dominierten Flüchtlingsstrom der 20er Jahre auf, der Berlin zum kulturellen Zentrum Europas aufsteigen ließ. Zwischen diesen Polen bieten sich russische Zuwanderer bis heute dafür an, eine ›Grenze zwischen kultureller Bereicherung und Bedrohung zu ziehen‹ (Rada 2002: 27f.). Symbolisch markieren ›Russen in Marzahn‹ darin die dem Abendland entgegenstehende Wildnis, während ›Russen in Mitte‹ als exotischer Teil der abendländischen Zivilisation fungieren.

3.7 Der Kampf um die besten Köpfe: Über richtige und falsche Einwanderung

Mit den Sätzen ›Alle reden von ›Zuwanderung‹. Die Bundesregierung richtet ebenso wie die Parteien Kommissionen und Arbeitsgruppen ein; überall finden Diskussionsveranstaltungen und Seminare zum Thema statt. Man könnte den Eindruck gewinnen, Deutschland sei bisher eine

Festung gewesen, die dabei ist alle Schlagbäume niederzureißen«, eröffnete Innensenator Werthebach im April 2001 einen Kommentar in der Berliner Morgenpost (Werthebach 2001a), in dem er sich für ein Zuwanderungsgesetz und eine »Zuwanderung im staatlichen Interesse« aussprach. Damit hatte auch der nationalkonservative Flügel die Kehrtwende der CDU von einer jegliche Einwanderung ablehnenden zu einer bestimmte Zuwanderungsformen befürwortenden Haltung vollzogen, welche die überraschende ›Greencard-Initiative‹ des Bundeskanzlers eingeleitet hatte. Schröder hatte auf der Technologiemesse ›CeBiT‹ im Februar 2000 verkündet, mit Hilfe einer sogenannten ›Greencard‹ von der Wirtschaft gebrauchte ausländische Computer-Spezialisten ins Land zu holen. Die folgende Regelung beschränkte die Zuwanderung auf 20.000 hochqualifizierte Informatiker, koppelte deren maximal fünfjährige Aufenthaltserlaubnis an einen Arbeitsvertrag und stellte im Grunde eine modernisierte Version der Gastarbeiter-Anwerbung dar. Obwohl diese auch ohne Greencard umsetzbar gewesen wäre und deren wirtschaftlicher Erfolg hinter den Erwartungen zurückblieb, führte diese öffentliche Debatte eine neue Idee in den deutschen Einwanderungskurs ein, die Zuwanderung mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit verknüpfte. »Das Label ›Green Card‹ hatte die Kapazität, den damaligen Ruhm der ›New Economy‹ mit der sonst so ungeliebten Zuwanderung zu verbinden« (Ette 2003: 48): Nun ging es »um eine in ›unserem‹ Interesse stehende Zuwanderung« (ebd.). Gerade die geringe Inanspruchnahme der Greencard demonstriert, dass sich diese eher als »symbolische, Modernität suggerierende Maßnahme interpretieren [lässt] denn als Lösung eines empirisch fassbaren Handlungsbedarfs der ›New Economy‹« (Kolb 2003: 23).

Bereits zum Jahresbeginn 2000 war das neue Staatsangehörigkeitsrecht in Kraft getreten. Trotz seines Kompromisscharakters – der mit einer Kampagne gegen doppelte Staatsangehörigkeit erzielte CDU-Wahlsieg in Hessen hatte die sozialdemokratische Bundesratsmehrheit gekippt – brach das neue Recht mit »ethnonationalen Leitvorstellungen«, wonach man Deutscher »zwar sein, aber nicht werden« könne (Bade/Oltmer 2004: 129) und ergänzte das bisherige *ius sanguinis* um zentrale Elemente des Territorialprinzips (›ius soli‹). Damit war das wilhelminische Recht von 1913 beseitigt (vgl. Grenz 2000). Die das Gesetz begleitende Broschüre der Bundesregierung stellte erstmals in der deutschen Geschichte fest: »Deutschland ist längst zum Einwanderungsland geworden« (zit. in: Meier-Braun 2002: 98). Obwohl weitere Reformen des Ausländerrechts wie das im rot-grünen Koalitionsvertrag vereinbarte kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer scheiterten (vgl. Angenendt/Kruse 2004), hatte die Bundesregierung eine politische

Grundsatzdebatte über Einwanderungsfragen angestoßen. Noch 1999 galt die »Grenze der Belastbarkeit« etwa für Innenminister Schily als überschritten. Kurz darauf besagte der neue gesellschaftliche Konsens, Deutschland müsse aus demographischen und wirtschaftspolitischen Gründen hochqualifizierte Ausländer anwerben, um im ökonomischen Standortwettbewerb mithalten zu können. Während die Union die Staatsangehörigkeitsreform mit einer populistischen Unterschriftenkampagne bekämpft hatte, begegnete sie dem Greencard-Konzept mit widersprüchlichen Signalen. Zum einen kritisierte ihr ausländerpolitischer Experte Wolfgang Bosbach, dass »im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe« »zeitliche Reglementierungen und ausländerrechtliche Beschränkungen« eher abschreckten. »Die Besten« müsse man mit »offenen Armen und ohne Ressentiments« aufnehmen (Bosbach 2000, ohne Seitenzahl). Zum anderen attackierte seine Bundestagsfraktion die Greencard als seit 1973 erste und überstürzte »Durchbrechung des Anwerbestopps« (zit. in: ebd.). Sie ignorierte die Erfahrungen der Gastarbeiter-Phase, dass Anwerbungen faktisch nicht begrenzbar seien. Insbesondere die CSU befürchtete eine der Greencard folgende neue Offenheit in der Zuwanderungspolitik, führte aber in Bayern selbst eine *Blue Card* ein. Dahinter verbarg sich ein vereinfachtes Verwaltungsverfahren für ausländische Informatiker, das flexiblere Zuzugskontingente und Aufenthaltsgenehmigungen enthielt als die Greencard (vgl. Greifenstein 2001). Im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf wiederum agierte der CDU-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers mit dem populistischen Slogan »Kinder statt Inder«. Da jedoch mediale Diskurse dominierten, die Ausländer als nützliche Experten thematisierten, blieb diese Kampagne erfolglos (vgl. Meier-Braun 2002).

Die Bundesregierung nutzte das neue Klima, um eine unabhängige Kommission unter Leitung der liberalen Unionspolitikerin Rita Süßmuth einzusetzen, die ein Zuwanderungsgesetz konzipieren sollte. Darauf reagierte die CDU mit einer eigenen Kommission. Insbesondere Interessensvertreter der Wirtschaft drängten die Union, die Deutschland weiterhin nicht als Einwanderungsland ansah, ihren Widerstand gegen ein modernes Einwanderungsrecht aufzugeben. Als Ergebnis der Regierungskommission stellte der »Süßmuth-Bericht« fest, »dass Deutschland – übrigens nicht zum ersten Mal in seiner Geschichte – ein Einwanderungsland geworden ist« (Unabhängige Kommission 2001: 13), mahnte einen »Paradigmenwechsel« in der Migrations- und Integrationspolitik an, plädierte für umfassende Integrationshilfen unter dem Grundsatz »Fördern und Fordern« und empfahl, qualifizierte Zuwanderer über ein Punktesystem auszuwählen und das Ausländerrecht zu vereinfachen. Ein

ähnliches Modell für die Arbeitsmigration sah der Bericht der CDU-Kommission vor.

Damit zeichnete sich ein als »Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik« (Hailbronner 2001: 7) geltender Grundkonsens zwischen Regierung und Opposition ab. Dieser erkannte die Einwanderungsrealität an und sah im wirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik liegende Einwanderungsmöglichkeiten vor. Gleichzeitig zielte er aber darauf, andere Zuwanderungsformen stärker zu begrenzen und Einwanderern »verstärkte Integrationsbemühungen« (ebd.) abzuverlangen. Bereits der mit Unionspolitikern abgestimmte Gesetzentwurf des Innenministers vom Sommer 2001 verschob aber die Chance, im Rahmen eines Punktesystems einzuwandern auf eine ferne Zukunft, verschärfte Asylpolitik und Abschiebemöglichkeiten und kehrte – so die Kritik einer gemeinsamen Stellungnahme zahlreicher Verbände – »zu einem integrationsfeindlichen ›Gastarbeiter-Rotationsmodell‹« zurück (zit. in: Meier-Braun 2002: 110). Nach den New Yorker Anschlägen vom 11. September verschob sich das öffentliche Klima. Es dominierten nun Sicherheitsdiskurse und muslimische Einwanderer gerieten in den Verdacht, ein potentielles Risiko darzustellen: Schon im Herbst 2001 zerbrach die »Allparteienkoalition in der Zuwanderungspolitik« wieder (ebd.: 113). Während die Regierung eher über den restriktiven Charakter des Gesetzentwurfs stritt, kritisierte die Union auf Druck der CSU eine nicht ausreichende Zuwanderungsbegrenzung und verfolgte einen Konfrontationskurs, der das Gesetz im Frühjahr 2002 im Bundesrat zu Fall brachte.

In Berlin hatte Innensenator Werthebach noch im April 2000 sein Veto gegen eine Vorlage des ebenso christdemokratischen Wirtschafts-senators Bräuner eingelegt, die es mit Bezug auf das Greencard-Programm ermöglichen sollte, Experten der Kommunikations- und Informationstechnologie unbürokratisch anwerben. Deren Bedarf schätzten Wirtschaftsvertreter auf etwa 4.000 Personen. Mehrere Monate später legte Werthebach ein Grundsatzpapier zur Ausländerpolitik vor, die nicht »länger als Reparationsleistung für die Rassenpolitik des Dritten Reiches betrieben« werden dürfe sondern den »Mehrheitsinteressen des deutschen Volkes« diene müsse. Das Papier hielt der rot-grünen Regierung eine »minderheitenorientierte Politik« vor, die die »Wiedergewinnung einer nationalen Identität nicht fördert sondern schwächt« und forderte den »Wille zur Selbstbehauptung unserer Nation« (zit. in: Berliner Zeitung 10.07.00). Angesichts der geringen Zahl deutscher Kinder, so argumentierte Werthebach nun, sei schnell und in hohem Maße Zuwanderung erforderlich. Allerdings müsse eine »fremdnützige«, im Interesse der Ausländer stehende Immigration von einer im Sinne der Staatsräson »eigennützigen« abgelöst werden. Im Umkehrschluss seien

abgelehnte Asylbewerber und Ausländer ohne Bleiberecht forciert abzuschieben (vgl. Werthebach 2001, 2001a). Während der sozialdemokratische Koalitionspartner Werthebach vorhielt, mit dieser Position Fremdenfeindlichkeit zu schüren und Grüne und PDS ihm »die Nähe zu rechtsextremistischen Ideologien« vorwarfen (zit. in: Berliner Zeitung, 11.07.00), versammelte sich die CDU hinter dieser Position. Hätten zwei Jahre vorher führende Parteivertreter noch Zuzugssperren für Ausländer gefordert, freute sich selbst Barbara John, diskutierten sie nun über ein Einwanderungsgesetz (zit. in: ebd., 04.08.00).

Werthebachs Position macht deutlich, dass die neue Bereitschaft der CDU, Einwanderung zuzulassen, nicht mit bisherigen Positionen brach sondern diese lediglich modifizierte, und dass völkisch-nationalistische Ideologeme nicht zwangsläufig in Widerspruch zum Ziel einer Zuwanderung gerieten. Werthebach griff auf eine Diskursfigur aus den späten 60er Jahren und zugleich auf die Klassifizierung von ›Ethnien‹ zurück, die der Unionspolitiker Dregger zu Beginn der 80er Jahre vorgenommen hatte (vgl. Kap. 2.5). Wie beschrieben selektierte die damalige Anwerbepolitik, die die CDU ebenfalls aus ökonomischen Gründen befürwortete, Ausländer nach ethnischer Herkunft und Hautfarbe und begründete die prinzipielle Abweisung sogenannter ›Afroasiaten‹ mit dem Argument, ihre andersartigen Mentalitäten und Lebensgewohnheiten würden in Deutschland Probleme verursachen. Auch Werthebach selektierte potentielle Zuwanderer nicht nur nach Nützlichkeit sondern auch nach Kultur und Herkunft: Er argumentierte, »mögliche Konflikte im Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern« (Werthebach 2001) generiere weniger die Anzahl von Zuwanderern sondern die Frage, »welche Ausländer« hierher kämen. Das »Integrationsproblem« beziehe sich nicht auf

»Mitbürger aus der Europäischen Union. [...] Das Problem, das wir zu bewältigen haben, betrifft demzufolge vor allem die Integration der Ausländer, die aus außereuropäischen Kulturen und Staaten nach Deutschland gekommen sind. Dass zwischen der Gruppe dieser Ausländer und der politischen Kultur in Deutschland ein viel weiterer Weg zurückzulegen ist als zwischen Menschen aus demselben Kulturreis, müsste eigentlich [...] selbstverständlich sein« (Abgeordnetenhaus, Pl. 13/57, 14.01.99: 4180).

Dabei ist offensichtlich, dass der Begriff außereuropäisch nicht auf westliche Industrieländer jenseits von Europa zielte. Implizit scheint durch diese klassische kultur-rassistische Konstruktion ethnischer Kollektive mit essentiell andersartigen Mentalitäten und Kulturen wieder die Figur des ›Afroasiaten‹ durch. Mögliche Zuwanderer werden auf einem Ach-

senkreuz zwischen dem Grad ihrer Fremdheit und jenem ihrer Nützlichkeit verortet und bewertet. Der beste Zuwanderer ist demnach nicht nur nützlich sondern gehört auch »demselben Kulturreis« an, der schlechteste ist gleichzeitig »fremdnützig« und »unserer Kulturreis« fremd.

Gleichwohl eröffnete der Positionswandel der CDU neuartige politische Debatten über den Immigrationskomplex. So vertrat der Stadtentwicklungssektor und Berliner SPD-Vorsitzende Peter Strieder Anfang 2001 vom konservativen Koalitionspartner kaum widersprochen die Position, dass Berlin binnen einer Dekade den Zuzug von 200.000 Ausländern benötige, um seine Einwohnerzahl halten zu können (Berliner Morgenpost, 16.01.01). Strieder wollte – wie er etwa in einem Pressegespräch mit Barbara John und dem Grünen-Innenpolitiker Wolfgang Wieland ausführte – eine »offensive Anwerbepolitik für junge, motivierte und am besten noch gut ausgebildete Leute, wie sie die USA und Kanada seit langem betreiben« (zit. in: taz, 27.01.01). Dies sei nicht nur wirtschafts- sondern auch wohnungspolitisch geboten, um den erheblichen Wohnungsleerstand zu reduzieren (vgl. taz, 16.01.01). Strieders Position reichte allein durch die erhebliche Größenordnung der angestrebten Nezuwanderungen über den bundespolitischen Konsens hinaus. Zudem setzte er nicht auf eine formale Qualifikation der Einwanderer sondern allgemein auf »junge Menschen, die initiativ und produktiv sein können« (zit. in: taz, 27.01.01): Zu Leuten »die uns wirtschaftlich voranbringen« gehörten auch Frisöre, Handwerker oder Händler. Barbara John forderte darüber hinausgehend gar einen »Beschäftigungs korridor« für gering qualifizierte Einwanderer, denn »Hochqualifizierte [...] wollen gar nicht nach Deutschland« (zit. in: ebd). Beide wiesen einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und hoher Arbeitslosigkeit zurück und betonten, dass zusätzliche Arbeitnehmer auch zusätzliche Arbeitsplätze erzeugen. Gleichwohl kritisierten John, Wieland und die PDS, deren Abgeordneter Sayan Strieders Vorstoß als »demographische Panik« deutete (Abgeordnetenhaus, Pl. 14/21, 18.01.01: 1226), die politische Absicht Einwanderer anzuwerben, ohne Integrationsprogramme durchzuführen, ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür zu schaffen oder die Potentiale der bereits Eingewanderten zu fördern. Unter Zustimmung von Barbara John bemängelte Wieland auch Verhältnisse im städtischen Alltag, wonach Einwanderer Angst haben müssten »auf der Strasse totgeschlagen zu werden« (zit. in: taz, 27.01.01). Um solche Probleme zu beheben müsse sich, so John, »an der Migrationspolitik faktisch alles ändern« (ebd.). Sie kritisierte Arbeitsverbote für Flüchtlinge, das Nicht-Anerkennen der Ausbildungen von Migranten oder bürokratisch verweigerte Gewerbeerlaubnisse. Dagegen strebte sie an, »großzügiger mit der Arbeitserlaubnis und knauserig mit der Sozial-

hilfe zu sein« (ebd.) sowie eine größere Lohnspreizung zuzulassen. Vertreter der Grünen forderten hingegen eine generöse Einbürgerungspolitik (Berger, Abgeordnetenhaus, Pl. 14/21, 18.01.01: 1224), adäquate soziale Infrastrukturen und die »Bereitstellung von Wohnraum in gemischten Quartieren« (Wieland, zit. in: taz, 27.01.01).

Diese Positionen skizzieren sowohl den neuen einwanderungspolitischen Konsens, der den liberalen CDU-Flügel, den Mainstream der SPD und der Grünen sowie Teile der PDS umfasste, als auch die Differenzen zwischen diesen politischen Strömungen. Abgesehen von der tendenziell ausgeblendeten Situation von Flüchtlingen und statuslosen Einwanderern bestand darüber Einigkeit, dass Berlin in einem größeren Umfang Einwanderer benötige, dass die Politik Hindernisse für deren Chancen beseitigen, eine aktive Integrationspolitik betreiben und ein positives gesellschaftliches Klima herstellen müsse. Differenzen zeigten sich primär in integrationspolitischen Vorstellungen: Die linken Oppositionsparteien wollten Einbürgerungen forcieren und die sozialen Infrastrukturen ausbauen. Die PDS legte zudem großen Wert auf den Kampf gegen Rassismus und entwarf ein »Integrationsförderungsgesetz«, dessen erster Paragraph auf die »Überwindung rassistischer Diskriminierungen« (Abs. 1) und auf eine »soziale und politische Gleichstellung von Migranten« (Abs. 2) setzte (Abgeordnetenhaus, Dr. 14/1112). Neben eher allgemeinen Integrationsklauseln enthielt der Entwurf Vorschläge, um den öffentlichen Dienst zu öffnen und detaillierte Vorgaben, wie das Personalvertretungsgesetz oder das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetz zu ändern seien, um »rassistischen Diskriminierungen« im Rahmen institutioneller Regelungen oder polizeilicher Praktiken entgegenzuwirken. CDU und SPD wiesen dies vehement zurück: Es sei »im demokratischen Rechtsstaat eine Selbstverständlichkeit, dass die staatlichen Organe niemand diskriminieren«, so der SPD-Politiker Kleineindam (ebd., Pl. 14/25, 05.04.01: 1444). Auch Hartmut Berger distanzierte sich für die Grünen vom Rassismusbegriff, wies aber auf »beschämende« Realitäten wie Sammellager oder Abschiebehaft hin. Ohne selbst Vorschläge zu entwickeln, befürworteten SPD und Grüne die Intention des Gesetzentwurfs, das Thema Integration voranzutreiben. Die CDU hingegen stellte wenig später einen Antrag für ein »Integrationsgesetz des Bundes«. Danach sollte der Staat nach Vorbild des »Holländischen Modells« verpflichtende Sprach- und Integrationskurse mit abschließender Prüfung anbieten, um dauerhaften »Zuwanderern« die »deutsche Gesellschafts- und Werteordnung« zu vermitteln (ebd., Dr. 14/1434: 2).

Positionen zur sozialen Frage wiederum differierten zwischen Mitte-Links und der CDU. So wandten sich PDS, Grüne und SPD gegen ein

Lohndumping im Rahmen einer Zuwanderung, die wirtschaftlichen Interessen dient. Dagegen wichen der liberale CDU-Flügel zwar in einwanderungspolitischen Fragen vom konservativen Mainstream ab, folgte aber dessen neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik, wollte Sozialleistungen zurückschrauben und Niedriglöhne zulassen. Im Kern ging es der CDU darum, so ein parlamentarischer Antrag, die »besonders hohe« Bereitschaft der Einwanderer, Unternehmen zu gründen, politisch zu fördern. »Restriktionen bei der Aufenthaltsgenehmigung, der Arbeitserlaubnis, Zugangsbarrieren zur Handwerkskammer, den Berufsverbänden, Gewerbeanmeldungen« sollten beseitigt werden (ebd., Dr. 14/1316). Insofern es um Fragen einer eigenständigen ökonomischen Existenz von Einwanderern ging, zeigte sich eine in Inhalt wie Tonfall neuartige Liberalität. Berlin, so argumentierte die CDU-Politikerin Galland im Parlament, »war immer und ist auch heute eine Stadt der Zukunft. Diese Zukunft wurde aber immer wesentlich durch Zuwanderung und die Zuwanderer und den Umgang mit ihnen bestimmt« (ebd., Pl. 14/30, 28.06.01: 1705). Darauf antwortete der Grünen-Politiker Berger, ökonomische Aktivitäten von Einwanderern existierten gerade in jener »Eigenständigkeit von ethnischen Gemeinschaften«, die die CDU als Bedrohung der Integration interpretierte: »Wenn sie ethnisches Gewerbe [...] ernst nehmen, dann müssen Sie auch diese ethnischen Gemeinschaften positiv bewerten« (ebd.: 1707). Er schloss damit an eine Große Anfrage der Grünen an, die Betriebe von Migranten als »blinden Fleck in der Berliner Wirtschaftspolitik« (ebd., Dr. 13/3701) bezeichnet und deren Unterstützung eingefordert hatte. Der liberal-konservative Wirtschaftssenator Branoner hatte dies mit dem Argument zurückgewiesen, die Wirtschaftsstatistik erhebe die Merkmale Nationalität oder Herkunft nicht. Ihn interessiere nicht, ob ein Unternehmer aus der Türkei oder aus Bayern komme. Er wolle die »Bedingungen für unternehmerisches Handeln« in Berlin generell verbessern und halte nichts davon, »ausländische Existenzgründer [...] auf eine Nische namens ethnische Ökonomie« zu beschränken und dafür eine gesonderte »Betreuungs- und Beratungsszenerie« aufzubauen (ebd., Pl. 13/64, 03.06.99: 4671ff.).

Diese Positionen zeigen eine bemerkenswerte politische Konstellation. Während der Grünen-Politiker Berger die Ökonomien von Migranten paternalistisch auf »ethnische Gemeinschaften« reduzierte, wiesen liberale CDU-Politiker ein solches ethnisierendes *othering* zurück und nahmen Einwanderer als marktwirtschaftliche Unternehmer ernst. Wie Branoner konstatierte mit Riza Baran ein anderer Abgeordneter der Grünen, dass »von einer Ökonomie in der ethnischen Nische [...] nicht mehr die Rede sein« kann (ebd.: 4669). Die Debatte verdeutlicht, dass im Hinblick auf ethnisierende und paternalistische Positionen gegenüber

Einwanderern die Bruchlinien innerhalb der Parteien und nicht zwischen ihnen verliefen. Mit dem Hinweis, dass »über den Anteil von Ausländern an der Kriminalität [...] ständig Statistiken veröffentlicht« würden, für die Wirtschaft hingegen »plötzlich keine« existierten, deutete der Grünen-Politiker Müller-Schönau (ebd.: 4670) an, dass gerade konservative Politiker soziale Probleme oder Kriminalität üblicherweise ethnisierten. Auch hier, so kann man diese Diskrepanz lesen, verläuft die diskursive Selektion der Einwanderer letztlich nach einem ›uns‹ gleichen weil nützlichen Unternehmertypus und einem ›uns‹ fremden weil als schadend geltendem, potentiell kriminellen ›Ausländer‹.

Verschiedene Redner dieser Parlamentsdebatten beriefen sich auf die ›BerlinStudie‹, die der Regierende Bürgermeister im Jahr 2000 herausgegeben hatte. »Die BerlinStudie entwirft Strategien für Berlin [...] im 21. Jahrhundert«, behauptet die Autorengruppe von 21 Wissenschaftlern im ersten Satz. Die Studie formuliert ein »mehrdimensionales Leitbild« sowie Strategien und Maßnahmenbereiche primär in den Handlungsfeldern ›Austauschbeziehungen‹ – darunter das Thema ›Einwanderungsstadt‹ –, ›Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit‹ sowie ›soziale Kohäsion‹. Obwohl unter einem christdemokratischen Stadtoberhaupt erarbeitet, bezeichnet die BerlinStudie als erstes offizielles Dokument Berlin als Einwanderungsstadt, fordert eine »offensive Zuwanderungspolitik« und interpretiert Einwanderungsprozesse primär positiv: Da »der ständige Zustrom aktiver Neubürger ein Ferment ist, das Stadtgesellschaften dynamisiert«, zähle die »Förderung der Zuwanderung [...] zu den wesentlichen Zukunftsaufgaben Berlins« (Der Regierende Bürgermeister 2000: 68f.). Eine solche Politik müsse sich in erster Linie einer »demografischen, ökonomischen und kulturellen Belebung des Aufnahmelandes verpflichtet« (ebd.) fühlen. Dazu gehöre es, Toleranz einzuüben, Zuwanderung rechtsstaatlich zu steuern und den Ankömmlingen eine Perspektive zu geben. Der Staat solle »ambitionierten, innovationsbereiten und bildungswilligen Zuwanderern dabei [...] helfen, sich als Handwerker, Händler oder Unternehmer, als Wissenschaftler, Freiberufler oder Künstler eine Existenz aufzubauen« (ebd.). Gefragt seien Personen »mit erwünschter Qualifikation, mit Investitionsbereitschaft oder unternehmerischen Ambitionen« (ebd.: 71). Jüngere sollen Vorrang vor Älteren erhalten. An anderer Stelle regt die Studie an, auch »verfolgten Menschen eine neue Heimat« zu geben (ebd.: 24). Im Maßnahmenbündel ›Integration‹ lehnen die Autoren eine ›Law-and-order-Politik‹ ab und schlagen vor, die »bewährten Traditionen Berliner Integrationspolitik« fortzusetzen. Neben kulturellen Milieus generell soll der Bau repräsentativer religiöser Kultstätten – sprich Moscheen – gefördert werden. Politik und Behörden sollen die »hier gelebte Toleranz, Offenheit und Inter-

nationalität« (ebd.: 72) engagiert vermarkten und die staatlichen Apparate internationalisieren.

Die BerlinStudie stellt mit diesen Positionen ein exemplarisches Dokument des neuen immigrationspolitischen Konsenses dar. Ihre ideologischen Pfeiler bilden das neoliberalen »Leitbild ›Unternehmen Stadt‹«, auf das sich »sämtliche Akteure« stärker orientieren sollen (ebd.: 34) und eine spezifische Form des Multikulturalismus. Ihr Kapitel ›Einwanderungsstadt‹ argumentiert fast ausschließlich ökonomisch und orientiert sich am Ideal des unternehmerischen Subjekts. So polemisierte eine Vorversion der Studie gegen Berliner, die »sich risikoscheu am liebsten eine lebenslange BAT-Absicherung im öffentlichen Dienst als berufliches Leitbild wünschen« und setzte das Bild des dynamischen Zuwandlers dagegen (Arbeitsgruppe 1999: 53). Die Studie weist Einwanderern die Rolle zu, »mentale Barrieren« einer ›starren‹ Gesellschaft durch unternehmerisches Handeln zu beseitigen und binnnen einer oder zwei Generationen zu einer »neuen Elite« heranzuwachsen (Der Regierende Bürgermeister 2000: 68). Unter dem Stichwort Erwerbstätigkeit behandelt sie ausschließlich Maßnahmen, die ökonomische Existenzen fördern sollen. ›Integration‹ reduziert sie auf kulturelle und wirtschaftliche Aspekte, wobei sich letzteres bezüglich der zweiten Generation ebenso auf Selbständigkeit und »ethnische Ökonomie« beschränkt. Der Themenkomplex politische und soziale Gleichstellung taucht unter dem Stichwort Integration hingegen nicht auf.

Ein Blick auf das Kapitel ›soziale Kohäsion‹ zeigt, dass die Studie keinem wohlfahrtsstaatlichen Begriff von sozialer Sicherheit oder Gerechtigkeit folgt, der auf eine gerechte Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen abzielte. Soziale Sicherheit existiert ihr lediglich als »Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen durch eigene Arbeit«. Das Kapitel listet neben unspezifischen Zielen wie Pluralität oder Partizipation diverse auf Werte und Normen bezogene Punkte (wie soziale Kontrolle stärken) auf. Die Maßnahmenbereiche beschränken sich neben ›Perspektiven für die Jugend‹ und ›Sichere Stadt‹ auf das in den Kontext des Quartiersmanagements gesetzte Ziel einer ›sozialen Aktivierung‹. Damit folgt die Studie dem Ideogramm eines ›aktivierenden Staates‹, mit dem die rot-grüne Bundesregierung eine neue Aufgabenteilung zwischen Staat und Gesellschaft anstrebt. Aktivierung verweist dabei »auf ein neues Sozialmodell, das das eigenverantwortliche Engagement der Bevölkerung zu erzwingen sucht. [...] Die Abmagerungskur des Sozialstaates soll durch ein ›Fitnesstraining‹ der Zivilgesellschaft kompensiert werden« (Kocyba 2004: 20). Unter den Slogans ›Fördern und Fordern‹ sowie ›Hilfe zur Selbsthilfe‹ garantiert der Staat keine sozialen Leistungen mehr, sondern fordert Eigenverantwortung und Initiative der Sub-

jekte, die sich nicht mehr darauf berufen können, Opfer sozialer Verhältnisse zu sein. Der alle Lebensbereiche durchziehende »Aktivierungs-imperativ« (ebd.) richtet sich an alle Individuen, denen im Fall des Scheiterns auch die Misserfolge zuzurechnen sind: »Was dem aktivierten Bürger der Zivilgesellschaft widerfährt, muss er als Ergebnis eigener Entscheidungen begreifen« (ebd.; vgl. Fünfter Exkurs).

Während die Studie den sozialen Aspekt von Integration ausblendet, ist kulturalistisch von einer kulturellen Integration die Rede. Während dieser eher von Konservativen gebrauchte Begriff traditionell mit Assimilation gleichgesetzt wird (vgl. Bauböck 1994), soll der Staat hier Bestrebungen der Einwanderer unterstützen, »eigene kulturelle Milieus« zu bilden, damit sich diese einer »eigenen Identität« versichern und sich selbstbewusst integrieren mögen. Da er Einwanderer pauschal mit spezifischen Kulturen und Identitäten koppelt, tendiert dieser Vorschlag zum essentialistischen Kulturbegriff des deutschen Multikulturalismus, obwohl er von »interkultureller« Stadtgesellschaft spricht. Auf Seiten der Aufnahmegerüssenschaft steht ihm der verschiedentlich gebrauchte Begriff der Toleranz gegenüber. In das Prinzip der Toleranz ist jedoch ein ungleiches Machtverhältnis zwischen einem Tolerierenden, der die Regeln setzt, und einem eigentlich missbilligten Tolerierten eingelassen. Toleranz, so David Theo Goldberg, behauptet Wahrheit zu repräsentieren, beinhaltet einen herablassenden Effekt und ein »Wartespiel«, bei dem die Tolerierenden darauf warten, dass die Tolerierten in Bezug auf Erkenntnis, Moral oder Wissen aufholen. Insofern Toleranz Positionen des Tolerierten akzeptiert, ohne sich argumentativ auf sie einzulassen, ist sie zudem »blind«: »Wird die eigene Religion, Kultur oder ›Rasse‹ toleriert, dann wird man toleriert, obgleich man das ist, was man sein will« (Goldberg 1998: 12f.). Als mehrheitsgesellschaftliches Prinzip, um mit Minderheiten umzugehen, steht Toleranz daher deren politischer Repräsentation, öffentlichen Anerkennung und gerechten gesellschaftlichen Teilhabe entgegen. Als »eine Form von ›leben und leben lassen‹« bewahrt Toleranz »die betroffene Bevölkerungsgruppe nicht davor, weiterhin im Brennpunkt öffentlicher Diskussionen zu stehen und ein Problem darzustellen«. Vielmehr macht sie »letztendlich die Machtausübung unsichtbar« (ebd.: 14). Bezeichnenderweise zielt keine der in der Berlinstudie vorgeschlagenen Maßnahmen darauf, Diskriminierungsmechanismen abzubauen.

Beide Fassungen der Studie divergieren in diesen Punkten stark voneinander. So übte die Vorversion eine deutliche Kritik am politischen Diskurs und an der Ausländerpolitik in Berlin. Die Redeweise vom »Ausländerproblem« als »angebliche Überlastung der sozialen Netze sowie polizeistaatlicher Abwehr ›krimineller Elemente‹«, so die Ver-

fasser, »schürt Fremdenhaß« (Arbeitsgruppe 1999: 53). »Die Politiker der Stadt müssen [...] klarmachen, dass Ausländer nicht nur geduldet, polizeilich observierte und kontrollierte und deshalb per se verdächtige Personen sind, sondern höchst willkommen« (ebd.: 54). Durch mangelnde Integrationspolitiken und rechtliche Ausgrenzung mache sich die Stadtregierung mitschuldig an »ausländerfeindlichen Ressentiments«. Selbst seit Jahrzehnten in Berlin Lebenden würde es verwehrt, »ihr Gemeinwesen demokratisch mitzubestimmen«. Ausländerrechtliche Schranken zwängten sogar hoch qualifizierte Neuankömmlinge in die Sozialhilfe (ebd.: 55f.). Diese Kritiken sind in der offiziellen Version ausnahmslos gestrichen. Eine weitere Differenz zeigt sich in der Bezugnahme auf das ›Edikt von Potsdam‹: Hebt die gültige Fassung lediglich auf dessen Toleranzaspekt ab, enthält die Vorversion konkrete Vorschläge, um die Chancen der Einwanderer staatlich zu fördern:

»Analog zum Toleranzedikt von Potsdam 1685 sollte es um das Angebot gehen, einwanderungswillige Menschen, die aus Gründen des Schutzes vor menschenrechtswidriger Verfolgung oder aufgrund besonderer Talente in Berlin aufgenommen werden, eine neue Heimat zu bieten, verbunden mit zeitlich befristeten Unterstützungen (z.B. Ausbildungen) und Privilegien (z.B. Steuerfreiheit), um die Einbürgerung, das Erlernen der deutschen Sprache und den Aufbau selbständiger Existenzen zu erleichtern« (ebd.).

Obwohl auch dieser Text primär ökonomisch argumentiert, stellt er Flüchtlinge erwünschten Einwanderern gleich. Über den Kulturalismus der Endfassung reicht die Vorversion durch Gleichstellungsfordernungen, integrationspolitische Angebote und temporäre soziale Privilegien für Neuankömmlinge hinaus. Mit einer Perspektive auf Einwanderer, die ausschließlich auf einem wirtschaftlichen Eigeninteresse gründet sowie das soziale und das politische Element von ›Integration‹ ausblendet, blieb die offenbar politisch auf Linie gebrachte offizielle Berlinstudie hingegen trotz unübersehbarer Fortschritte zentralen Fallstricken der deutschen Ausländerpolitik verhaftet.

Im Frühjahr 2001 scheiterte die Große Koalition in Folge des größten Bankenskandals in der Geschichte der Bundesrepublik. Dieser hatte die landeseigene Berliner Bank durch riesige Verluste aus geschlossenen Immobilienfonds mit marktunüblichen Garantiekästen an den Rand der Pleite gebracht. Um die Insolvenz der Bank abzuwenden, musste Berlin bis 2006 rund 2,85 Milliarden Euro aufbringen, die im Rahmen eines Gesetzes zur Risikoabschirmung, das die Existenz der Bank sichern sollte, auf über 20 Milliarden ansteigen können (vgl. Abgeordnetenhaus

2006). Als Vorstandsmitglied der Bank trug Klaus Rüdiger Landowsky, der zugleich der CDU-Fraktion vorsaß, eine wesentliche Mitverantwortung für den Skandal. Die SPD kündigte daher die Große Koalition auf und bildete unter Klaus Wowereit gemeinsam mit den Grünen einen Minderheitssenat, den die PDS tolerierte. Aus den vorgezogenen Wahlen im Herbst desselben Jahres ging die SPD siegreich hervor und bildete in einer Koalition mit der PDS den neuen Berliner Senat.

Angesichts des vorausgegangenen Engagements der PDS in einwanderungspolitischen Fragen blieben entsprechende Vereinbarungen des rot-roten Koalitionsvertrages erstaunlich blass. Ein sichtbarer politischer Wandel zeigte sich lediglich in der weniger repressiv angelegten Politik gegenüber Flüchtlingen, die nun in privaten Wohnungen unterkommen konnten. Der Vertrag verkündete nicht einmal die Absicht, eine offensive Einwanderungspolitik zu betreiben. Der Bereich »Integration« umfasste kaum drei Prozent des Textes und enthielt im Gegensatz zu anderen Politikfeldern fast nichts Konkretes. Bekenntnisse zur interkulturellen Öffnung der Behörden oder zu erleichterten Einbürgerungsverfahren schrieben schlicht die Absichtserklärungen der Großen Koalition fort. Das antirassistische Engagement der PDS schlug sich nur in einem Auftrag nieder, die Gesetze nach Einhaltung des »Gleichbehandlungsgrundsatzes« zu überprüfen. Der Begriff Diskriminierung tauchte zwar in Bezug auf gleichgeschlechtliche Lebensweisen auf, im Feld Integration blieb er aber außen vor. Immerhin kündigte der Vertrag ein »Gesamtkonzept zur Förderung der Integration« und eine neuartige »Landeskommission für Integration und Migration« an. Den Begriff Integration definierte er als ein »von gegenseitiger Achtung und Toleranz geprägtes Zusammenleben und Zusammenwirken von Menschen unterschiedlicher Herkunft« auf der Basis rechtlicher Gleichstellung und gleicher politischer und gesellschaftlicher Teilhabechancen (ebd.).

Einen eher symbolischen Wert hatte der »Ausbau der Ausländerbeauftragten zur Integrations- und Migrationsbeauftragten« (Koalitionsvereinbarung 2002: 70). Als Barbara John die Pensionsgrenze erreichte, ernannte der Senat im Juni 2003 den Grünen Günter Piening zu ihrem Nachfolger. Nach einer Dauer von 22 Jahren war die Phase der Dominanz bzw. in ihren wenigen Oppositionsjahren zumindest maßgeblichen Einflussnahme der CDU auf die Berliner Migrations- und Integrationspolitik damit beendet. Ein Jahr später begann das Motto »Einwanderungsstadt BERLÝN Under Construction« die Publikationen des Integrationsbeauftragten zu schmücken. Der personelle Wechsel brachte keinen grundlegenden politischen Wandel aber einige Akzentverschiebungen mit sich, die sich etwa am Strategiepapier über die »integrationspolitischen Schwerpunkte 2003-2005« ablesen lassen. Darin forderte Piening

ein stimmiges Gesamtkonzept für eine Integrationspolitik und definierte diese »als breites Feld von ineinander verzahnten Gleichstellungspolitiken, von Strategien zur Aktivierung der Migrantinnen und Migranten und zur Verbesserung der Partizipationschancen, zur interkulturellen Öffnung von Regeldiensten und Verwaltungen sowie zur Entwicklung interkultureller Kompetenz« (Der Beauftragte 2004: 4). Neben den herkömmlichen Aktivitäten in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, die das Papier zum »Königsweg zur Integration« erklärt, oder der Absicht, Behörden interkulturell zu öffnen, rückten andere Themen stärker in den Vordergrund. Dies gilt etwa für die »soziale Sanierung von Stadtteilen mit Brennpunktcharakter« (ebd.: 8). Dabei bezieht sich das Papier auf das Quartiersmanagement, dessen Erfolg sich durch den Aufbau einer Gemeinwesenarbeit auszeichne, die »kulturell unterschiedliche Bewohnergruppen« aktiviere und einbeziehe. Zudem wird eine »nichtrestriktive und nichtdiskriminierende Wohnungsbelebungspolitik und Stadtpolitik« (ebd.) gefordert. Generell setzt das Strategiepapier einen Trend fort, das Soziale zu dethematisieren, der sich in den letzten Berichten zur Integrations- und Ausländerpolitik von Barbara John abgezeichnet hatte: Während die Berichte für 1994 und 1996/97 noch ein Kapitel zur sozialen Lage und Versorgung aufwiesen, das gleichrangig neben den Themen Erwerbstätigkeit und Bildung rangierte, enthielt jener für 2000 ein solches nicht mehr (vgl. Abgeordnetenhaus, Dr. 12/3946, Dr. 13/3123; Die Beauftragte 2002). In den Vordergrund rückten hingegen Erwerbstätigkeit und Bildung. Piening's Strategiepapier wiederum beschränkt sich wie die BerlinStudie zum Thema Soziales auf aktivierende Maßnahmen in benachteiligten Quartieren. Auch hier zeigt sich also der »Aktivierungsimperativ« (Hermann Kocyba) des neuen staatlichen Sozialmodells. Um eine »zielstreibige Integration von Neuzugewanderten« zu erreichen, plädierte der Beauftragte erstmals für einen verpflichtenden Charakter« (ebd.) integrationsbezogener Angebote. Ausgebaut werden sollten Integrationsmöglichkeiten für Flüchtlinge. Um Diskriminierungen abbauen und Migranten an der Politik partizipieren zu lassen, wurden neue Organisationsstrukturen geschaffen. So konnte der Integrationsbeauftragte nach einem Senatsbeschluss vom 25. Februar 2005 eine »Senatsleitstelle gegen Diskriminierung aus Gründen der ethnischen Herkunft, der Weltanschauung und der Religion« einrichten (Der Beauftragte 2005). Als öffentliche Anlaufstelle soll diese in entsprechenden Konflikten beraten und vermitteln, Berichte und Empfehlungen erstellen und dabei mit Behörden und zivilen Organisationen kooperieren.

Mit der Aufgabe, den Senat politisch zu beraten, war schon 2003 der »Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen« entstanden (Der

Beauftragte 2005a). Außer dem Integrationsbeauftragten als Geschäftsführer gehören ihm sieben Staatssekretäre, zwei Vertreter des Rats der Bürgermeister, sechs Mitglieder von Verbänden (IHK, DGB u.a.) und zwölf von Migrantenvereinen an. Letztere wurden aus einem Kreis von über 100 Organisationen gewählt. Die verfügbaren Sitze sind nach regionaler Herkunft quotiert. Der Beirat initiierte den jährlichen Berliner Integrationstag und beschloss im Juni 2005 »Empfehlungen zu den Handlungsfeldern Arbeit und Erwerbstätigkeit, Bildung und Interkulturelle Öffnung« (Landesbeirat 2005). Diese dienten als eine der Vorlagen für »Das Integrationskonzept für Berlin«, das der Senat unter dem Titel »Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken« zwei Monate später verabschiedete (Abgeordnetenhaus, Dr. 15/4208). In über 80 Seiten wird darin erstmals die Absicht erklärt und konkretisiert, eine Integrationspolitik zu implementieren, die verschiedene politische Ebenen miteinander verschränkt (vgl. für eine Detailanalyse Kap. 4). Zumindest konzeptionell setzt dieses Programm das Ziel des Integrationsbeirats um, an die Stelle einer Politik des »pragmatischen Improvisierens« »eine abgestimmte Politik mit einer klaren Perspektive zu setzen« (Landesbeirat 2005: 5).